

Heft 187

Ausgabe 6 | 2011

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



spw

„Mehr Demokratie wagen“ – aber wie?

Thilo Scholle, Jan Schwarz, Sascha Vogt
**Politische Repräsentation zwischen
indirekter und direkter Demokratie**

Folke große Deters, Sebastian Hartmann
**Vom Zweckverband zu den Vereinigten
Staaten von Europa**

Walther Müller-Jentsch
Demokratie und Wirtschaftsordnung

Interview mit Dr. Annette Ohme-Reinicke
**„Die Occupy-Bewegung
wirkt als Denkanstoß“**

Kurzum | von Uwe Kremer

Diese Zeitschrift ist gemäß ihrem Untertitel „sozialistischer Politik und Wirtschaft“ gewidmet. Dem hat sie in den vergangenen Jahrzehnten mal mehr und mal weniger, mal expliziter und mal impliziter entsprochen. Im vergangenen Jahrzehnt wohl eher implizit, d.h. ohne dass der „Sozialismus“ (sei er real, demokratisch, ethisch, modern oder sonstwie apostrophiert) ausdrücklich als Zusammenfassung eigener Überlegungen und Wünsche, programmatischer Fluchtpunkt oder diskursive Leitvorstellung eine sonderlich große Rolle gespielt hätte. Im Bereich der Wirtschaftsordnung verhielt sich es sich im Übrigen ähnlich mit dem Begriff der „Vergesellschaftung“ (also der Überführung in Gemeineigentum).

Das sehe ich im Rückblick wohlgerne nicht als ein gravierendes Problem an. Alles zu seiner Zeit. Die Leiden unter der neoliberalen, zumal im sozialdemokratischen Gewand des „Dritten Weges“ geführten Generaloffensive rund um die Jahrhundertwende waren heftig genug. Zumal die Krise der früheren Sozialismen und das Desaster des sowjetischen Typs eine gähnende Leere und in der Linken selbst einen „horror vacui“ hinterlassen hatten. In den vergangenen Jahren und Monaten ist das neoliberale Paradigma nun gleich in mehrfacher Hinsicht unter die Räder gekommen: Nicht nur ökonomisch-sozial im Zuge der Finanzmarktkrise wie auch der gesellschaftlichen Zerrüttungen, sondern auch kulturell durch die wachsende Einsicht in die persönlichkeitszerstörenden und neurotisierenden Konsequenzen des großen „Hamsterrades“, in das sich die Menschen begeben haben (und zwar überwiegend freiwillig, wie es zu einer anständigen hegemonialen Konstellation gehört).

Dass das Ende der neoliberalen Ära wirklich naht, signalisieren nicht zuletzt die Absetzbewegungen politisch-ideologischer Meinungsführer (man denke insbesondere an den Schirrmacher-Aufsatz in der FAZ vom 15.8.d.J.). Diese



➔ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

Absetzbewegungen – in diesem Falle die Trennung von Neoliberalen und Neokonservativen – zeigen der Linken aber auch, dass es im bürgerlichen Lager zu Neuformierungen kommen wird, während das – ja manchem durchaus lieb gewordene – Feindbild des Neoliberalismus an Bedeutung verliert.

Nun ist es aber auch an der Zeit, den Sozialismus als Leitvorstellung zu enttabuisieren, was einschließt, die Perspektive der Vergesellschaftung und des Gemeineigentums zu reformulieren. Die Ausgangspunkte sind ja vorhanden: die Frage nach der Renaissance der Kommunalwirtschaft, die Frage, ob sich aus der Verteidigung des VW-Modells nicht auch seine Übertragbarkeit auf andere Sektoren ableitet, die Frage, ob die Übernahme von Großbankenanteilen auf Notsituationen zu Lasten der Steuerzahler beschränkt bleiben soll, die Frage, ob statt immer komplizierterer Regulierungen der Energiewirtschaft nicht deren Vergesellschaftung deutlich effektiver wäre. Allerdings: Der künftige Sozialismus muss sich – eben in Auseinandersetzung mit dem „Hamsterrad“ – auch als Diskurs über Lebensentwürfe, Wertvorstellungen und Bedürfnisse etablieren.

Um nicht missverstanden zu werden: Der „Neosozialismus“ steht bei weitem nicht an vorderster Stelle der politischen Agenda, es geht eher um den diskursiven Aufbau im Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen. Dies aber wäre – **kurzum** – Anliegen einer Zeitschrift wie dieser. ■

■ Meinung

Inhaltliche Erneuerung der SPD geht weiter Hilde Mattheis.....	4
Politik für Frieden und Freiheit neu diskutieren Ernst Dieter Rossmann.....	5

Debatte:

Der Verfassungsschutz tut vieles – nur die Verfassung schützt er nicht Halina Wawzyniak	6
Verfassungsschutz – Auflösung löst die Probleme nicht Daniela Kolbe	7
Occupy! „Die Occupy-Bewegung wirkt als Denkanstoß“ Interview mit Dr. Annette Ohme-Reinicke	8
Zeitgeist: Revolution Jan Lichtwitz.....	11

■ ■ Im Fokus: „Mehr Demokratie wagen“ – aber wie?

Einleitung zum Heftschwerpunkt Folke Deters, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle.....	13
Mehr Gleichheit, mehr Bildung, mehr Europa – die Demokratiedebatte in Deutschland Christian Krell	16
Politische Repräsentation zwischen indirekter und direkter Demokratie Thilo Scholle, Jan Schwarz und Sascha Vogt	22
Vom Zweckverband zu den Vereinigten Staaten von Europa Folke große Deters und Sebastian Hartmann	27
Die Krise des Parlamentarismus in Griechenland Gregor Kritidis	32
Demokratie und Wirtschaftsordnung Walther Müller-Jentsch	35
Wirtschaftsdemokratie konkret – der Fall Hoppmann Ole Erdmann ..	40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Eine konservative Redakteurin Gesa Rünker	45
Stichwort Wirtschaftspolitik: Das Grünbuch der EU-Kommission zu Eurobonds Arne Heise	46
Die aktuelle Zahl: 2012 Claudia Bogedan	49
Frauen chatten – Männer spielen? Pascal Geissler und Katharina Oerder	50
Nach Links gerückt – Das Erfurter Programm der LINKEN Gerry Woop.....	54
Gerecht für Alle Julian Zado	58
Die offenen Vorwahlen der Partei socialiste: ein Vorbild für die SPD? Martin Ahrens	60

Rezensionen:

Transnationale Staatlichkeit und gesellschaftliche Verhältnisse Thilo Scholle	63
Franz Walter – „Republik, das ist nicht viel“ Thilo Scholle.....	66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Fachkonferenz: Neue Energie und alte Netze, 2. Workshop Kritische Geschichte.....	68
DL 21 Aktuell: „Für eine starke SPD-Linke“	69
Fünf Fragen an... Dieter Scholz	70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schlesingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Folke Deters
Cordula Drautz
Michael Reschke
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461 -K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.fotolia.com © moramora

Bildnachweis:

S.45 www.fotolia.com © electriceye,
S.46 www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Dezember 2011

Inhaltliche Erneuerung der SPD geht weiter

von Hilde Mattheis

„Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“ – das Motto des vergangenen Bundesparteitags stand sinnbildlich für viele Beschlüsse, die auch gerade durch die Linke in der SPD geprägt wurden. In der Renten- und Arbeitsmarktpolitik wurden wichtige Korrekturen des sozialdemokratischen Regierungshandelns beschlossen: die Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Minijobs, gleiche Bezahlung bei der Leiharbeit, ein flexibler Rentenübergang und das Aussetzen der Rente mit 67. Die Sicherung des Rentenniveaus wurde ohne klare Position in eine neue Kommission verschoben, in der die SPD-Linke sich für eine armutsfeste, lebensstandardsichernde Rente wird einsetzen müssen.

Eindeutig auch die Position beim Steuerkonzept, das mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent und höherer Erbschaftssteuer als das fortschrittlichste Konzept seit vielen Jahren gelten darf. Der Kompromiss einer kurzfristigen Erhöhung der Abgeltungssteuer auf 32 Prozent und die Überprüfung der Einnahmen mit der Option auf Rückkehr zur synthetischen Besteuerung ist ein Erfolg der SPD-Linken, die die Verteilungsgerechtigkeit wieder neu auf die Agenda gesetzt hat.

In der Gesundheitspolitik bleiben Konflikte – denn im Gegensatz zu allen Beschlüssen seit 2003 konnte sich die Partei nicht zu einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Bürgerversicherung auf das Niveau der Rentenversicherung einigen. Hier wird in den nächsten Monaten nachzusteuern sein, vor allem um anschlussfähig an die Forderungen der Gewerkschaften zu sein und gesellschaftliche Akzeptanz für unser Modell zu erreichen.



☞ Hilde Mattheis ist SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Forums DL 21 e.V..

Foto: spdfraktion.de

Entscheidend für die Mitgliederpartei SPD ist, dass wir mit einem klaren Programm in die Bundestagswahl gehen, mit dem sich die Partei identifizieren kann und das in der Breite inhaltlich überzeugt. Wir wollen den Primat der Politik und mehr demokratische Teilhabe gerade in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen wiedergewinnen und mit mehr Verteilungsgerechtigkeit die auseinanderdriftende Vermögensverteilung bekämpfen. Dazu wurden bei diesem Parteitag die richtigen Grundlagen gelegt.

Nicht zuletzt ist das ein Ergebnis der verantwortungsvoll agierenden Parteilinken. An den richtigen Stellen haben wir im Vorfeld wie auf dem Parteitag selbst für inhaltliche Debatten gesorgt, ohne uns an symbolischen und damit ins Leere laufenden Kontroversen aufzuhalten. Und es ist ein Zeichen von Stärke, dass wir uns dabei klar als diejenigen positioniert haben, für die „links“ kein Schimpfwort, sondern Ausdruck politischen Handlungs- und Gestaltungswillens ist.

Die Neuausrichtung der SPD geht deshalb weiter: Die noch offenen Punkte bei der Rente, der Bürgerversicherung und übrigens auch bei der Vorratsdatenspeicherung müssen wir im Sinne einer gerechten, solidarischen Gesellschaftsidee klären. Unser Wahlprogramm darf nicht hinter die auf dem Parteitag beschlossene Linie zurückfallen, wenn ab 2013 „Demokratie und Gerechtigkeit“ wieder Richtschnur politischer Entscheidungen in Deutschland sein soll.

Politik für Frieden und Freiheit neu diskutieren

von Ernst Dieter Rossmann

„Unser Kapital: Demokratie und Gerechtigkeit“: So lautete das Leitmotiv des Bundesparteitages 2011 von Berlin. Dass Frieden und Freiheit mit gleichem Gewicht dazu gehören, muss in der Partei Willy Brandts und des solidarischen Internationalismus niemandem erklärt werden.

„Humanitäre Interventionen“ und „neue Gefahren“, die militärische Absicherung von ökonomischen Einflussphären und der Zerfall von Autokratien und staatlichen Autoritäten sind die beherrschenden Themen der Sicherheitspolitik seit Ende der Blockkonfrontation. Die NATO hat sich mit der Washington-Doktrin hin zu einem globalen Sicherheitsakteur neu definiert. Neben UN-Blauhelm-Einsätzen stehen einseitige Interventionen, ohne legales UN-Mandat und ohne Führung durch die UN. Mit der Aufnahme des Prinzips von der „Responsibility to protect“ in den Aufgabenkanon der UN verdichten sich die Anforderungen in der Weltinnenpolitik der Zukunft.

Hat die SPD hier schon die notwendige inhaltliche Klarheit und prägende Kraft in der Debatte? Haben wir eine gemeinsame Vorstellung, ob und wie deutsche Soldaten nach dem Rückzug als Kampftruppen in Afghanistan nach 2014 präsent sein sollen? Ist das Prinzip des „Responsibility to protect“ im Spannungsfeld von Darfur bis Libyen schon hinreichend ausgelotet? Und was sind berechnete nationale und europäische Interessen, die wir auch militärisch schützen dürfen und müssen? Wie beteiligt sich Deutschland an Initiativen zu einem Containment von Staaten wie dem Iran? Und was wird aus dem



➔ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Foto: privat

deutschen Parlamentsvorbehalt auf dem Weg zu einer integrierten europäischen Armee?

Wenn die SPD eine Schärfung ihrer Konzeption von Friedens- und Entspannungspolitik gar nicht erst in Angriff nehmen will, darf sich allerdings niemand wundern, dass die Fragezeichen immer mehr zunehmen und die SPD an Profil als Partei von Frieden, Freiheit und Entspannung verliert. Im Übrigen muss die SPD als Leitpartei der internationalistischen Linken die Debatte doch auch im Interesse ihrer legitimen machtpolitischen Strategie bis zu dem Punkt führen, an dem klar wird, ob es überhaupt eine realistische Chance gibt, dass eine Partei wie die „Linke“ jemals auf Bundesebene in einer Koalition internationale Verantwortung wahrnehmen kann und will.

Die dafür notwendige Meinungsführerschaft werden wir aber nur durch mehr Engagement und Nachhaltigkeit in der gemeinsamen Diskussion erreichen können. Friedens- und Freiheitspolitik wird sich dabei in Zukunft auch für die SPD immer weniger rein national vollziehen, sondern zunehmend im europäischen Kontext. Die Linke in der SPD ist jetzt aufgerufen, bei dieser Debatte um Linie und Langfristigkeit voranzugehen. ■

Debatte: Der Verfassungsschutz tut vieles – nur die Verfassung schützt er nicht

von Halina Wawzyniak

Seit Ende der neunziger Jahre arbeiteten sich untergetauchte Nazis mordend durchs Land. Die Empörung ist groß und ebenso groß das Entsetzen darüber, dass der Verfassungsschutz ins Visier der ermittelnden Behörden geriet. Die Empörung ist nachvollziehbar, das Entsetzen nicht. In all den Jahren, in denen das Nazi-Netzwerk unbehelligt mordete, standen der Linksextremismus und der islamistisch motivierte Terrorismus im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten des Bundesinnenministeriums wird ausführlich über das Treiben von „Extremisten“ berichtet. Der Begriff des „Extremismus“ ermöglicht in all seiner Schwammigkeit, sehr verschiedene politische Aktivitäten zu subsumieren. Nicht rechtliche Kriterien definieren, wer ein „Extremist“ ist, sondern die jeweils herrschende Vorstellung davon, was die politische Mitte und wie groß die Distanz anderer zu dieser vermeintlichen Mitte ist. Rückt die Mitte nach rechts, wird die Distanz zum linken Spektrum größer, die zum rechten kleiner.

Nach dem gegenwärtig geltenden Extremismusbegriff, schrieb Martin Kusch in September 2010 in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ wären die Hitlerattentäter des 20. Juli 1944 ebenso Extremisten wie die Oppositionellen in der DDR. Der Begriff des „Extremismus“ sei deshalb in der politischen Debatte nicht hilfreich. Natürlich spiegelt der Verfassungsschutz in dem, was er tut, die politische Verfasstheit des Landes. Heißt, unter besseren politischen Verhältnissen könnte sich auch da etwas zum Besseren wenden. Nie aber zum Guten. Drei Gründe seien genannt:



☞ Halina Wawzyniak ist netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und stellv. Parteivorsitzende.

Foto: © Sascha Nolte

Erstens untergräbt der Verfassungsschutz das vermeintlich von ihm zu schützende Gut allein durch die Methoden, die er anwendet. Sie halten zu einem großen Teil rechtsstaatlichen Kriterien nicht stand. Das betrifft zum Beispiel die heimliche Beschaffung von Informationen aus der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger oder den Einsatz und die Finanzierung von V-Leuten in rechten Organisationen. Der Zweck hat die Mittel noch nie geheiligt.

Zweitens lässt sich der Verfassungsschutz – wider alle Behauptungen – nicht kontrollieren. Die Parlamentarischen Kontrollgremien sind ein Feigenblatt. Elf Abgeordnete des Bundestages erfahren Dinge, die sie dann nicht öffentlich machen dürfen. Das ist ein Witz.

Drittens kann ein Dienst, der sich die Delegitimierung und Stigmatisierung von Oppositionskräften zur Aufgabe stellt, nicht eine Verfassung schützen, die die Grundrechte des Einzelnen und Meinungsfreiheit zum hohen Gut erklärt. Demokratie muss von Demokratinnen und Demokraten mit demokratischen Mitteln verteidigt werden.

Vor mehr als dreißig Jahren schrieb der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth in dem Buch „Im Staat der ‚Inneren Sicherheit‘“: „Meistens werden die Hilfsmittel der Staatsgewalt, die sich selbst für Verfassungsschutzorgane halten, umgekehrt zu potenziellen Quellen der Gefährdung des Verfassungsrechts.“

Genau diese Entwicklung hat der Verfassungsschutz vollzogen. Und deshalb gehört er abgeschafft. ■

Debatte: Verfassungsschutz – Auflösung löst die Probleme nicht

von Daniela Kolbe

Die Versäumnisse der staatlichen Behörden rings um die Zwickauer Nazi-Zelle sind erschütternd. Es drängt sich die Frage auf, inwiefern insbesondere der Thüringer Verfassungsschutz der 1990er Jahre Teil des Problems und nicht Teil der Lösung war. Aber auch Polizei, LKAs und BKA müssen sich viele unangenehme Fragen gefallen lassen, etwa danach, wie es sein kann, dass über viele Jahre konsequent ein rechtsextremistischer Hintergrund bei den Taten ausgeschlossen wurde. Wie es sein konnte, dass trotz zahlreicher Hinweise und offensichtlicher Vernetzung der Terroristen zu Nazis aus verschiedenen Bundesländern über 13 Jahre keine Fahndungserfolge vorzuweisen waren.

Alle offenen Fragen müssen konsequent aufgeklärt und beantwortet werden, schon um das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Behörden wiederherzustellen. Und es müssen Konsequenzen aus den Geschehnissen gezogen werden, die solche Vorgänge für die Zukunft unmöglich machen. Dazu gehörten eine Debatte über den Einsatz und das Führen von V-Leuten ebenso wie die Frage der Kommunikation zwischen den Landesverfassungsschutzämtern, wie auch die demokratische Kontrolle ebendieser. Eine Auflösung des Verfassungsschutzes halte ich aber für absolut überzogen. Ein Amt für Verfassungsschutz ist sinnvoll, um Gefahren für unsere Demokratie insbesondere für demokratische Institutionen frühzeitig zu erkennen, Ansätze von Terrorismus aufzudecken und die Politik zu beraten. Diese Aufgabe stellt sich real, sie muss erfüllt werden. Die Tatsache, dass das dem Verfassungsschutz in der Vergangenheit zwar oft, aber offensichtlich nicht immer gelungen ist, muss Anlass zu Reformen, nicht zur Abschaffung sein.



➔ Daniela Kolbe ist SPD-Bundestagsabgeordnete, Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Foto: © Anke Jacobs

Darüber hinaus sind mit der Zwickauer Zelle erneut Probleme sichtbar geworden, die weit über den Verfassungsschutz hinaus reichen und die wir politisch angehen müssen. Staatliche Institutionen haben offenbar zum Teil eine Sehschwäche auf dem rechten Auge. Mit verheerenden Auswirkungen vor allem auf die Betroffenen rechter Gewalt. Aber auch die Aussagekraft amtlicher Statistiken und der Verfassungsschutzberichte wird von dieser Sehschwäche negativ beeinflusst. Wir brauchen als Antwort eine Kultur des Hinsehens in der Gesellschaft und in den Behörden.

Auch die Vermischung ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Phänomene zu einem „Extremismusbrei“, wie sie von den Konservativen betrieben worden ist, hat zur Verschleierung und Bagatellisierung des Problems Rechtsextremismus beigetragen – bis weit hinein in den politischen und gesellschaftlichen Raum hinein. Der Begriff des Extremismus – für einen Verfassungsschutz eine plausible Arbeitsgrundlage, denn er sucht ja gerade nach aggressiv kämpferisch agierenden Gegnern der FDGO – wird unreflektiert in den politischen Raum übertragen und zu unhaltbaren Rechts-Links-Vergleichen herangezogen. Elemente extrem rechten Denkens in der Mitte der Gesellschaft können mit diesem Ansatz ganz einfach ausgeblendet werden. Dieser Haltung müssen wir einen politischen Diskurs entgegensetzen, der den Extremismusbegriff kritisch hinterfragt und eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher politischer Phänomene einfordert. Ein solcher Diskurs hinterfragt auch Verfassungsschutzberichte kritisch. Überflüssig werden die Berichte dadurch nicht. ■

Occupy!

„Die Occupy-Bewegung wirkt als Denkanstoß“

Interview mit Dr. Annette Ohme-Reinicke



⇒ Dr. Annette Ohme-Reinicke ist Soziologin und Lehrbeauftragte an der Universität Stuttgart mit einem Forschungsschwerpunkt zum Verhältnis Sozialer Bewegungen und technischem Fortschritt.

Foto: privat

spw: Von manchen bereits als wohlmöglich größte soziale Protestbewegung seit 1968 euphorisch begrüßt, scheint die Occupy-Bewegung zeitgemäßer Ausdruck einer modernen und populären Kapitalismuskritik zu sein. Umreißen Sie doch bitte kurz den Entstehungszusammenhang und die Entwicklung der Bewegung.

» **A.O.-R.:** Der Aufruf und Slogan „Occupy Wall Street!“ stammt aus der Juli-Ausgabe des kanadischen Magazins „Adbusters“, das den Konsumismus der westlichen Gesellschaften auf's Korn nimmt. Zwei Monate später kam die Bewegung ins Rollen. Am 15. Oktober fanden weltweit in fast 1000 Städten Demonstrationen statt, die das weltweite Finanzsystem kritisierten. Am 17. September, dem Verfassungstag der USA, besetzten Aktivisten den Zuccotti Park in Manhattan nahe der Wall Street. Bald campierten in über 90 Städten weltweit zahlreiche Protestier/-innen gegen Kapitalismus und soziale Ungerechtigkeit. Die Aussage „Wir sind die 99 Prozent“ drückt das Selbstverständnis der Aktivisten aus, nämlich zu denjenigen zu gehören, die an einer Umverteilung von unten nach oben leiden. Die Demonstranten richten sich dagegen, dass eine immer kleiner werdende Minderheit

den Großteil der ökonomischen Produktionsmittel und der Macht besitzen. Die Zustimmung ist groß. Als „Adbusters“ im Oktober dazu aufrief, für eine Finanztransaktionssteuer auf die Straße zu gehen, trugen selbst die Unicef, Greenpeace und Friends of the Earth oder der Nobelpreisträger Paul Krugman diesen Aufruf mit. Zu einem viel gelesenen Buch gehört Winner-Take-All Politics des Yale-Professors Jacob Hacker.

Obgleich die „Occupy-Bewegung“ scheinbar plötzlich da war, gehen solch breiten Demonstrationen Diskussionsprozesse und Initiativen voraus. Sie schaffen Netzwerke und bekommen – wenn sich der Unmut angesammelt hat – Zulauf. Bereits 2008 gab es Proteste gegen den Finanzkapitalismus. Es beteiligten sich aber nur Wenige. Im Sommer 2011 protestierten dann Tausende in Europa dagegen, dass den Banken Milliardensummen zur Verfügung gestellt werden, während gleichzeitig bei Renten und Sozialabgaben gespart wird. Ebenfalls voraus gingen die Besetzungen öffentlicher Plätze etwa in Israel, deren Funke die Erhöhung eines Käsepreises war und die sich gegen eine als ungerecht empfundene Sozialpolitik richtete. In Spanien und Griechenland war die Bewegung der „Indignados“ entstanden, die sich gegen die etablierte Politik richtete. Schließlich übermittelte der „arabische Frühling“ Anfang 2011 die Botschaft, dass man sich ungerechter Herrscher tatsächlich entledigen kann. Auch die Redaktion von Adbusters war von der Bewegung in Tunesien inspiriert. Am 15.11. wurde der Zuccotti Park in New York wie andere Camps in den USA zwar geräumt, aber dennoch scheint ein globales Aufbegehren stattzufinden, das sich gegenseitig Dynamik verleiht.

spw: Was zeichnet die deutschen Occupy-Aktivitäten aus?

» **A.O-R.:** In Deutschland wurden vor allem die Begrenzung der Macht der Banken, die Einführung von Finanztransaktionssteuern und ein Verbot undurchsichtiger Finanzprodukte gefordert.

Die deutsche Occupy-Bewegung ist ein Sammelsurium von Attac über Campact bis zu gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Proteste begannen am 15. Oktober. Es demonstrierten bis zu 50 000 Menschen. Eine Woche später war die Zahl der TeilnehmerInnen in 25 Städten geringer als zuvor und am 29.10. reduzierte sich die Anzahl abermals. Während die Zahl der Demonstranten zwar zurückgeht, sind öffentliche Plätze jedoch noch okkupiert. Diese in Besitz genommenen öffentlichen Räume dienen als Diskussionsforen über die erlebte Wirklichkeit und über Möglichkeiten zukünftiger Politik. Bestenfalls wächst ein Bewusstsein davon, dass Politik gestaltet werden kann. In Oakland etwa wurde ausführlich die Möglichkeit eines Generalstreiks diskutiert.

Außerdem haben die Proteste eine Diskussion über die ungleiche Verteilung des Reichtums bewirkt. Sie schärfen das öffentliche Bewusstsein dafür, dass Verarmung und Prekarisierung keine individuellen Probleme sind. Erste Untersuchungen in den USA belegen: Seit der Occupy-Bewegung hat die Zahl der Medienberichte über Armut und Vermögensverteilung rapide zugenommen. Ob der Trend abnehmender TeilnehmerInnen anhält, wird sich zeigen. Soziale Bewegungen sind oft totgesagt worden. Etwa die Anti-AKW-Bewegung zu Beginn der 90er Jahre. Oder die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“. Hier wollte das Aktionsbündnis die Proteste im Frühjahr 2010 schon absagen. Plötzlich jedoch kamen Zehntausende und es entfaltete sich eine neue Dynamik. Das gehört zu Sozialen

Bewegungen: Man kann sie nicht prognostizieren.

spw: Von welchen sozialen Gruppen wird die Occupy-Bewegung getragen, welche Motive treiben sie an und welche Programmatik und Strategie lassen sich identifizieren?

» **A.O-R.:** Die Aktivisten stammen aus allen Teilen der Gesellschaft. Arbeitslose, Beamte, Auszubildende, alles ist vertreten. Dabei besteht die Programmatik und Strategie der Occupy-Bewegung darin, dass sie keine hat. Vielmehr setzt sich eine Menge ins Licht der Öffentlichkeit, die unter den Verhältnissen leidet. Das tragende Motiv ist es, dem Unmut über die erlebte Krisensituation Ausdruck zu geben. Diese wird völlig unterschiedlich erlebt: Furcht vor dem Verlust des Ersparnis, als Angst um die Rente aufgrund des Zusammenbruchs der Rentenfonds, als Verminderung des Lohns, als Unsicherheit des Arbeitsplatzes oder als Verdichtung der Arbeitszeit. Der Ausdruck „Beschleunigung“ als Bezeichnung für eine Zeiterfahrung ist nicht umsonst populär geworden. Viele haben das Gefühl, erstens den gesetzten Leistungsanforderungen nicht mehr nachkommen zu können und zweitens die vorsichgehenden Veränderungen, die scheinbar von außen hereinbrechen, nicht wirklich zu verstehen. Sie sind verunsichert. Nach einer repräsentativen Umfrage geben etwa 66 Prozent an, nicht zu begreifen, worum es sich bei der Finanzmarktkrise tatsächlich handelt. Diese Unsicherheit sucht nach Formen der Artikulation.

Dabei drückt Occupy! durchaus ein politisches Selbstverständnis aus: Praktiziert wird die Besetzung öffentlicher Räume. Plätze und Straßen werden zu Foren. Es sind die Menschen selbst, die sich als Öffentlichkeit formieren. Insofern kann man die Occupy-Bewegung auch als eine Art Reflex auf die Privatisierungsschübe öffentlicher Güter der letzten Jahre sehen. Privat komme ja von private, berauben. Das vereinzelte neoliberale

Marktsubjekt hebt seine Vereinzelung auf und demonstriert, dass das scheinbar private Leiden an den Verhältnissen politisch ist.

spw: Eine immer wieder aufkommende Frage bei Betrachtungen der Occupy-Bewegung ist ihr Verhältnis zu etablierten Großorganisationen und insbesondere Parteien.

» **A.O.-R.:** Ich denke, da unterscheidet sich die Occupy-Bewegung nicht sehr von anderen sozialen Bewegungen, die alle außerhalb von Parteien entstanden sind. Gerade die SPD und die Grünen, auf Umwegen auch die Links-Partei, sind selbst Produkt sozialer Bewegungen. Sie drücken die Überzeugung aus, dass Parteien Probleme nicht vehement genug in Angriff nehmen. Allerdings verweist die Occupy-Bewegung auch auf ein grundsätzliches Problem. Parteien sind einer bestimmten Logik verhaftet. Im Vordergrund steht die nächste Wahl, der politische Machtgewinn oder -verlust, häufig sollen die Interessen von Lobbyisten bedient werden. Politische Einzelfragen, wie etwa die ob ein bestimmtes Gesetz verabschiedet, ob ein technisches Großprojekt gebaut werden soll oder nicht, werden von Parteien – und das liegt nun mal in der Logik ihres Agierens, ihres Politikverständnisses – in der Regel primär unter dem Gesichtspunkt des Wählerstimmengewinns behandelt. Einzelfragen stehen oftmals nicht wirklich zur Disposition, sondern geraten vielmehr zu einer Frage danach, wie ein Projekt oder ein Gesetz in Kampagnen verpackt und „politikverträglich“ gestaltet oder „der Öffentlichkeit kommuniziert“ werden kann. So gewinnen die BürgerInnen oftmals den Eindruck, sie würden bloß für Parteientaktik benutzt und wenden sich ab von dem, was man etablierte Politik – oder wie Sie sagen „Großorganisationen“ – nennen könnte. Allerdings ist das Verhältnis durchaus ambivalent: Einerseits sind die Proteste getragen von der Überzeugung, dass die etablierte Politik die BürgerInnen nicht hinreichend vertritt, andererseits richten sich

Forderungen und Aufrufe der Protestbewegung, ja Hoffnungen auf Veränderungen oft doch an die Parteien. In der Reaktion auf Petitionen werden dann wiederum Erfahrungen mit der „politischen Klasse“, so Erhard Eppler, gemacht, die Protestbewegungen an Parteien binden oder von ihnen entfernen können. Gleichzeitig wirken Protestbewegungen in die Parteien hinein, indem sie eine Auseinandersetzung mit Themen erzwingen, die möglicherweise vernachlässigt wurden.

spw: Historisch wurden Kapitalismuskritik und entsprechende programmatische Anliegen von Akteuren der Arbeiterbewegung politisch formuliert und getragen. Wie sollten Gewerkschaften und Sozialdemokratie der Bewegung begegnen?

» **A.O.-R.:** Da müsste man zunächst einmal darüber nachdenken, warum sich die Aktivisten der Occupy-Bewegung offenbar von Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nicht hinreichend vertreten sehen und wo die inhaltlichen Differenzen liegen. Die größte inhaltliche Konvergenz allerdings dürfte in der Frage nach einer gerechteren Verteilung liegen. Ich denke, die Occupy-Bewegung weist darauf hin, dass seitens der Gewerkschaften und Sozialdemokratie hier einiges versäumt wurde und wirkt diesbezüglich als Denkanstoß. ■

↳ Das Interview führte Michael Reschke.

Zeitgeist: Revolution

Jahreskonferenz des Willy Brandt Centers Jerusalem im Zeichen von Jugendprotesten im Nahen Osten und in Europa

von Jan Lichtwitz

Seit der Unterzeichnung des Gründungsvertrags des WBC zwischen der israelischen Labor Jugend, der palästinensischen Fatah Jugend und den Jusos 1996 bilden die gemeinsamen Werte der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität die zentrale Grundlage für das trilaterale Jugendprojekt. Sie sind ein Grund dafür, dass eine faszinierende Idee in einer nicht einfachen Region seit nun 15 Jahren trotz oft beunruhigender äußerer Entwicklungen Bestand hat. Das WBC ist längst zu einem starken Projekt geworden, zu einem Haus für junge Israelis, PalästinenserInnen und Deutsche, die diese Werte teilen und in gemeinsamer Partnerschaft an ihrer Vision von Frieden und Zusammenleben arbeiten.

In einem Jahr, in dem genau diese Werte Menschen in Nordafrika, in Israel, aber auch in Europa und dem Rest der Welt auf die Straße gebracht haben, um für Selbstbestimmung und Gerechtigkeit einzutreten, wundert es nicht, dass Revolution und Proteste das zentrale Thema der diesjährigen Willy Brandt Center Jahreskonferenz waren, die am 22. Oktober in Jerusalem stattfand. Gekommen waren neben den israelischen und palästinensischen Partnern unter anderem auch Delegationen der Jusos und der IUSY sowie die WBC-Fördervereinsvorsitzende Andrea Nahles und der Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann.

Zeitgeist: Revolution

Revolutionen und Jugendproteste standen im Mittelpunkt der Diskussion. In Panels und Workshops diskutierten die Partner über „Jugend im Umbruch“ oder auch über die Forderungen verschiedener Bewegungen, die Rolle



☞ Jan Lichtwitz ist stellv. Sprecher des Deutschen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit (DNK).

Foto: privat

von Frauen im Protest, das Verhältnis zu politischen Parteien oder die Frage, welche Wirkung der Einsatz von neuen Medien und sozialen Netzwerken hat.

Klar war dabei: In vielen Teilen der Welt befinden sich Verhältnisse im Umbruch. Insbesondere Jugendliche gehen auf die Straße, ermutigt von meist individuellen Bedürfnissen, oft aber auch aus unkonkreten und diffusen Gefühlen der Unzufriedenheit mit dem Gegebenen heraus. Sie eint das Streben nach Gerechtigkeit und Wandel. Dabei wäre es vermessend, die revolutionäre Stimmungen der Bewegungen von New York über Madrid bis hin zu Tel Aviv oder Kairo in einen Topf zu werfen.

Der Mangel an Organisation von Interessen

Die individuellen Lebensverhältnisse und eigene Erfahrungen sind und waren vielerorts Auslöser für die Proteste. Sie waren es auch im Falle des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi, der sich in verzweifelter Lage selbst verbrannte und eine Welle des Protests auslöste, die Regierungen zu Fall brachte. Individuelle soziale Interessen waren auch Grund dafür, dass hunderttausende Menschen in Israel zur Zeltbewegung zusammenkamen, um sich gegen Miet- und Lebensmittelpreise zu wehren. Die Proteste sind in keiner Weise „apolitisch“ – und doch treffen Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen und unterschiedlichsten Erwartungen aufeinander. Es hat sich gezeigt, dass bei aller Verschiedenartigkeit der Interessen

und Akteure sich ein gemeinsamer Protest tragen kann. Wenn es allerdings zur Frage kommt, ob langfristige Entwicklungen und Gerechtigkeit politisch erreicht werden können, werden sich diese Interessen organisieren müssen.

Es eint die Protestbewegungen außerdem eine Skepsis gegenüber Organisationen, insbesondere gegenüber Parteien. In Ägypten und Tunesien hatten Jugendliche eine wichtige Rolle dabei, ein autoritäres System zu stürzen. Sie haben es aber kaum geschafft, gemeinsam in dem darauf folgenden demokratischen Prozess eine wichtige Rolle zu spielen.

In Israel sind die Zelte mittlerweile verschwunden, die Protestierenden haben sich verstreut, sind wieder Hause. Übrig geblieben sind diejenigen, die kein zu Hause haben, in das sie zurückkehren können. Es wurde vorerst versäumt, sich dauerhaft zu organisieren, Ziele und eine Strategie zu entwickeln. Waren es früher Parteien, die diese Funktion übernahmen, gelingt es ihnen heute oft nicht aktiver Teil von sozialen Bewegungen zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob es der Sozialdemokratie gelingt, jene Interessen und Bedürfnisse aufzunehmen, zu kanalisieren und eine politische Alternative mit Protestierenden auf aller Welt zu entwickeln. Ein politischer Wandel ohne Parteien, da waren sich die Teilnehmenden einig, ist kaum vorstellbar.

Bewegte Zeiten, auch in Israel und Palästina

Auch fernab von Protestbewegungen fand die Jahreskonferenz in bewegten Zeiten statt. Kurz zuvor wurde der israelische Soldat Gilad Schalit nach über fünf Jahren Gefangenschaft freigelassen – nachdem Israel mit der Hamas den Austausch mit etwa 1000 palästinensischen Gefangenen vereinbart hat. Neben der Erleichterung über das Ende von Schalits Gefangenschaft wurde in Gesprächen mit den israelischen Partnerorganisationen die Sorge deutlich, dass Regierungschef Netanjahu durch diesen Deal, der innerhalb der Bevölke-

rung hohe Zustimmung erfährt, Vertrauen für seine nationalkonservative Regierung zurückgewinnen könnte, das er im Zuge der Protestbewegung verloren hatte.

Zentrales Anliegen, das beim Zusammentreffen der Jusos mit der palästinensischen Partnerorganisation, der Fatah Jugend, zur Sprache kam, war der palästinensische Antrag auf Aufnahme als Vollmitglied der Vereinten Nationen. Die Jusos machten im Gespräch ihre Kritik gegenüber der Bundesregierung deutlich, die durch eine frühzeitige Festlegung auf eine Ablehnung jeden Spielraum für ein gemeinsames europäisches Vorgehen verspielt und die Situation nicht genutzt hat, um beide Seiten zu ergebnisorientierten Verhandlungen sowie die Regierung Netanyahu zu einem Stopp des Siedlungsbaus zu drängen.

Eine Vision für das WBC

Das Zusammentreffen zur Jahreskonferenz nutzten die Partnerorganisationen, um in einem gemeinsamen Workshop einen Visionsprozess für das Willy Brandt Center zu beginnen. Nach 15 Jahren der Partnerschaft unter schwieriger politischer Großwetterlage soll sich nun über die gemeinsamen Stärken und Ziele verständigt und neue Ideen entwickelt werden. Deutlich wurde auf der diesjährigen WBC-Jahreskonferenz erneut, dass dem Willy-Brandt-Center eine hohe Bedeutung für Friedens- und Verständigungsprozesse in der Region zukommt und es einen zentralen Ansprechpartner für Dialogprozesse und Vernetzung darstellt. ■

„Mehr Demokratie wagen“ – aber wie?

Foto: www.fotolia.com, © moramora

Einleitung zum Schwerpunkt

von Folke Deters, Cordula Drautz, Michael Reschke und Thilo Scholle



Wer hätte gedacht, dass nach den monatelangen Protesten, der gescheiterten Mediation, dem Aufkommen des „Wutbürgers“ zum Ausdruck und Identifikationsfigur heutiger demokratischer Krisenphänomene und dem „Sturz“ des konservativen Stammlandes Baden-Württembergs durch einen grünen Ministerpräsidenten als höchsten Partner im Ländle gegen Stuttgart 21 eben jenes Projekt bei der Volksabstimmung Ende November nicht nur im Bundesland insgesamt, sondern auch in Stuttgart selbst mit rund 53 zu 47 Prozent das Wohlwollen der Bevölkerung erfahren und die parlamentarische Beschlusslage letztlich bestätigt werden würde¹. Der Unterschied zwischen gefühlter sowie realer gesellschaftlicher Mehrheit fiel wohl selten weiter auseinander.

Unübersichtlichkeit und Widersprüche

Es soll hier nicht um das Für und Wider Stuttgart 21 gehen. Vielmehr verdeutlichen die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 nicht nur die abgenommene Integrationskraft kollektiver Lösungen und kollektiver Akteure in

Deutschland – aber auch den „entwickelten“ Demokratien insgesamt – sondern sie repräsentieren ebenso sehr eine neue Unübersichtlichkeit hinsichtlich der gesellschaftlichen Interessenartikulation und –repräsentanz, die nicht nur Akteure wie Parteien in ihrem Handeln beschäftigen sondern ebenso sehr das Institutionengefüge berühren. Letzteres insbesondere in der populären und auch aus linken Zusammenhängen vielfach gestellten Forderung nach mehr direkter Demokratie – auch von Seiten der SPD². Und diese Forderung ist nicht einmal programmatisch falsch. Nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen mit der Volksabstimmung zur Primarschule in Hamburg sind aber zumindest große Fragezeichen hinter einem gegenwärtigen Schub direkter Demokratie zu setzen, um im Ergebnis nicht ein Mehr an Polarisierung zu erhalten. Dort haben die abgrenzungswilligen oberen Mittelschichten und Oberschichten mit dem Instrumentarium direkter Demokratie ihre politischen Ressourcenvorteile machtpolitisch realisiert und konnten diese letztlich anhand der Ablehnung längeren gemeinsamen Lernens sozial absichern.

¹ Vgl. <http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=8923240/2cpnnh/index.html> (letzter Aufruf 14.12.2012).

² http://www.spd.de/linkableblob/21830/data/beschluss_demokratie_lang.pdf

Demokratie unter Stress

Institutionen und Akteure der Demokratie scheinen, und dies über den deutschen Fall hinaus, unter besonderem Stress zu stehen. Die These der Postdemokratie nach Colin Crouch³, demnach zwar formal Wahlen abgehalten werden würden, faktisch die Demokratie aber ausgehöhlt sei, da auch in den Industrienationen sich mittlerweile ökonomische Macht unbremst in politische Macht übersetze, gehört mittlerweile zum festen Kanon der Demokratietheorien der Gegenwart. Diese Krisenphänomene sind dabei auch notwendige Folgen eines ungezügelter Finanzmarktkapitalismus und der Ideologie des Neoliberalismus, die sowohl die Voraussetzungen von Demokratie (Anstieg sozialer Ungleichheit und erhöhter Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft), die politische Kultur (Primat der Märkte und TINA-Prinzip) und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (zugunsten Kapitalbesitzer und Finanzmarktakteure) nachhaltig in den letzten drei Jahrzehnten zu Ungunsten von Demokratie prägen.

Wie und mit wem heute mehr Demokratie wagen?

Diese Bestandsaufnahme muss die politische Linke und insbesondere die Sozialdemokratie in Unruhe versetzen. Schließlich war sie in ihrer Geschichte wiederholt tragender Teil der Demokratiebewegung. Demokratische Ordnungen sind Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Eines war progressiven Kräften dabei stets klar: die notwendige Verbindung der Sozialen Frage mit der Frage nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie. Dass hier auch die SPD nach den neoliberalen Anlehnungen in den letzten Jahren – insbesondere hinsichtlich ihrer Sozialstaatspolitiken – Aufarbeitungsbedarf hat, scheint mittlerweile breit geteilt. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach progressiven Allianzen, nach BündnispartnerInnen nicht nur auf Ebene der Parteien

sondern auch gesamtgesellschaftlich. Bei allen Verbindungen zu etablierten Akteuren ist doch eine globale Entwicklung interessant: die der Jugendbewegungen. Sei es Occupy in den USA und Europa, seien es die „Indignados“ in Spanien oder Griechenland: das Unbehagen an der Postdemokratie, die Repolitisierung nur scheinbar individueller Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und die zunehmende soziale Polarisierung werden wieder auf die Straße gebracht⁴. Dass diese Bewegungen ein ambivalentes bis ablehnendes Verhältnis zu Großparteien auch und vielleicht gerade gegenüber der politischen Linken haben, weist umso mehr auf Repräsentationsprobleme etablierter linker Akteure hin. Und dass sie in sich zutiefst heterogen sind und nicht selten ohne explizite Programmatik auskommen, befördert die gegenwärtige Unübersichtlichkeit vermutlich. Gleichwohl sind sie aber ein hoffnungsvolles Zeichen, brechen sie doch mit zwei Trends der neoliberalen Dekaden: Sie stehen für Solidarisierung und Politisierung.

Ein weiterer Hoffnungsschimmer speist sich aus dem „arabischen Frühling“. Das Streben nach Demokratie und politischer Selbstbestimmung haben auch die so scheinbar stabilen autoritären Regime Nordafrikas nicht auf Dauer unterdrücken können. Auch hier zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen. Während in den etablierten Demokratien des Westens über Krisen der Demokratie gesprochen wird, ist ihre Anziehungskraft in anderen Teilen der Welt ungebrochen. Ebenso gilt dies für die Relevanz der Demokratie in den Auseinandersetzungen um das politische „Erfolgsmodell“ der Zukunft. Schließlich ist mit dem autoritären „Modell China“ ein aufstrebender Konkurrent vorhanden.

Beiträge des Schwerpunkts

Auseinandersetzungen mit Gefährdungen und Chancen gesellschaftlicher Demokratisierung finden seit jeher in der spw statt⁵.

4 Siehe auch das Interview mit Dr. Annette Ohme-Reincke zu Occupy! in dieser Ausgabe.

5 Erinnert sei hier nur an den umfangreichen Schwerpunkt Wirtschaftsde-

3 Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Der vorliegende Schwerpunkt versteht sich bewusst breit. Er möchte angesichts der geschilderten Unübersichtlichkeit Orientierung verschaffen, Möglichkeitsräume der gesellschaftlichen Demokratisierung ausloten und politische Ansatzpunkte aufzeigen. Zustand und Entwicklung der (Parteien-)Demokratie, die demokratische Verfasstheit Europas und Wirtschaftsdemokratie sind die drei Themenkomplexe denen sich die Einzelbeiträge des Schwerpunktes dabei widmen.

Christian Krell zeichnet in seinem Beitrag die Debatte um Demokratie in Deutschland nach. Entlang der von ihm konstatierten Herausforderungen Entpolitisierung, Entgrenzung, Ungleichheit, den Grenzen repräsentativer Demokratie und dem Ansehens- und Mitgliederverlusten der Parteien argumentiert er entlang der Voraussetzungen einer demokratischen Ordnung für ein Mehr an Gleichheit, Bildung und Europa.

Der Herausforderung politischer Repräsentation zwischen direkter und indirekter Demokratie widmen sich *Thilo Scholle*, *Jan Schwarz* und *Sascha Vogt*. Dabei identifizieren sie ein Spannungsverhältnis aus solidarischen und individualistischen linken Orientierungen und machen aufmerksam auf die soziale Selektivität direktdemokratischer Verfahrensweisen. Ihr Ansatz orientiert sich an kollektiv orientierten Interessensallianzen verschiedener Akteure, deren Grundlage die Repolitisierung des Politischen sei.

Sebastian Hartmann und *Folke große Deters* fordern in ihrem Beitrag eine demokratische Neugründung Europas und möchten den Fehler in der Startprogrammierung der Europäischen Union, nämlich vorrangig am Wesen eines Zweckverbandes orientiert zu sein, korrigieren und durch tatsächliche „Vereinigte Staaten von Europa“ ersetzen.

demokratie (spw 180) oder an den Beitrag zur partizipativen Demokratie von spw-Mitherausgeber Horst Peter im Sonderteil „SPD erneuern“ der letzten spw (186).

Insbesondere in Folge der zwanghaften Austeritätspolitik der EU gegenüber Griechenland konstatiert *Gregor Kritidis* eine Krise des dortigen Parlamentarismus. Die sich offenbarenden Legitimationsprobleme erfahren darüber hinaus einen massiven Vertrauensentzug und Proteste der Bevölkerung.

Walther Müller-Jentsch versucht in seinem bewusst zugespitzten Beitrag die Debatte um Wirtschaftsdemokratie gewissermaßen „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen und plädiert für eine stärkere Orientierung an gegebenen, konkreten Möglichkeitsräumen entlang der Mitbestimmung im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft.

Eine Verbindung aus sozialistischer Theorie und konkreter Fallorientierung wiederum zeigt *Ole Erdmann* in seiner Analyse und Darstellung des Falls Hoppmann auf. Entlang der Eigentumsfrage ist es dort gelungen, einen Baustein einer alternativen, demokratischen Form des Wirtschaftens zu realisieren.

Demokratie – und das programmatische Verständnis des Demokratischen Sozialismus ohnehin – sind prozessual angelegt. Gleichwohl sind doch gerade dies angesichts des brüchigen Neoliberalismus, der zunehmend gestellten Systemfrage gegenüber dem Kapitalismus und der Sinnfrage der EU Zeiten, in denen die Sollbruchstellen des alten Gefüges zunehmen und sich die Frage nach Autoritarismus oder Demokratie verstärkt stellt. Bei aller Dynamik der Ereignisse hat das traditionelle Primat der Demokratisierung der Gesellschaft seine Berechtigung und seine Unverrückbarkeit im Zentrum programmatischen und strategischen Denkens einer modernen Linken umso mehr verdient. ■

☞ *Cordula Drautz* ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

☞ *Folke große Deters* ist Vorsitzender der SPD Rheinbach und promoviert zur Demokratietheorie am rechtsphilosophischen Seminar der Universität Bonn.

☞ *Michael Reschke* ist Chefredakteur der spw.

☞ *Thilo Scholle* ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Mehr Gleichheit, mehr Bildung, mehr Europa – die Demokratiedebatte in Deutschland

von Christian Krell

Nichts Neues? – Demokratie im Wandel¹

Einmal jährlich wählt die Gesellschaft für deutsche Sprache ein „Wort des Jahres“ aus. Die „Wörter des Jahres“ sind nicht zuletzt aufschlussreich in Bezug auf den Zustand der Demokratie in Deutschland. 1992 wurde das Wort „Politikverdrossenheit“ von der Jury ausgewählt. Politikverdrossenheit beschreibt eine ablehnende, distanzierte Haltung zum politischen Prozess und seinen Akteuren. „Wutbürger“ war das Wort des Jahres 2010. Es beschreibt alles andere als Politikdistanz. „Diese Neubildung“, so die Gesellschaft für deutsche Sprache in ihrer Presseerklärung, „wurde ... verwendet, um einer Empörung in der Bevölkerung darüber Ausdruck zu geben, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden. Das Wort dokumentiert ein großes Bedürfnis der BürgerInnen über ihre Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben.“² Nicht mehr die Distanz zum politischen Geschehen steht hier im Mittelpunkt, sondern die vehemente Forderung, gehört zu werden und mitentscheiden zu können.

Die Demokratie und die Einstellungen zu ihr – das macht der kleine semantische Exkurs deutlich – befinden sich im Wandel. Und dieser Wandel wird voller Sorge kommentiert.

Die Sorge um den Zustand der Demokratie ist dabei alles andere als neu. Sie ist wahrscheinlich so alt wie die Demokratie selbst. So findet

sich in der aristotelischen Auseinandersetzung mit der attischen Demokratie nicht nur die Beschreibung einer Gemeinschaft von freien Menschen (gemeint sind hierbei Männer), die gleichberechtigt entscheiden. Ebenso problematisiert Aristoteles eindringlich die Gefahren des Ämtermissbrauchs.³ Auch die Entstehung und Entwicklung moderner Demokratie – die Ausdehnung *from the rule by the few to the rule by the many*⁴ – ist begleitet von der ständigen Auseinandersetzung mit den Gefährdungen der Demokratie. Tocquevilles 1835 erschienene Arbeit „Über die Demokratie in Amerika“ ist beispielweise nicht nur eine Beschreibung der Funktionsmechanismen und Antriebskräfte der nordamerikanischen Demokratie, sondern zugleich auch eine eindringliche Warnung vor einer möglichen Tyrannei der Mehrheit oder den Gefahren übermäßiger Zentralisation.⁵

Inzwischen ist die Vielzahl der Krisenanalysen zur Demokratie kaum mehr zu überblicken. Die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden ebenso kritisch hinterfragt wie beispielsweise ihre Legitimität, ihre Institutionen, ihre Beteiligungsgrade oder ihre Stabilität.

Die Geschichte der Demokratie scheint entsprechend immer auch eine Geschichte der Krise der Demokratie zu sein.

Die mannigfaltigen Krisenbeschreibungen könnten eigentlich mit großer Gelassenheit zur Kenntnis genommen werden nach dem Motto: Krise der Demokratie war schon immer, ausgedehnt hat sich die Demokratie dennoch scheinbar unaufhaltsam. Schließlich haben sich

1 Dieser Beitrag ist im Umfeld des Kongresses „Demokratie in Deutschland 2011“ der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden. Die wesentlichen Ergebnisse des Kongresses sind dokumentiert in Mörschel/Krell, 2012 und unter www.demokratie-deutschland-2011.de. Die hier geäußerte Meinung gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

2 <http://www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/171210-wort-des-jahres-2010> (aufgerufen am 10.10.2011).

3 Vgl. Gombert 2012; Aristoteles 1994, S.1279b.

4 Dahl 1989.

5 Tocqueville 1997.

demokratische Regierungsformen gerade im vergangenen Jahrhundert stark verbreitet.

Dennoch wäre Gelassenheit fehl am Platz. Mindestens zwei Gründe sprechen dagegen.

- **Erstens** sind Demokratien nicht gleich Demokratien. Der Begriff der „Wahldemokratien“ (*electoral democracies*), den etwa *Freedom House* bei seiner Beschreibung des Siegeszugs der Demokratie verwendet, ist unpräzise und als analytisches Konzept bestenfalls für eine erste Annäherung geeignet.⁶ Er sagt wenig darüber aus, ob Wahlen z.B. wirklich frei und fair stattfinden, ob das Regieren tatsächlich rechtsstaatsgebunden ist, ob einzelne Bevölkerungsgruppen systematisch von Teilhabe und Mitbestimmung ausgeschlossen sind etc. Ein anspruchsvolles Demokratieverständnis – wie es der Sozialen Demokratie entspricht – muss den erfreulichen quantitativen Zuwachs an Demokratien auch qualitativ beurteilen.
- **Zweitens** verändert sich die Kritik an der Demokratie auch in den etablierten Demokratien deutlich. Während bei der Mehrzahl der oben zitierten Krisendiagnosen die Sensibilisierung für mögliche Gefährdungen der Demokratie im Vordergrund stand, scheinen wir uns nun mitten in der Krise zu befinden. Claus Offe formuliert das deutlich: „Aber diesen Autoren (Tocqueville, John Stuart Mill u.a., Ch.K.) ging es um die Warnung vor einer Gefahr des Verfalls; heute geht es um die Feststellung, dass dieser Verfall eingetreten ist ...“.⁷

Im Folgenden sollen die wesentlichen Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland benannt und mögliche Handlungsansätze

aus Perspektive Sozialer Demokratie skizziert werden.

Fünf Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland

Wer die Debatte um den Zustand der Demokratie verfolgt, kann mindestens fünf Diskussionsfelder zu Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland identifizieren.

1. Entpolitisierung

Die Tendenzen der Entpolitisierung der Demokratie beruhen vor allem auf zwei Phänomenen:

- **Erstens** auf der Annahme, dass sich politisches Gestalten in modernen Demokratien jenseits von politischen Ortsbestimmungen wie „Rechts“ und „Links“ bewege und echte Alternativen zu bestehenden Systemen weder möglich noch wünschenswert sind.⁸ Klar unterscheidbare Positionen waren entsprechend im politischen Wettbewerb höchstens bei populistischen oder extremistischen Parteien erkennbar.
- **Zweitens** wird darauf verwiesen, dass vor allem aufgrund von Veränderungen in der Medienlandschaft politische Debatten, in denen über politische Alternativen auf Grundlage solider Informationen befunden wird, nicht ausreichend stattfinden. Die den Medien eigenen Tendenzen zur Aufmerksamkeitsmaximierung (wie beispielsweise Personalisierung, Skandalisierung und Dramatisierung),⁹ die sich mit zunehmendem Wettbewerbsdruck in der Medienlandschaft verschärfen, erschweren die für eine lebendige Demokratie essentielle Rolle der Medien zur Informationsvermittlung und zur politischen Debatte.

⁶ Vgl. zur Kritik des Begriffs ausführlich Merkel 2003.

⁷ Offe 2003, S. 10.

⁸ Vgl. Bobbio 1994; Mouffe 2005; Crouch 2007.

⁹ Vgl. Meyer 2001.

2. Entgrenzung

Die Zunahme und Beschleunigung grenzüberschreitender Interaktionen sowie wachsende transnationale, regionale oder globale Problemkonstellationen stellen die nationalstaatlich verfassten Demokratien vor erhebliche Herausforderungen. Die Reichweite und Durchdringungstiefe ihrer Gestaltungsmöglichkeiten sind den Problemlagen teilweise nicht mehr angemessen. Das Primat demokratisch legitimierter Politik ist entsprechend deutlich in Frage gestellt. Die Ansätze und Modelle des Regierens jenseits des Nationalstaates – wie Regional-, Global- oder Multilevel-Governance – sind zwar partiell in der Lage, Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, werfen jedoch in Bezug auf die demokratische Rückkopplung erhebliche Fragen auf. Insbesondere mit Blick auf die sogenannten Eurokrise und die teilweise auf europäischer Ebene entwickelten aber auf nationaler Ebene umzusetzenden Anpassungsstrategien (vornehmlich im Sinne eindimensionaler Austeritätspolitik) wird dieser Zusammenhang überdeutlich.

3. Ungleichheit

Staatsbürgerliche Gleichheit ist eines der elementaren Prinzipien der Demokratie. Ungleichheiten bedrohen in mehrfacher Hinsicht die Demokratie, da sie auf der Input- und Outputseite des politischen Systems zu beobachten sind.

Zunächst können deutlich wachsende Ungleichheiten bei der politischen Partizipation beobachtet werden. Sowohl bei konventioneller politischer Partizipation durch Wahlen als auch bei unkonventionellen Partizipationsmustern, wie beispielsweise Demonstrationen oder der Mitwirkung in zivilgesellschaftlichen Strukturen, ist eine starke und zunehmende soziale Ungleichheit zu beobachten. Untere Bildungs- und Einkommensschichten sind weit weniger beteiligt als höhere Schichten. Damit wird man dem demokratischen Anspruch nicht gerecht, dass

gleich starke Interessen auch gleichermaßen bei politischen Entscheidungsfindungen berücksichtigt werden. Weiter eingeschränkt wird das Gleichheitsprinzip durch kapitalkräftige und durchsetzungsfähige Lobbystrukturen, die an Einfluss gewinnen.¹⁰

Darüber hinaus gefährden zu starke Ungleichheiten im Hinblick auf Politikergebnisse und Fragen materieller Verteilung die Demokratie. Schließlich geht die Vorstellung von Demokratie mit der Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit einher. Die deutlich wachsenden sozialen Ungleichheiten¹¹ tragen entsprechend zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie und deren Gestaltungs- und Ausgleichsfähigkeit bei.

Das Bedrohungspotenzial von gesellschaftlichen Ungleichheiten ist zusätzlich aufgrund tiefgreifender gesellschaftlicher Desintegrationstendenzen in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Waren noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts intermediäre Instanzen wie Kirchen oder Parteien in der Lage, schichtübergreifend Menschen anzusprechen und so als vermittelnd und konsensstiftend zu wirken, haben diese inzwischen stark an Bedeutung verloren und können diese Funktionen immer weniger übernehmen.¹²

4. Grenzen repräsentativer Demokratie

Demokratische Herrschaft bedarf immer der Legitimation, insbesondere dann, wenn herrschaftliche Maßnahmen die Freiheitsrechte Einzelner berühren.¹³ Die Legitimationskraft bestehender Verfahren, Institutionen, Ergebnisse und nicht zuletzt der Vertreter der repräsentativen Demokratie in Deutschland scheint teilweise erschöpft. Nicht nur – aber besonders prominent – wurde bei großen Infrastrukturprojekten deutlich, dass auch rechtsstaatlich einwandfreie demokratische

¹⁰ Vgl. Crouch 2011.

¹¹ Vgl. OECD 2008.

¹² Vgl. Heitmeyer/Imbusch 2005.

¹³ Vgl. Scharpf 2004.

Prozesse nicht zu allgemein akzeptierten Ergebnissen führen. Die damit einhergehende Kritik an diesen Verfahren, ihren Ausgangspunkten und ihren Ergebnissen ist vielfältig und bezieht sich auf Fragen der input- und der outputorientierten Legitimation.

5. Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien

In den meisten Demokratien hat es faktisch immer Parteien oder parteiähnliche Formationen gegeben. Überzeugende Alternativen dazu sind bisher nicht zu erkennen. Parteien sind entsprechend unverzichtbar für die Demokratie.

Vor diesem Hintergrund sind es weniger Veränderungen oder Verschiebungen in der Parteienlandschaft – sofern sie sich im demokratischen Spektrum bewegen –, die eine Herausforderung für die Stabilität und Legitimität von Parteien darstellen, sondern der Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien insgesamt und ihre sozialstrukturelle Verengung.

Sozialdemokratie: Die Demokratie und das Soziale

Wie steht die Soziale Demokratie zu diesen Herausforderungen für die Demokratie? Die Soziale Demokratie – als normatives Konzept der Demokratietheorie wie als Programm einer politischen Bewegung – ist nur als demokratisch denkbar. Das Demokratische und das Soziale waren in der Ideengeschichte und im praktischen Handeln der Sozialen Demokratie nicht nur gleichermaßen wichtig, sondern untrennbar miteinander verwoben. Eine sozial gerechte Gesellschaft wird es nur in einem demokratischen Staat geben, eine echte Demokratie kann es nur in einer sozial gerechten Gesellschaft geben – so das Diktum, dass sich sinngemäß in allen wesentlichen Programmen der Sozialdemokratie findet und das so unterschiedliche Personen wie Bebel, Schumacher und Brandt vertreten haben. Umso sensibler

PapyRossa Verlag



Wolfgang Gehrcke (Hg.):

»Alle Verhältnisse umzuwerfen...« – Eine Streitschrift zum Programm der LINKEN | 235 Seiten | 12,- Euro

Auf welchen Analysen beruht der Programm-entwurf der LINKEN? Was ist unterbelichtet? Thematisiert werden u.a. die Eigentumsfrage, globale Gerechtigkeit, Medienpolitik sowie das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit.



Heinz-J. Bontrup:

Arbeit, Kapital und Staat – Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft | 649 Seiten | 28,- Euro

Die Alternative zu Profitexplosion und Sozialabbau: Wer wissen will, was der Begriff und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie beinhalten, ist mit diesem fundierten Standardwerk bestens bedient.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

muss die Sozialdemokratie auf den Wandel und die Ermüdungserscheinungen der Demokratie reagieren.

Der Zusammenhang wird überdeutlich, wenn das Ziel Sozialer Demokratie in kürzester Form in den Blick genommen wird: Gleiche Freiheit.

Freiheit bedeutet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Das bedeutet die Möglichkeit, unabhängig von willkürlichen Eingriffen des Staates oder Dritter frei leben zu können. Freiheit und vor allem die Umsetzung von Freiheit in unterschiedliche Lebensmodelle ist mehr denn je hoch individuell. Zugleich sind die Chancen und Voraussetzungen, um die individuellen Freiheitsspielräume zu nutzen, ebenso gesellschaftlich geprägt wie die Beschränkungen individueller Freiheit.

Freiheit soll jedermann und jederfrau gleichermaßen zustehen, unabhängig von Herkunft, materiellem Status, Geschlecht, Religion, Sexualität usw. Damit ist die zweite entscheidende Maßgabe benannt: Gleichheit in den Freiheitschancen. Freiheit oder ein bestimmtes Maß an Freiheit nur für einzelne – etwa nur für Bayern, nur für Männer, nur für Protestanten etc. wäre reine Willkür. Es geht um gleiche Freiheit.

Dieser Zusammenhang zwischen Gleichheit und Freiheit ist auch maßgeblich für die Demokratie. Es geht in der Demokratie darum, frei zu leben und in Freiheit mitzubestimmen über die staatliche Verfasstheit einer Gesellschaft. Dabei zählt – zumindest normativ – jede Stimme gleich viel. Dieses Postulat ist hoch anspruchsvoll und verweist auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen von Demokratie. Eine echte Demokratie, in der Menschen tatsächlich in gleichem Maß frei entscheiden und über gleiche Partizipationschancen verfügen, trägt etwa soziale Ungleichheiten nur sehr bedingt. Wenn die sozialen Spreizungen einer Gesellschaft zu groß werden, sei es durch hoch unter-

schiedliche finanzielle Ressourcen oder durch hoch unterschiedliche Ausstattung mit Bildung etc., dann ist der Gleichheitsgrundsatz der Demokratie gefährdet. Denn dann beeinflussen diejenigen die besonders ressourcenstark sind, Staat und Gesellschaft in besonderem Maße. Das Prinzip, dass eine Stimme genau so viel zählt wie eine andere, ist dann durchbrochen. Die Demokratie ist nur noch dem Namen nach eine Demokratie.

Sozialer Demokratie ging und geht es darum, echte Demokratie zu verwirklichen und damit auch die materiellen und sozialen Voraussetzungen für gleiche Mitbestimmung in den Blick zu nehmen.

Fazit: Mehr Gleichheit, mehr Bildung, mehr Europa!

Wenn vor diesen Hintergrund die oben skizzierten Herausforderungen mit Maßnahmen zur Belebung der Demokratie in Bezug gesetzt werden sollen, dann ergibt sich eine deutliche Reihenfolge. Es sind nicht zuerst Maßnahmen, die an bestehenden Institutionen oder Verfahren ansetzen sollten – wie die Frage der Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Instrumente etc. Die diskutierten Reformansätze würden in der Regel die gesellschaftliche Spaltung vertiefen indem sie diejenigen besonders begünstigen, die ehedem ressourcenstark sind. Vielmehr geht es zunächst darum, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine echte Demokratie zu schaffen, die ihren Namen verdient und gleichermaßen Beteiligungschancen bereithält. Drei Aspekte sind dabei besonders wichtig: mehr Gleichheit, mehr Bildung, mehr Europa.

Mehr Gleichheit

Mehr Gleichheit – durchaus auch im Sinne von mehr materieller Gleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung – ist eine entscheidende Voraussetzung für mehr Demokratie. Der Trend zu sozialer Ungleichheit in

allen OECD-Staaten – besonders ausgeprägt in Deutschland – muss umgekehrt werden. Durch geeignete Maßnahme wie etwa den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie, eine veränderte Primärverteilung und mehr Umverteilung durch ein wachsendes Maß an Steuergerechtigkeit kann sich diesem Ziel angenähert werden.

Mehr Bildung

Durch Bildung und im Rahmen von Bildung werden entscheidende Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie geschaffen und soziale Spaltungen gemindert. Bildung zielt nach Hartmut von Hentig darauf ab, Dinge zu klären und Menschen zu stärken. Politische Bildung kann in diesem Sinne Orientierungs- und Handlungskompetenz fördern. Sie kann der schleichenden Entpolitisierung entgegenwirken und den mündigen Bürger und die mündige Bürgerin darin unterstützen, sich nach ihren Interessen und Einschätzungen im demokratischen Rahmen einzubringen, zu intervenieren, Alternativen zum Bestehenden zu entwickeln und die Gesellschaft zu gestalten. In diesem Sinne benötigen wir mehr politische Bildung, nicht zuletzt, um politischem Populismus vorzubeugen (vgl. Lewandowsky, 2011).

Mehr Europa

Die europäische Integration weiter demokratisch zu vertiefen ist in mindestens zweifacher Hinsicht entscheidend. Erstens waren die Mechanismen zur Gewährleistung von mehr Gleichheit und mehr Bildung als Erfolgsbedingung von Demokratie, derer sich die Sozialdemokratie lange Zeit erfolgreich bedienen konnte, primär auf nationalstaatlicher Ebene angesiedelt. Sie sind im Zuge der oben skizzierten Entgrenzung unter Druck geraten. Mindestens flankierend zu Maßnahmen im nationalen Rahmen sind entsprechend auch auf europäischer Ebene Maßnahmen in den Blick zu nehmen, die zu mehr Gleichheit und mehr Bildung beitragen. Zweitens ist die europäische Einigung selbst demokratisch weiterzuentwickeln. Der Prozess

der europäischen Integration wurde seit seinen Anfängen als zu undemokratisch bewertet. In Zeiten, in den die Auswirkungen europäischer Entscheidungen im Rahmen von Krisenstrategien aber in einem Maße wie noch nie zuvor das Leben der Bürger Europas betreffen, gilt es um so mehr Sorge zu tragen, dass diese Entscheidungen demokratisch rückgekoppelt sind.

Wer Demokratie ernst meint, der muss sich mit ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen beschäftigen. Daran muss jede Debatte und jede Maßnahme um die Reform der Demokratie gemessen werden. ■

⇒ Dr. Christian Krell ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Literatur

- Aristoteles (1994): Politik. Hg. von Ursula Wolf, Reinbek bei Hamburg.
- Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links: Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin.
- Crouch, Collin (2007): Postdemokratie. Frankfurt.
- Crouch, Collin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt a.M.
- Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its Critics. New Haven und London.
- Gombert, Tobias et al. (2012): Lesebuch 6: Staat, Bürgergesellschaft und Soziale Demokratie. Lesebücher der Sozialen Demokratie. Bonn.
- Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (2005) (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden.
- Höffe, Otfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig? München.
- Lewandowsky, Marcel (2011): Politische Bildung und Populismus. In: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster.
- Merkel, Wolfgang (2003): „Eingebettete“ und defekte Demokratie: Theorie und Empirie. In: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main und New York, S. 43–71.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main.
- Mörschel, Tobias / Krell, Christian (2012) (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden.
- Mouffe, Chantal (2005): On the Political. London.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.
- OECD (2011): Divided we stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris.
- Offe, Claus (2003): Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie. In: Offe, Claus (Hrsg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt am Main und New York, S. 9–23.
- Scharpf, Fritz W. (2004): Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats (MPIfG Working Paper 04/6). Köln.
- Tocqueville, Alexis de (1997): ber die Demokratie in Amerika. Stuttgart.

Politische Repräsentation zwischen indirekter und direkter Demokratie

von Thilo Scholle, Jan Schwarz und Sascha Vogt

Foto: www.photocase.de, © Miss X



„Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie, erweitert wird.“

Demokratie als Konzept ist daher voraussetzungsvoll: Neben der Herstellung demokratischer Gleichheit der Menschen ist die Einordnung des sozialen Gefälles eine der großen Herausforderungen. In Bezug auf die aktuelle Lage in der Bundesrepublik ist dazu festzustellen, dass zum einen – siehe die Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass aus dem Wahlrecht – die demokratische Gleichheit aller Menschen nicht gewährleistet ist, und zum anderen auch in ökonomischer Hinsicht die Ungleichheiten weiter zunehmen. Dies wirkt sich zum einen auf sinkende Wahlbeteiligungen gerade bei einkommensschwächeren Gruppen aus, zum anderen lassen sich nach wie vor viele Beispiele für mittelbaren und unmittelbaren Einfluss kapitalmächtiger

Interessengruppen und Einzelpersonen auf politische Entscheidungen feststellen, wie dies an der Affäre um die Mövenpick-Spende und anschließende Steuersenkung durch die CDU/ FDP-Bundesregierung deutlich wurde. Zugleich mehren sich die Stimmen, denen zufolge das Modell der repräsentativen Demokratie in einer Krise stecken solle, die mit mehr direkter Demokratie beantwortet werden müsse. Im folgenden wollen wir einige Aspekte dieser aktuellen Debatte kritisch beleuchten und erste Ansätze für die weitere Diskussion skizzieren.

Sozial-ökologische Industriepolitik als Kern einer modernen Linken

Die Debatte um politische Repräsentation ist aber auch aus einem unmittelbar politisch-strategischen Sinne für die politische Linke von großer Bedeutung: Geht man davon aus, dass Kern eines neuen sozialdemokratischen Projekts eine Wirtschafts- und Industriepolitik sein muss, die sozial-ökologisches Wachstum schafft, stünde die SPD mit einem solchen Projekt weitgehend alleine da: Große Teile gerade der linken Grünen ergehen sich in Phantasien

¹ Wolfgang Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe, in: ders., Gesammelte Schriften Band 2, Hannover 2008, S. 416.

um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ und Gedanken über eine post-industrielle Gesellschaft. Dies trifft ebenso Teile der Partei die Linke sowie in Gänze – soweit sich das überblicken lässt – die Piratenpartei. Ganz offensichtlich hat sich auf der politischen Linken ein Konflikt zwischen einer „individualistischen“ und einer „solidarischen“ Linie herausgebildet. Kern des Streits ist die Ablehnung politischer Großorganisationen und die Fokussierung auf Fragen des unmittelbaren persönlichen Lebensstils und der persönlichen Betroffenheit.

Zwischen individueller Betroffenheit und kollektiver Interessenvertretung

Dieser Trend ist nicht nur auf Seiten der „individualistischen Linken“ zu beobachten, sondern lässt sich quer durch alle politischen Lager feststellen, und wirkt sich direkt auf die Frage nach der Organisation von Demokratie und demokratischen Entscheidungen aus: Die repräsentative Demokratie steckt in einer Krise. Von Parlamenten getroffene Entscheidungen zum Bau eines neuen Bahnhofs in Stuttgart führen zu Massenprotesten und dem Vorwurf, die Entscheidung erfolge gegen den Willen der Bevölkerung. Entscheidungen über industriepolitische Vorhaben wie beispielsweise dem Bau neuer Kohlekraftwerke oder die Trassenführung neuer Verkehrswege führen zu Bürgerinitiativen und Protesten. Verbunden sind diese Proteste stets mit dem Verweis, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den örtlichen und überörtlichen Parlamenten würden den Willen der Mehrheit der Menschen nicht vertreten.

Es fällt auf, dass sich bei vielen der aktuellen Diskussionen in der Bundesrepublik eine Perspektive der tatsächlichen oder vermeintlichen individuellen Betroffenheit mit gesamtgesellschaftlichen Klagen verbinden. Was dabei oft aus dem Blick gerät, ist der „Blick auf das Ganze“. Kurz gefasst ließe sich dies auf die Formel des Spannungsverhältnisses von gesamtgesellschaftlicher Solidarität und individueller

Betroffenheit bringen. Hinzu tritt zudem oft eine sehr deftige Parteien- und Parlamentarismuskritik. Auffällig dabei ist, dass sie meist von Menschen geäußert werden, die sich nach ihren materiellen Möglichkeiten jederzeit politisch engagieren könnten, es aber nicht tun. Die Unzufriedenheit mit Parteien wird in den seltensten Fällen von Menschen mit eigener Parteierfahrung geäußert.

Und dies ist eines der zentralen Probleme: Für die eigene Betroffenheit wird von „der Politik“ ein augenblickliches In-Bewegung-Setzen aller Hebel erwartet. Verständnis für andere Interessen, für den Bedarf nach Ausgleich und Vermittlung, für andere mächtige Einflussfaktoren oder auch die Bedürfnisse schwächerer Interessengruppen gibt es kaum. So ist denn die Krise der Parteien auch von mehreren Faktoren abhängig: Neben innerparteilichen Versäumnissen und Fehlern geht es auch um das öffentliche Bild von ehrenamtlichem Engagement in politischen Vereinigungen.

Neben die nationalstaatliche tritt seit Jahren auch die internationale Dimension. Längst ist die europäische Ebene nicht mehr die einzige Ebene die es hier anzusprechen gilt: Zwar ist gerade im Zuge der Diskussion um die Reaktion auf die Finanzkrise das Defizit an demokratischer Kontrolle und Gestaltung auf europäischer Ebene deutlich geworden. Zugleich zeigt sich aber auch, in welchen globalen Handlungszwängen auch die Europäische Union selbst steckt.

Völlig aus dem Blick vieler Demokratiediskurse gerät auch die Frage nach einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaft. Daher sind die aktuellen Diskussionen um „Mehr Demokratie“ keinesfalls automatisch „links“. Im Gegenteil, wie sich an der Begeisterung über die Auftritte eines ehemaligen Bundesbankers zeigt, existiert zudem ein verbreitetes Unbehagen über das Funktionieren der Demokratie, das sich nicht an der Frage von mehr individueller Partizipation, sondern vor allem auf „ge-

gen den Willen der Bevölkerung“ zugelassene „Überfremdung“ des Landes kapriziert.

Ein weiterer Aspekt ist der Umgang mit Komplexität. Die Finanzkrise, die Diskussion um die „Rettung“ Griechenlands und die Reaktion selbst vieler Abgeordneter macht deutlich, wie schwierig die Erfassung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Sachverhalte mittlerweile ist.

In Bezug auf die politischen Parteien existiert zudem ein weiteres Paradoxon: So lautet ein gängiger Vorwurf, die Parteien würden sich inhaltlich kaum noch voneinander unterscheiden, und deshalb für Wählerinnen und Wähler uninteressant sein. Auf der anderen Seite wird dann jedoch – beispielsweise vor dem letzten SPD-Bundesparteitag – jeder Ansatz einer ernsthaften inhaltlichen Richtungsauseinandersetzung wieder nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die kommende SPD-Kanzlerkandidatur in den Medien kommentiert, und im Gegenteil in den Kommentarspalten jede zu deutliche inhaltliche Positionierung als gefährlich für die Wahlchancen denunziert.

Die Wiederentdeckung des Politischen

Eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik braucht gerade in Deutschland eine starke industrielle Basis. Ohne ausreichend Versorgung mit Energie, ohne gute Verkehrs-, Daten- und Logistikwege wird sich die Wirtschaft in Deutschland nicht weiterentwickeln lassen – weder sozial noch ökologisch.

Wenn zugleich aber die Akzeptanz gerade für große Infrastrukturvorhaben in (meinungsstarken) Teilen der Bevölkerung immer geringer wird, und die SPD als einzige Partei im linken politischen Spektrum noch ernsthaft den Anspruch auf Gestaltung von Ökonomie erhebt, wird diese mangelnde Akzeptanz zum Problem: Wenn ein großer Teil der linken Politikangebote nur noch individuelle Wohlfühl-

stimmen anzieht, und damit an der Wahlurne die Sozialdemokratie geschwächt wird, kann es gut sein, dass es trotz rechnerischer linker Mehrheiten nicht zu einem belastbaren parlamentarischen Block kommt – wie zuletzt in Berlin nach der Abgeordnetenhauswahl geschehen.

Die SPD muss sich deshalb aktiv in die aktuellen Debatten um Demokratie einmischen, und für eine solidarische Organisation von Gesellschaft und Demokratie werben, die tatsächlich nicht darauf beruht, wer seine Rechte am lautesten durchsetzt, sondern darauf, wessen Interessen es vor dem Hintergrund eines solidarischen Gesellschaftsverständnisses verdienen unterstützt zu werden.

Überhaupt nicht im Fokus sind hingegen Fragen sozialer Ungleichheit und demokratischer Partizipation, wie sie vor allem im Rahmen der „Postdemokratiediskussion“ nach Colin Crouch eine Rolle spielen.² Dabei ist offensichtlich, dass gerade der soziale Status nach wie vor eine große Rolle auch für den gesellschaftlichen Einfluss einer Person spielt. Die Verschiebung der Konfliktachse Politik – Wirtschaftsinteressen hin zu Bürger- Politik führt auch dazu, den Blick auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse fast vollständig zu verlieren.

Im Anschluss an Chantal Mouffe ist daher wieder die Bedeutung „des Politischen“ in den Blick zu nehmen.³ Auch wenn der Bezug auf Carl Schmitt nicht denklogisch notwendig ist, so trifft Mouffe doch einen wichtigen Kern: Gesellschaft ist im Kapitalismus von vielfältigen Antagonismen durchzogen, an vorderster Stelle vom Antagonismus von Kapital und Arbeit. Diese Antagonismen gilt es durch demokratische Verfahren und Entscheidungsweisen gesellschaftlich bearbeitbar zu machen. Die Auseinandersetzung läuft daher eben nicht nur zwischen Bürgerinnen und Bürgern und

² Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

³ Chantal Mouffe, Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main 2007.

„der“ Politik. Viele vermeintlich unter dem Label der fehlenden Verantwortung der Politik geführte Konflikte gehen im Kern eigentlich auf soziale Konflikte zurück. Dies gilt es wieder deutlich zu machen und die Sozialdemokratie als die Partei politisch zu platzieren, die ernsthaft an einem Ausgleich von unterschiedlichen sozialen Interessen interessiert ist - und da wo es entscheidend ist auch Interessen klar und deutlich vertritt und durchsetzt. In diesem Sinne ist es erfreulich, dass auch in der SPD in den letzten Jahren das TINA-Denken (TINA = „There is no alternative“) zurückgegangen ist, und politisches Handeln wieder verstärkt in möglichen Alternativen diskutiert wird.

Erste Schlussfolgerungen

Die Entscheidung über den Anschluss eines Wohngebietes an eine Bundesstraße mag noch im Belieben der jeweiligen Anwohner stehen. Die Entscheidung über die Anbindung einer ganzen Stadt an die Autobahn kann sicherlich nicht im Belieben der unmittelbaren Anwohner der geplanten Straße liegen. Dies gilt auch bezogen auf Entscheidungsrechte der Bundesländer: Die Suche nach einem Endlager für Atommüll kann nicht in das Belieben des jeweiligen Bundeslandes gestellt werden, und diesem ein Veto-Recht eingeräumt werden.

Kurz: Zunächst gilt es ein Verständnis von Politik wieder herzustellen, das gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche mitdenkt, und nicht hinter vermeintlichen Sachzwängen oder vermeintlich einfachen Fragen von „Bürgerbeteiligung“ verschwinden lässt.

Gerade von links muss aber die Demokratiefrage doch genauso diskutiert werden: Wie schaffen wir Raum für solidarisches Handeln? Wie schaffen wir Repräsentanz für alle Bevölkerungsgruppen in den staatlichen Institutionen? Wie schaffen wir es, dass Menschen auch in der Lage sind nachzuvollziehen, welche politischen Entscheidungen eigentlich aktuell zur

Diskussion stehen und was die Alternativen sind?

Ganz praktisch setzt dies eine Entschleunigung von politischen Entscheidungen voraus. Auch wenn klar ist, dass ein Zurück zu Entscheidungsgeschwindigkeiten aus der Postkutschenzeit nicht möglich sein wird, so ist doch zu fragen, ob sich der in der „Berliner Glocke“ dank Tickern und Twittern permanent aufheizende „Entscheidungsdruck“ nicht auch anders regeln lassen würde. Das Aussitzen der aktuellen Euro-Krise durch die Bundeskanzlerin zeigt, dass dies in Maßen möglich (wenn auch im konkreten Ergebnis nicht gerade erfreulich) ist. Maßstab für eine notwendige Priorisierung müsste die gesellschaftliche Relevanz der Themen sein.

Parteien können nach wie vor der Bündelung und der Artikulation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen dienen. Nun wollen wir nicht an dieser Stelle die aktuellen Demokratiediskussionen mit einer plumpen These von der Revitalisierung des klassischen Parteiensystems beenden – auch wenn eine inhaltlich und organisationspolitisch erneuerte Sozialdemokratie hier einen wichtigen Beitrag zu leisten hätte.

Bewegung ohne Richtung, Politik ohne Orientierung bleibt Spielball der jeweils machtbewusstesten gesellschaftlichen Interessen. In seinem aktuellen Buch bringt es Claus Leggewie so auf den Punkt: „Soziale Bewegung ist gut, aber ohne Institutionen laufen ihre Denk- und Handlungsanstöße leicht ins Leere. Dazu gehören Interessengruppen als verkantete Mittler zwischen Staat und Gesellschaft. Sie erlauben Routinen und erleichtern die Habitualisierung nachhaltiger Politik. Bürger, treten in die Parteien ein!“⁴

Gerade bei vielen lokalen Initiativen wird deutlich, dass es nur um individuelle Interes-

4 Leggewie, Mut statt Wut, Hamburg 2011, S. 192.

sen und Befindlichkeiten geht. Dabei kommt das gesamtgesellschaftliche Denken unter die Räder. „Am Ende der Eigeninitiative muss nicht das wohlgeordnete Ganze, schon gar nicht das Gemeinwohl stehen. Die Addition von einzelnen Selbstorganisationen kann auch die tribalistische Gesellschaft sein, in der selbstständige Bürgerzusammenschlüsse in rivalisierender Konkurrenz mit- bzw. gegeneinander rangeln.“⁵

Viele individuelle Befindlichkeiten und Betroffenheiten ergeben eben immer noch nicht ein gesellschaftliches Ganzes. Es ist gerade die Aufgabe von politischen Parteien und Verbänden einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden, und dies lässt sich in erster Linie über ein repräsentativ-demokratisches System herstellen.

Anstatt auf die Suche nach solchen Möglichkeiten zu gehen, bleibt in der öffentlichen Debatte selten mehr über, als der Ruf nach direkter Demokratie durch Volksentscheide und mehr Direktwahlen. Die Verlockung ist groß, dem einfach zuzustimmen, denn schließlich ist „mehr Demokratie“ grundsätzlich die richtige Forderung. Aber, wie oben beschrieben, ist dieser Weg ambivalent: Anders als in den 1970er Jahren hat heute längst nicht mehr jede Initiative den Abbau von Herrschaft und Ungleichheit im Sinn.⁶ Auch der Berliner Politologie Wolfgang Merkel kommt in seiner Studie in Bezug auf die verstärkte Einführung von direkter Demokratie zu ambivalenten Ergebnissen: So haben direktdemokratische Verfahren beispielsweise in den Bereichen „soziale Selektivität“, „Interessengruppen“, und „wachsende Ungleichheit“ im Vergleich zu repräsentativer Demokratie große Defizite.⁷

Daraus folgt für uns nicht die Ablehnung von mehr Volksentscheiden und Volksiniti-

ativen, sondern die Erkenntnis, dass sie nur dann wirklich ein Demokratiegewinn sein werden, wenn alle Menschen auch die Voraussetzungen haben daran zu partizipieren. Leitschnur bei der Frage, wann Elemente direkter Demokratie zum Einsatz kommen sollten, müsste daher die Frage sein, wer von der Entscheidung betroffen sein wird. Die Entscheidung über ein neues Kraftwerk oder über Verkehrsinfrastruktur kann daher nur dann von den unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohnern getroffen werden, wenn sie die einzigen sein werden, die von den positiven oder negativen Auswirkungen des Projekts betroffen sein werden.

Eine Entscheidung über ein solches Verfahren kann daher nicht statisch gesetzlich normiert werden. Es wäre zu klären, wie praktisch sichergestellt werden kann, dass bei solchen Projekten gerade nicht nur die unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner eines Bundeslandes oder der Bundesrepublik insgesamt einen Volksentscheid einleiten können. Gleiches müsste für die politischen Vertretungen der jeweiligen Ebene gelten.

Die Diskussion zwischen repräsentativer und direkter Demokratie ist daher in der öffentlichen Debatte schief strukturiert: Es geht vor allem darum, wie Gesellschaft nachhaltig entlang von kollektiven Interessenlagen mobilisiert werden kann. Politik selber kann und muss einen Beitrag leisten, wenn gesellschaftliche Fragen endlich wieder als solche thematisiert werden, sprich: Wenn Politik wieder Richtung erkennen lässt. In diesem Sinne könnten dann auch parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretungen gemeinsamer Teil eines gesamtgesellschaftlichen demokratischen Diskurses werden. ■

⁵ Franz Walter, *Herbst der Volksparteien*, Bielefeld 2010, S. 112.

⁶ Vgl. auch Wagner, *Demokratie als Mogelpackung*, Köln 2011, S. 8ff.

⁷ Wolfgang Merkel, *Volksabstimmungen: Illusion und Realität*, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 44-45/ 2011, S. 47ff.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Jan Schwarz ist stellv. Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Weyhausen.

☞ Sascha Vogt ist Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Essen.

Vom Zweckverband zu den Vereinigten Staaten von Europa

Aufruf zu einer demokratischen Neugründung

von Folke große Deters und Sebastian Hartmann

In keiner Gründungserzählung der Europäischen Union fehlt berechtigterweise der Verweis auf die unermesslichen Schrecken des Zweiten Weltkriegs nach jenen des Ersten Weltkriegs. Die Forderung „Nie wieder Krieg“ leitete europäische Politiker gleich welcher Nationalität bei der Schaffung eines Systems der europäischen Kooperation. Doch reicht (allein) diese Vision als Fundament der europäischen Integration auch noch im Jahr 2011?

Interessanterweise erweist sich diese Erzählung nur als Schrumpfversion der viel weiter gehenden Visionen in der Gründungsphase. Inspiriert von der Züricher Rede Churchills¹ forderten die europäischen Föderalisten selbstbewusst die „Vereinigten Staaten von Europa“ – genau wie die SPD bereits 1925 in ihrem Heidelberger Programm.²

Früher und vorläufiger Schlusspunkt der Bewegung hin zu den Vereinigten Staaten von Europa war dann aber schon der 5. Mai 1949 mit der Unterzeichnung des Gründungsvertrags des Europarates, der nicht zuletzt auf Betreiben Churchills von der ursprünglichen Idee kaum etwas übrig ließ.³

Auch der Entwurf des Vertrages für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft sah – nach dem eigentlichen Scheitern dieser kühnen Vision – noch Strukturen vor, die so sehr nach „Staat“ aussahen, dass die französische Nationalversammlung aus Sorge um

die nationale Souveränität 1952 ihre Zustimmung verweigerte.

Der französische Außenminister Robert Schuman hatte bereits am 09.05.1950 seine eigenen Schlüsse aus den Debatten gezogen: „Europa lässt sich nicht in einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung.“⁴ erklärte er in seiner als Schuman-Erklärung bekannt gewordenen Rede. Sein Plan: Wirtschaftliche Integration sollte der Hebel sein, um politische Integration zu erreichen.

Zweckverband statt „Europastaat“

Die Schuman-Rede ist als Grundstein der Europäischen Integration zu sehen, aber ebenso enthält seine Erklärung die eindeutige Absage an die schlagartige Übertragung sämtlicher oder weit überwiegender Teile staatlicher Souveränität auf ein neues Subjekt des Völkerrechts, den „Europastaat“.

Statt eines (demokratischen) Staats gründete die Staatenlenker um Schumann einen „Zweckverband funktioneller Integration“⁵, wie der seinerzeit führende deutsche Europarechtler Hans Peter Ipsen die europäische Gemeinschaft in den 1970er Jahren kennzeichnete. Der Begriff des „Zweckverbandes“ stammt aus dem Kommunalrecht. Verschiedene Städte schließen sich zusammen, um gemeinsam ein eng begrenztes Problem – etwa die Versorgung mit Wasser oder Verkehrsdienstleistungen – zu lösen.

1 <http://www.europa-reden.de/veranstaltungen/SS05/schwarz/churchill.pdf>, 9.12.2011

2 <http://library.fes.de/prodok/fa82-01783.pdf>, 9.12.2011

3 vgl. Ulrich Haltern: Europarecht. Dogmatik im Kontext, Tübingen 2007, S. 31

4 http://europa.eu/abc/symbols/9-may/decl_de.htm, 8.12.2011

5 Hans Peter Ipsen: Europäisches Gemeinschaftsrecht, Tübingen 1972, S. 196 ff.

Der europäische Zweckverband wies aber schon von seiner Grundanlage über die Lösung rein technischer Probleme hinaus. Erstens – wie gesehen – als Mittel zum Zweck der Erreichung einer politischen Union. Zweitens wurde die Beseitigung von Handelshemmnissen auch zum „Zweck an sich“. Demokratische Verluste sind durch beides vorprogrammiert. Sowohl der redliche Schuman als auch die Freunde ungebremsten Wettbewerbes sahen und billigten die Möglichkeit, die widerspenstigen Parlamente über den Hebel einer funktionellen europäischen Integration auf den richtigen Weg zu bringen.

Wir glauben, dass wir uns in der aktuellen systemischen und legitimatorischen Krise der Europäischen Union an einer Weggabelung befinden, an der eine Entscheidung getroffen werden muss. Halten wir diesen Weg der funktionellen Integration für weiterhin gangbar oder haben wir die im Jahr 1950 durchaus plausible Idee Schumans überstrapaziert? Brauchen wir jetzt vielleicht einen qualitativen Sprung hin zu einem staatsanalog funktionierenden Gebilde, den Vereinigten Staaten von Europa? Gleichsam als Mittel gegen die Europa-Verdrossenheit seiner Bürger und zugleich als notwendigen Schritt zu Ermöglichung der Lösung immer drängender Probleme? Wir wollen diese Frage aus demokratietheoretischer Sicht beantworten. Dazu ist es notwendig, zunächst eine Bilanz der Demokratie-Verluste zu ziehen, welche die funktionelle Integration mit sich bringt.

Bekannte Bestandsaufnahme: Demokratische Verluste

Der Klassiker bei der Diskussion des oft diskutierten „Demokratiedefizits“ sind die demokratischen Mängel im Institutionen-Gefüge. Auch nach Lissabon bleibt ein eindeutiges Übergewicht technokratischer Exekutiv-Organen gegenüber dem Europaparlament unübersehbar: Nach wie vor liegt das Initiativrecht in der EU-Rechtssetzung alleine bei der EU-Kommission. Demgegenüber ist die parlamentarische

Kontrolle der Kommission eher schwach ausgeprägt; das Parlament hat bei der Benennung faktisch nur ein Veto-Recht und kann diese nur mit einer schwer erreichbaren Zwei-Drittel-Mehrheit zum Rücktritt zwingen. Das exekutive Übergewicht ergibt sich zudem daraus, dass der Rat der Europäischen Union Hauptgesetzgeber der Europäischen Union ist. Dieser setzt sich je nach Fachgebiet aus den zuständigen Ressortchefs der mitgliedstaatlichen Regierungen zusammen. Allerdings ist einschränkend anzumerken, dass seit dem Vertrag von Lissabon das „Mitentscheidungsverfahren“ zur Regel geworden ist und das Parlament somit in den meisten Sachfragen immerhin gleichberechtigt ist.

Zur fehlenden Demokratie im institutionellen Gefüge wäre noch mehr zu sagen und es ist zu Recht viel dazu geschrieben worden. Es wäre aber falsch, den Blick hierauf zu verengen. Mindestens genau so schwerwiegend sind die demokratischen Verluste, die sich im Zusammenhang mit den Demokratien in den Mitgliedstaaten ergeben. Hierzu die folgende Vorüberlegung: Wenn Demokratie bedeutet, dass Menschen gemeinsam entscheiden, wie sie leben wollen,⁶ dann lässt sich die demokratische Qualität nicht nur an der Zusammensetzung und Kompetenzverteilung der Institutionen festmachen, sondern es ist auch zu fragen, inwiefern diese überhaupt noch handlungsfähig sind.

Für Europa ist zu konstatieren, dass die wirtschaftliche Integration mittels seiner vier Grundfreiheiten (Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) ein alles überwölbendes Imperativ ist, der die Freiheit des Volkswillens, also die Entscheidungskompetenz nationaler Parlamente und Regierungen, direkt und indirekt massiv einschränkt.

Ein Beispiel für eine direkte Einschränkung aus jüngster Zeit stammt aus einer Entschei-

⁶ vgl. hierzu auch Andreas Fisahn: Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte, Köln 2010, S. 39 ff.

derung des Europäischen Gerichtshofs zur Niederlassungsfreiheit: In Finnland hatte das Fährunternehmen „Viking“ beschlossen, seine Schiffe unter estnischer Flagge fahren zu lassen, um sich der Bindung finnischer Tarifverträge zu entziehen. Der EuGH erklärte den Streik einer finnischen Gewerkschaft, der sich gegen diese Praxis richtete, für europarechtswidrig. Zwar sei das Streikrecht auch europarechtlich anerkannt, seine Ausübung sei aber einer strikten Verhältnismäßigkeitsprüfung zu unterziehen, wenn dadurch der Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit berührt sei.⁷ Im Klartext heißt das: Wirtschaftliche Grundfreiheiten gehen sozialen Rechten vor.

Aus Strukturen folgen Sachzwänge

Es reicht jedoch nicht aus, den Verlust an Demokratie alleine an der Kompetenz-Ordnung und direkten Einwirkungsmöglichkeiten fest zu machen. Die Öffnung aller Grenzen und der damit verbundene verstärkte Wettbewerb erzeugen Sachzwänge, denen sich nationale Parlamente und Regierungen oftmals auch dann nicht entziehen können, wenn es keine direkten Einwirkungen der europäischen Ebene gibt. Seit Jahren ist zu beobachten, dass Löhne, Sozialstandards und Steuersätze unter Druck geraten, um die so genannte „Wettbewerbsfähigkeit“ – vor allem im Binnenmarkt des europäischen Wirtschaftsraums – zu erhalten.

Für Deutschland muss die Betrachtung allerdings differenzierter ausfallen. Deutschland hat sich – gleich unter welcher Regierung – als wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft im Euro-Raum (abzulesen am Leistungsbilanzüberschuss) bei nüchterner Betrachtung nicht Systemzwängen gebeugt, sondern sich mit Lohn- und Steuerdumping gleichsam an die Spitze der marktliberalen Bewegung gestellt.⁸ Es mag sein, dass sich dies subjektiv aus der

Perspektive vieler handelnder Personen anders darstellt. Viele Sozialdemokraten haben sich dieser Politik nur gebeugt, weil sie diese nicht zuletzt wegen des verstärkten Wettbewerbs in Europa schlicht für unvermeidlich hielten.

Die Entwicklung, dass Systemzwänge statt demokratische Institutionen regieren, kulminiert in der momentanen Eurokrise. Wir sehen jetzt, dass eine Währungsunion auch einen gewissen Gleichlauf bei der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erfordert. Denn das Wechselkurs-Ventil, das früher für einen gewissen Ausgleich gesorgt hat, steht in einer Währungsunion nicht mehr zur Verfügung. Nachdem die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen der verschiedenen Staaten lange nicht beachtet wurden, steht der Euro-Raum nun vor dem Kollaps. Die Folge aus demokratischer Sicht ist, dass die Staaten in Ermangelung geeigneter Kompetenzgrundlagen in den Verträgen auf intergouvernementale Arrangements ausweichen. Haben wir oben schon das exekutive Übergewicht innerhalb der EU kritisiert, so ist dies bei den in immer kürzerer Folge stattfindenden „Krisengipfeln“ total. Etwas überspitzt formuliert: Merkozy bilden ein Direktorium, welche die südlichen Staaten und ihre Völker wie Protektorate behandeln. Entsprechend groß war die Empörung wirtschaftlicher wie politischer Eliten, als der griechische Ministerpräsident Papandreu für alle überraschend auf die Idee kam, „das Volk“ selber über seine eigenen Belange entscheiden zu lassen.

„Mehr Europa“ reicht nicht mehr

Fassen wir unsere Beobachtungen zusammen: Die EU krankt an einem zweifachen Demokratiedefizit. Zuerst sind die Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Zum Zweiten hat die funktionelle Integration (Ziel: gemeinsamer Markt) durch direkte Einwirkung und durch das Entstehen von Systemzwängen zu erheblichen demokratischen Verlusten geführt.

⁷ EuGH, Rs. C-438/05 - Viking

⁸ vgl. mit zahlreichen empirischen Belegen Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt am Main 2007

Was sind nun die Folgerungen aus diesen Defiziten? Aus demokratietheoretischer Sicht reicht es eben nicht aus, einfach nur „mehr Europa“ zu fordern. Es muss vielmehr ein Weg beschritten werden, der schon im Heidelberger Programm vorgezeichnet war: der Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“. Dabei genügt es aber nicht, bei diesem Schlagwort stehen zu bleiben.

Die Tatsache, dass selbst Bundeskanzlerin Merkel (CDU) diesen Begriff benutzte, ohne offenbar einen Widerspruch zum deutsch/französischen Gleichschritt eines immer stärker nationalstaatlichen Denkens vor allem konservativer Kreise zu sehen, zeigt die Notwendigkeit einer Präzisierung dieses Anliegens. Wir wollen hier nicht mit dem in der deutschen Debatte teilweise mystisch aufgeladenen Staatsbegriff operieren,⁹ sondern den qualitativen Unterschied nüchterner aus dem Ziel der demokratischen Selbstbestimmung ableiten.

Keiner weiteren Erörterung bedarf die Forderung, das demokratische Defizit innerhalb der europäischen Institutionen zu beheben.

Schwieriger wird jedoch die Diskussion, wie den Demokratie-Verlusten im Zusammenspiel mit den mitgliedstaatlichen Demokratien abgeholfen werden kann. Die herkömmliche Antwort – auch in der Sozialdemokratie verbreitet – sieht in etwa so aus: In Europa dominiere bisher der Markt. Zum Ausgleich müssten der EU jetzt auch Kompetenzen zuwachsen, Steuerharmonisierung und gemeinsame Sozialstandards durchzusetzen und die Kassenführung der Mitgliedstaaten zu kontrollieren.

Ein Feilschen um eine behutsame Ausweitung von Kompetenzen hier und da bleibt aber gedanklich im Konzept der funktionellen Integration verhaftet. Sie würde im Ergebnis

zu einer noch stärkeren Aufteilung der Hoheitsgewalt führen und damit wie oben veranschaulicht die Kapazität zur Verwirklichung von demokratischer Selbstbestimmung herabsetzen. Daraus folgt, dass demokratische Selbstbestimmung eben auch voraussetzt, dass es eine Ebene gibt, welche prinzipiell eine Gesamtzuständigkeit und Gesamtverantwortung für das Gemeinwohl trifft. Diese Ebene ist nach herkömmlicher Begrifflichkeit der Staat. Denn nur wenn etwa der demokratisch legitimierte Gesetzgeber prinzipiell auf alle Sachmaterien zugreifen kann, ist er in der Lage, zwischen verschiedenen Interessen und Belangen abzuwägen und daraus das Allgemeinwohl abzuleiten.¹⁰ Statt eines institutionell abgesicherten Vorrangs wirtschaftlicher vor sozialen Belangen (wie bisher) würde nun (wieder) demokratisch entschieden werden können, wie die einzelnen Belange gewichtet werden sollen. Nur so besteht für die Bürgerin und den Bürger auch ein klar sichtbarer Verantwortungszusammenhang, das Versteckspiel mit Schuldzuweisungen zwischen den verschiedenen Ebenen und der achselzuckende Verweis auf Sachzwänge könnte in diesem Ausmaß nicht mehr stattfinden.

Dies bedeutet nun nicht, dass es nicht verschiedene Ebenen mit unterschiedlichen Entscheidungskompetenzen geben darf. Entscheidend ist aber, dass die Ebene mit der Gesamtzuständigkeit einen Großteil der Regelungs-Kompetenzen in sich vereint. Zudem muss diese Ebene auch über die „Kompetenz-Kompetenz“ verfügen, das heißt über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen entscheiden können. Nur so ist sicher gestellt, dass sie Systemzwängen auch durch Änderung der Systeme und nicht nur durch Kapitulation begegnen kann, um das demokratisch definierte Gemeinwohl zur Geltung zu bringen.

⁹ Kritisch zu Verwendung des Staatsbegriffs im juristischen Diskurs Christoph Möllers: Staat als Argument, Tübingen 2011

¹⁰ vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde: Welchen Weg geht Europa, in: ders.: Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main 2000.

Eine demokratische Neugründung wagen

These dieses Textes ist, dass es nun langsam zum Schwur kommen muss. Die Völker Europas müssen demokratisch entscheiden, ob sie ein neues Legitimationssubjekt, ein europäisches Volk, gründen wollen oder eben nicht. Dabei muss deutlich werden, dass es sich um eine Entscheidung von enormem Gewicht handelt, der gewohnte Rekurs auf die kriegsrische Vergangenheit Europas wird nicht ausreichen.

Denn natürlich macht es im Ergebnis einen entscheidenden Unterschied, welche Gemeinschaft maßgeblicher Bezugspunkt für die Ermittlung des Gemeinwohls ist. Denn hiervon hängt im Kern ab, wessen Interessen und Belange bei einer Entscheidung in erster Linie maßgeblich sind und auch, wem gegenüber man im ungünstigen Fall auch einmal zurück stecken muss. Das wird schon in der Kommunalpolitik plastisch, wenn etwa der Umbau einer Schienenfahrzeughaltestelle oder Ansiedlung eines emittierenden Recyclingbetriebes zwar dem „Allgemeinwohl“ eines bestimmten Viertels widerspricht, aus gesamtstädtischer Sicht aber in der Abwägung positiv bewertet wird. Daraus folgt zwangsläufig, dass es innerhalb der maßgeblichen Einheit ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine Bereitschaft zu einem Mindestmaß an Solidarität geben muss.¹¹

Die Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa ist ohne Zweifel radikal. Allerdings jagt momentan von Krisengipfel zu Krisengipfel eine radikale Entscheidung die nächste; und auch die sich abzeichnende – demokratisch¹² und makroökonomisch¹³ völlig

verfehlte – „Fiskalunion“ hätte vor einem Jahr noch niemand zu prognostizieren gewagt.

Zuzugeben ist, dass auf absehbare Zeit nicht alle 27 Staaten der EU diesen Schritt gehen können und wollen. Zuzugeben ist auch, dass auch in Zukunft bestimmte Kernbereiche nationaler Identität dem Zugriff der europäischen Ebene entzogen werden dürfen, ohne dass der qualitative Sprung gefährdet wäre. Aber dies müssten eng begrenzte Ausnahmen sein. Wir glauben, dass die Gemeinsamkeit ausreicht, eine demokratische Neugründung jetzt zu wagen. Die jahrelange Debatte, ob es ein europäisches Volk gibt, muss entschieden werden von all den Menschen, die dafür in Frage kommen, künftig Teil eines solchen europäischen Volkes zu sein:

Hieß es nicht zutreffend im (vorerst gescheiterten) Vertrag über eine Verfassung Europas, „dass die Völker Europas, stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte, entschlossen sind, die alten Gegensätze zu überwinden und immer enger vereint ihr Schicksal gemeinsam zu gestalten“.¹⁴ Eine willkommene Gelegenheit, diese Überzeugung aufzunehmen. ■

☞ Folke große Deters ist Vorsitzender der SPD Rheinbach und promoviert zur Demokratietheorie am rechtsphilosophischen Seminar der Universität Bonn.

☞ Sebastian Hartmann ist Vorsitzender der SPD Rhein-Sieg, Mitarbeiter eines Europaabgeordneten sowie Mitglied der europapolitischen Kommission des SPD-Parteivorstandes.

¹¹ So im Ergebnis auch Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin 2011.

¹² vgl. zu demokratietheoretischen Kritik an Schuldenbremsen in der Verfassung Folke große Deters: Die Schuldenbremse als Demokratiebremse, in: spw 4/2011.

¹³ vgl. dazu nur das gemeinsame Papier von SPD und Grünen: <http://www.sueddeutsche.de/politik/punkte-gegen-merkels-krisenstrategie-spd-und-gruene-attackieren-die-kanzlerin-1.1229829>, 9.12.2011; vgl. auch Arne Heise: Eine Schuldenbremse für Europa, in: spw 5/2011.

¹⁴ <http://www.bpb.de/files/4ZoAEX.pdf>, 9.12.2011.

Die Krise des Parlamentarismus in Griechenland

von Gregor Kritidis

Historische Brüche lassen sich häufig erst im Nachhinein in ihrer Bedeutung erfassen. Die Revolte in Griechenland im Dezember 2008 gehört zu derartigen Ereignissen; sie markiert den politisch-moralischen Zusammenbruch der nach dem Sturz der Diktatur 1974 etablierten sozialen und politischen Ordnung und die Stunde der Wahrheit für die hochfliegenden Wunschträume der neoliberalen „Modernisierer“. Im Mainstream der europäischen Presse war insbesondere die ehemals sozialistische PASOK als Kraft der Erneuerung gefeiert worden, die aus Griechenland die „seriöse Hellas AG“ gemacht habe.¹ Große Investitionen in die Infrastruktur, niedrige Löhne und umfassend deregulierte Arbeitsverhältnisse sollten die Grundlage für ein dauerhaftes ökonomisches Wachstum bilden. Wachstumsraten von über vier Prozent jährlich verdeckten dabei die zunehmenden sozialen und ökonomischen Widersprüche sowohl innerhalb Griechenlands als auch in der Eurozone. Im Dezember 2008 offenbarte sich die faule Grundlage der ökonomischen Expansion. Die griechische Regierung schlug daraufhin den Weg ein, der sich historisch immer wieder bewährt hat: Sie leistete den Offenbarungseid und suchte Rückendeckung bei starken Partnern im Ausland.

Im Mai 2010 unterzeichnete die Regierung Papandreou, getrieben von den Ereignissen und unter massivem Druck der EU, einen Kreditvertrag über 80 Mrd. € mit den Ländern der Eurozone (30 Mrd. steuerte zudem der IWF bei), zu dessen Bestandteilen das in Griechenland mittlerweile berühmte „Memorandum“ gehört. Eine Beteiligung des Parlaments – die griechische Verfassung sieht für die Ratifizierung derart weitreichender internationaler Verträge eine 3/5 Mehrheit vor – fand nicht statt, stattdessen wurden mit einfacher Mehrheit ein

Gesetz verabschiedet, wonach die Verträge ab ihrer Unterzeichnung gültig sind. Selbst Abgeordnete und Funktionäre der seinerzeit allein regierenden PASOK reden mittlerweile von einem Staatsstreich, mit dem in Griechenland die bürgerlichen Eliten, die Troika, bestehend aus: Vertretern der EU, der EZB und des IWF, sowie durch die von dem Deutschen Horst Reichenbach geleitete „Task-Force“ faktisch die Macht übernommen und eine drakonische Austerity-Politik umgesetzt haben.² Mit der Beteiligung der faschistischen LAOS an der von dem Banker Lukas Papadimos geleiteten Regierungskoalition hat diese moderne Form der Diktatur seit November 2011 an Kenntlichkeit gewonnen.

Mit dem Vertragswerk wird der Regierung in Athen genau vorgeschrieben, in welchem Zeitraum welche Maßnahme zu treffen ist. Praktisch alle Gesetze, seien sie steuer-, struktur- oder ordnungspolitischer Natur, sind von der Troika vorgegeben. Ob Eingriffe in die Tarifautonomie, die Zusammenlegung von Kommunen oder Sondersteuern aller Art – es gibt quasi für alle Bereiche staatlicher Tätigkeit ein Durchgriffsrecht aus Brüssel. Ganz Griechenland mitsamt allen mobilen und immobilien Sachwerten ist zudem praktisch verpfändet. Es ist auch nicht möglich, Verträge mit Dritten einzugehen – ganz offensichtlich eine Klausel, die Verträge mit chinesischen Investoren, die sich bereits vor Ausbruch der offenen Krise große Anteile der Häfen von Saloniki und Piräus gesichert haben, ausschließen soll. Zudem gibt es keine Möglichkeit, die Kreditverträge nachträglich zu modifizieren oder juristisch anzufechten. Sie unterliegen auch nicht etwa EU-Recht, wie man annehmen sollte. Grundlage ist vielmehr das britische Recht, das die Position des Gläu-

1 Süddeutsche Zeitung v. 8./9.4.2000.

2 Hans Joachim Fuchtel, parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, soll jetzt im Auftrag der Regierung Merkel mit der Verteilung von 15 Mrd. € aus Mitteln der EU an griechische Kommunen der Troika den notwendigen politischen Unterbau organisieren.

bigers besonders stärkt. Der Staatsrechtler Giorgos Kassimatis, der in den 1980er Jahren die griechische Regierung juristisch beraten hat, spricht in diesem Zusammenhang von einer „Aufhebung der Verfassung“ sowie einer „Abtretung von Souveränitätsrechten“.³ Die parlamentarische Demokratie ist kaum mehr eine Attrappe, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert.

Dagegen hat sich erheblicher Widerstand formiert, der vor allem von den Parteien der parlamentarischen Linken, den Gewerkschaften und zahlreichen kleineren Organisationen getragen wird.⁴ Eine wichtige Rolle spielt dabei die Forderung, die Staatsschulden von einer unabhängigen, international besetzten Kommission auf ihre Legitimität hin untersuchen zu lassen. Als Grundlage dazu fungiert das Konzept der „illegitimen Schulden“; dabei handelt es sich u.a. um solche Schulden, die staatliche Funktions-träger im Zusammenhang mit Formen der Vorteilsnahme zu Lasten der Bevölkerung aufgenommen haben. Als Vorbild dient insbesondere Ecuador, das 2008 nach einem Schulden-Audit 70 Prozent der Staatsschulden zu illegitimen Schulden erklärt und nicht zurückgezahlt hat.

Die Brisanz dieser Initiative liegt in den Ursachen der griechischen Schuldenmisere begründet. Neben einer im internationalen Vergleich äußerst niedrigen Steuerquote - die griechische Oberschicht zahlt praktisch keine Steuern und verfügt nach Schätzungen allein in der Schweiz über Guthaben in Höhe rund 200 Mrd. €⁵ - waren die zahlreichen Infrastrukturprojekte mit Korruption zu Lasten der griechischen Bürger verbunden. Exemplarisch dafür ist der Bau des Athener Flughafens sowie der Ausbau der Autobahn Athen - Saloniki. In beiden Fällen ist der Baukonzern Hochtief nicht nur am Bau beteiligt gewesen, sondern gehört auch zu den Anteil-

³ Giorgos Kassimatis, *Oi paranomes symbaseis daneismou tis elladas*. (Die rechtswidrigen Kreditverträge Griechenlands). Athina 2011.

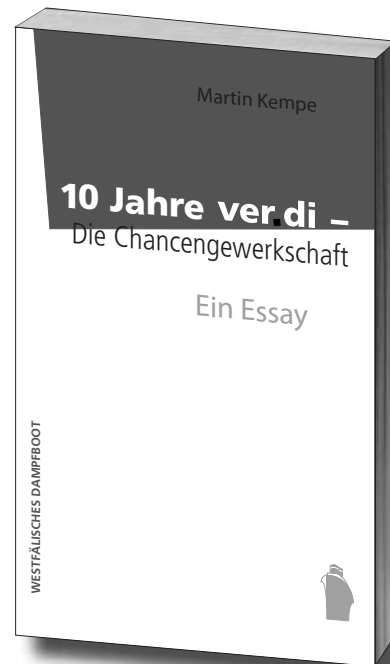
⁴ Vgl. Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiedergeburt. <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlet/DocumentServlet?id=26825>

⁵ FTD v. 18.10.2011.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Die wichtigste gewerkschaftliche Neugründung in der Geschichte der BRD ist im Alltag angekommen

Eine erste, vorläufige Bilanz



2011 - 113 Seiten - € 9,90
ISBN: 978-3-89691-883-3

Der Publizist Martin Kempe, von der Gründung bis Mitte 2007 Chefredakteur der ver.di-Mitgliederzeitung ver.di PUBLIK, untersucht in seinem Essay aus der kritischen Distanz des damals wie heute Beteiligten, was aus den Versprechen geworden ist und warum ver.di immer noch eine Chance ist.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

seignern der Betreibergesellschaft. Im Falle der Siemens-AG, die an zahlreichen Projekten beteiligt war, ist es zu Bestechungen in großem Umfang gekommen. Siemens hat Presseberichten zufolge die beiden großen Parteien mit Summen zwischen 100 und 150 Mio. € geschmiert. Im Bewusstsein der Bevölkerung ist Siemens ein Sinnbild für Korruption der politischen und ökonomischen Eliten geworden.

Ein weiteres Beispiel ist der exorbitante Rüstungshaushalt in Höhe von 4 Prozent des BIP, das entspricht etwa 10 Mrd. € pro Jahr. Beschafft wurden unter anderem französische Fregatten sowie U-Boote und Panzer aus Deutschland. Die damit einhergehende Korruption ist, insbesondere was den ehemaligen Verteidigungsminister Akis Tsochatsopoulos betrifft, mittlerweile aktenkundig. Nach Aussagen von Daniel Cohn-Bendit im Europaparlament haben die französische und die deutsche Regierung die finanziellen Zusagen der EU davon abhängig gemacht, dass die griechische Regierung die laufenden Aufträge nicht storniert. Gegenwärtig findet eine Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der französischen Seite über die geplanten Lieferungen statt.⁶

Die Forderung nach einer Untersuchung der griechischen Staatsschulden unabhängig vom Parlament und der Justiz birgt also eine erhebliche Sprengkraft in sich, zielt sie doch auf den Zusammenhang von internationaler Kreditvergabe, öffentlichen Ausgaben und Korruption der politischen Klasse. Dies umso mehr, als mit den Kreditverträgen vom Mai 2010 eine nahtlose Fortsetzung und Radikalisierung der bisherigen politischen Linie vollzogen wurde. Durch das Programm der Troika wurde die griechische Ökonomie in eine tiefe Rezession getrieben und die Schuldenkrise weiter verschärft.

Ende Mai 2011 kam es nach arabischem Vorbild zu Massenprotesten, welche Regierungschef Papandreu Mitte Juni zum Rücktritt

zwangen. Durch die Interventionen aus Berlin und Paris wurde er jedoch im Amt gehalten. Wenige Monate später befand sich die PASOK am Rande des Zerfalls, während die konservative Opposition nur widerstrebend ins Lager der „Troika“ wechselte. Die im November gebildete Koalitionsregierung der „nationalen Rettung“ kann sich einerseits auf eine große Zahl von Abgeordneten stützen. Andererseits zeigt der Umstand, dass die faschistische LAOS des bekennenden Rassisten und Antisemiten Giorgos Karatsaferis Teil der neuen Regierung ist, wie labil die politische Position der bürgerlichen Parteien geworden ist. Es ist dabei nicht nur das Athener Establishment, das demokratische Willensbildungsprozesse fürchtet. Auch die Verbündeten in der EU schrecken davor zurück. Das dokumentierten die hysterischen Reaktionen auf den taktischen Vorschlag Papandreous, ein Referendum über die Sparprogramme abzuhalten. Folglich wurde und wird alles unternommen, um die nächsten Wahlen möglichst weit in die Zukunft zu verschieben oder auch ganz zu suspendieren.⁷

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Einsicht, dass die gegenwärtige Regierung nicht abgewählt, sondern nur gestürzt werden kann, innerhalb der sozialen Bewegung an Boden. Es waren die großen Mobilisierungen, welche die bisherigen Formen der Machtausübung zersetzt und das Regime gezwungen haben, sich zu den bisher verschleierte Formen ökonomischen Autoritarismus auch politisch zu bekennen. Die Mittel der autoritären Konsensbildung schwinden jedoch dahin, je weiter die Dynamik der Krise voranschreitet. Im Frühsommer 2011 ist mit der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen eine demokratische Entwicklung von unten in Gang gesetzt worden, die auf Dauer schwerlich unterdrückt werden kann. ■

☞ Dr. Gregor Kritisidis ist Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber des Online-Magazins „Sozialistische Positionen“ (www.sopos.org) und Sekretär der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen.

⁷ Ein Terminvorschlag sieht die Zeit des Karnevals vor und ist daher kaum ernst gemeint.

⁶ Kathimerini v. 18.10.2011.

Demokratie und Wirtschaftsordnung

von Walther Müller-Jentsch

Erkenne die Lage! (...) gehe von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen.
Gottfried Benn

Spätestens seit Luhmanns systemtheoretischen Siegeszug pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Politische und wirtschaftliche Systeme haben ihren Eigensinn. Parlamente funktionieren anders als Märkte; politische Entscheidungen werden nach der Mehrheitsregel, ökonomische nach Angebot und Nachfrage getroffen. Ohne empfindliche Störungen kann keines der Funktionssysteme seine Spielregeln auf das andere übertragen. Nun können aber Demokratien über öffentliche Meinungsbildung, parlamentarische Entscheidungen und den Erlass von Gesetzen ihrem wirtschaftlichen System einen Ordnungsrahmen geben, innerhalb dessen der Wettbewerb von Anbietern und Nachfragern vorstattengehen soll. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein solcher Ordnungsrahmen für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Es gab einen historischen Moment, das waren die Nachkriegsjahre 1945-1949, in denen über die Wirtschaftsordnung in Westdeutschland gestritten wurde. Zur Entscheidung standen: Soziale Marktwirtschaft oder aber "Wirtschaftsdemokratie", wie sie etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Münchner Programm zur Neuordnung der Wirtschaft gefordert hatte. Dass die Soziale Marktwirtschaft den Sieg davon trug, lag nicht zuletzt daran, dass die alliierten Besatzungsmächte die Einführung einer sozialistischen Wirtschaft ablehnten.¹ Im Urteil des Soziologen und damaligen Gewerkschaftsaktivisten Theo Pirker war dies eine Zeit, „in der alles möglich schien und in der tatsächlich so wenig möglich war“.²

Jedenfalls blieben damit Gewerkschaften und der SPD ein Praxistest auf die Leistungsfähigkeit einer (freiheitlich-)sozialistischen Wirtschaftsordnung erspart.

Soziale Marktwirtschaft – programmatisch und real

Mit dem Godesberger Programm der SPD (1959) und dem Düsseldorfer Programm des DGB (1963) zeichnete sich eine Realpolitik in Fragen der wirtschaftlichen Gestaltung ab, die letztlich dazu führte, dass SPD und Gewerkschaften mit politischen Reformen und durch tarifpolitische Praxis mehr und mehr zu Mitgestalter/innen einer marktwirtschaftlichen Ordnung wurden, die sie anfangs bekämpft hatten.³ Wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser mehrfach hervorgehoben hat, wurde in der Gestalt des „Rheinischen Kapitalismus“ die Soziale Marktwirtschaft – nicht als Leitbild, sondern als reale Wirtschaftsordnung – zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft nach 1945.

Sollte man mit diesem Pfund („Das ist auch unsere Wirtschaftsordnung!“) nicht wuchern? Etwa indem man den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft vom Ludwig-Erhard-Image löst und ihn progressiv besetzt? Anknüpfen könnte man bei Alfred Müller-Armack, dem Namensgeber der Sozialen Marktwirtschaft. Während Ludwig Erhard und Walter Eucken glaubten, dass die wichtigsten sozialen Fragen schon durch eine rationale Wettbewerbsordnung gelöst würden, vertrat Müller-Armack die Vorstellung, dass der Staat im Interesse des sozialen Ausgleichs durchaus in den Wirtschaftsprozess eingreifen solle und müsse. Unter Einbeziehung von Elementen der christli-

¹ Eberhard Schmidt: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Frankfurt am Main 1970.

² Theo Pirker: Die SPD nach Hitler. München 1965, S. 10.

³ Für die Gewerkschaften vgl. dazu Walther Müller-Jentsch: Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945. Stuttgart 2011.

chen Sozialethik (und selbst des freiheitlichen Sozialismus) sollte die Soziale Marktwirtschaft „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden“.⁴ Müller-Armack sah darin eine friedensstiftende, „irenische Formel“, die „versucht, die Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen“.⁵

Zwei grundlegende Gesetze, verabschiedet in den frühen Jahren der Bundesrepublik, regeln die Märkte: das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1957) die Produkt- und Dienstleistungsmärkte, das Tarifvertragsgesetz (1949) die Arbeitsmärkte. Mittlerweile existieren auch transnationale Regelungen für den Binnenmarkt in der EU, nicht jedoch für die Finanzmärkte. Um die Schließung dieser Regelungslücke wird derzeit heftig gerungen.

Zivilisierte Marktwirtschaft statt Wirtschaftsdemokratie

Ganz im Sinne Müller-Armacks, der betont hatte, dass „das Stilprinzip der Sozialen Marktwirtschaft einer permanenten Abwandlung zugänglich ist“,⁶ sind die Versuche der Neujustierung und Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft zu werten. Hierbei sind Ökologie und Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe die wichtigsten Anwärter für die Berücksichtigung in einem erweiterten Zielsystem. Der St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich hat ein Konzept der „zivilisierten Marktwirtschaft“⁷ vorgelegt, das geeignet ist, diese Desiderate aufzunehmen. Auch für ihn sind Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow (und nicht Ludwig Erhard) die wichtigeren Gewährsleu-

te, da sie für die gesellschaftliche Einbettung und Eingrenzung der Wettbewerbsmärkte plädierten, zum Beispiel durch die Setzung von Randnormen und Grenzwerten nach humanitären, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten. Nicht die Freiheit des „Eigennutzenmaximierers“, wie sie der Wirtschaftsliberalismus predigt, sei gefragt, sondern die Freiheit des „Wirtschaftsbürgers“. Dieser sei mit persönlichen, politischen und sozialökonomischen Bürgerrechten ausgestattet, die seine private Autonomie, seine politische Teilnahme und seine materiellen Lebensbedingungen sichern (s. Übersicht „Bürgerrechte“).

Bürgerrechte (nach T.H. Marshall & P. Ulrich)	
Kategorie von Menschen- bzw. Bürgerrechten	Zivilgesellschaftliche Dimension
Persönlichkeitsrechte (Freiheits-, Abwehr-, Zugehörigkeitsrechte)	Liberaler Rechtsstaat
Staatsbürgerrechte (politische Teilhaberechte)	Demokratie
Wirtschaftsbürgerrechte (sozialökonomische Teilhaberechte / industrial citizenship)	Sozialstaat / Mitbestimmung im Arbeits- und Wirtschaftsleben

Obwohl die Väter der Sozialen Marktwirtschaft über die Mitbestimmung im Arbeits- und Wirtschaftsleben unterschiedliche Ansichten hatten,⁸ ist sie heute ein Grundtatbestand der deutschen „Sozialpartnerschaft“, die wiederum in der internationalen Diskussion als ein Kernelement des Rheinischen Kapitalismus angesehen wird. Der eher den Arbeit-

4 Alfred Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Band. Stuttgart u. Tübingen 1956, S. 390.

5 Zitiert nach: Rolf H. Hasse/Hermann Schneider/Klaus Weigelt (Hg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Paderborn 2002, S. 386.

6 Alfred Müller-Armack: Die Grundformel der sozialen Marktwirtschaft. In: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Symposium I: Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung. Bonn 1978, S. 12.

7 Peter Ulrich: Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung. Bern 2010.

8 Walther Müller-Jentsch: Mitbestimmung, der verkannte Ordnungsfaktor. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. September 2009.

gebern als den Gewerkschaften nahestehende Arbeitsrechtler Bernd Rütters vertritt die These „Soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft gehören zusammen. Das eine ist eine notwendige Grundlage des anderen.“⁹

Wenn nun einige Strömungen im linken SPD- und Gewerkschaftslager wiederum die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie aufzuwärmen suchen, dann muss man sich fragen: Wo bleibt da die realpolitische Vernunft? In einem Sammelband – „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“¹⁰ – haben einige verantwortliche Gewerkschafter (wie Hartmut Meine und Hans-Jürgen Urban von der IG Metall) im Verein mit prominenten linken Sozialwissenschaftlern (von Oskar Negt bis Michael Schumann) Willy Brandts ehrwürdigen historischen Ausspruch „mehr Demokratie wagen“ für ihre teils waghalsigen Vorstellungen bemüht.

Dazu ist Zweierlei anzumerken. Erstens: Als Willy Brandt diesen Ausspruch in einer historischen Periode offensiver Reformpolitik und aktiver sozialer Bewegungen (Studenten- und Frauenbewegung, Humanisierungspolitik der Gewerkschaften) tat, fiel er auf fruchtbaren Boden. Zweitens: Mit dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie wird völlig unhistorisch auf ein älteres Programm Bezug genommen, das in der damaligen Situation – Ende der 1920er Jahre – noch beachtliche Realitätsnähe aufwies.

Die Verfasser dieser Programmschrift (unter ihnen Fritz Baade, Rudolf Hilferding und Hugo Sinzheimer) erarbeiteten unter der Redaktion von Fritz Naphtali eine konsistente Konzeption zur „Wirtschaftsdemokratie“, die ein einheitliches Programm zur Demokratisierung der Wirtschaft als Übergangsstufe zum Sozialismus darstellte.¹¹ Anknüpfend an Hilferdings

Theorie des „organisierten Kapitalismus“ wollten die Verfasser die Entwicklungstendenzen und „Keime wirtschaftsdemokratischer Entwicklung in der Gegenwart“ weitertreiben. Daraus leiteten sie Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft ab. Nach 1945 knüpfte die Neuordnungskonzeption des DGB zur Demokratisierung der Wirtschaft mit nicht wenigen Akzentverschiebungen an diese Programmatik wieder an. Wir wissen, dass von dem ambitionierten Programm mit den drei Säulen – Sozialisierung von Schlüsselindustrien, zentrale volkswirtschaftliche Planung, Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung – als einziges Ziel die paritätische Unternehmensmitbestimmung in der Montanindustrie verwirklicht wurde. Weitergehende Mitbestimmungsrechte haben die Gewerkschaften seither nicht mehr erkämpfen können. Selbst die Brandtsche Reformära beschied ihnen nur eine subparitätische Unternehmensmitbestimmung.

Woher nehmen die Herausgeber und Verfasser der aktuellen Schrift den Optimismus, ein Programm zu entwerfen, dessen Ambitionen weit über die Montanmitbestimmung hinausgehen? Umfasst doch das von Hans-Jürgen Urban ausgebreitete „gesellschaftliche Transformationsprojekt“ nicht nur volkswirtschaftliche Rahmenplanung mit einem „einheitlichen nationalen Entwicklungsplan“, sondern auch Wirtschafts- und Strukturräte auf europäischer und nationaler Ebene, regionale Arbeitsmarktplanung und eine substantielle Erweiterung der Mitbestimmungsrechte bis zur Revitalisierung ihres „systemkritischen Impetus“. Nachvollziehbar ist daran allein, dass die tiefe Krise des Kapitalismus Fragen nach Alternativen aufwirft, aber ist es in dieser Situation angebracht, Forderungen zu erheben, die keine erkennbare historische Tendenz weitertreiben können? Was als „wirkliche Bewegung“ zu erkennen ist, zielt auf die Regulierung der Kapitalmärkte, aber nicht auf eine Wirtschaftsdemokratie à la Naphtali oder Urban.

9 Bernd Rütters: Vom Wert der Sozialpartnerschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Januar 2011.

10 Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg 2011.

11 Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Frankfurt am Main 1966 [zuerst 1928].

Selbstverständlich ist die Verankerung demokratischer Prinzipien in der Wirtschaft ein legitimes Bürgerrecht; dieses aber unter dem Label der Wirtschaftsdemokratie zu subsumieren, heißt unhistorisch ein Konzept aufzugreifen, das an vergangene Phasen kapitalistischer Entwicklung anknüpfte. Dass andererseits die Mitbestimmung „konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft“ sei, hat nicht nur der langjährige Vorsitzende der Chemiegewerkschaft, Hubertus Schmoldt, mehrfach betont, sondern auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel als Festrednerin auf der DGB-Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz“, wo sie die Mitbestimmung als „eine große Errungenschaft“ und als „einen nicht wegzudenkender Teil unserer Sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnete.¹² Wenn Michael Schumann und Richard Detje in dem genannten Sammelband diese Äußerung Merkels als untrüglichen Indikator für deren Einpassung „in das Spektrum des praktizierten Wirtschaftssystems“ abfällig bewerten, dann wirft das die Frage auf, ob die Autoren von allen realpolitischen Geistern verlassen sind. Zählen doch im europäischen Vergleich die Mitbestimmungsregelungen in Deutschland zu den weitreichendsten und werden daher von interessierter Seite immer wieder in Frage gestellt. Sollte da zu ihrer Verteidigung gegen wirtschaftsliberale Angriffe eine Bundeskanzlerin als Bündnispartnerin nicht höchst willkommen sein?

Arbeitsmarkt in der zivilisierten Marktwirtschaft – Prekarität als neue Herausforderung

Im Konzept der zivilisierten Marktwirtschaft wird dem Arbeitsmarkt noch nicht der gebührende Stellenwert eingeräumt. Daher seien einige vorläufige Überlegungen zur Schließung dieser Lücke angefügt.

Schon der Ordoliberaler Walter Eucken hatte auf die Beachtung der qualitativen Unterschiede zwischen Sachgüter- und Arbeitsmärkten bestanden und postuliert: „Arbeit ist keine Ware“. Gleichwohl ist die Arbeitskraft eine Ware, wenn auch nach Karl Polanyi eine „fiktive Ware“. Sie kann jedenfalls nicht wie eine gewöhnliche Ware behandelt werden, denn sie hat „keinen anderen Behälter als menschliches Fleisch und Blut“ (Karl Marx). Da die Arbeitskraft nicht von der Person abzulösen ist und der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin in der Regel der schwächere Marktteilnehmer/in ist, bedarf er/sie des besonderen Schutzes durch Gewerkschaften und Arbeitsrecht.

Der französische Soziologe Robert Castel hat in seiner „Chronik der Lohnarbeit“¹³ aufgezeigt, wie in einem langen historischen Prozess von Konflikten und Kämpfen, Kompromissen und Verhandlungen das Arbeitsrecht unfreie Arbeitsverhältnisse in Rechtsverhältnisse transformierte und lohnabhängigen Arbeiter/innen einen gesetzlich geregelten Arbeitnehmerstatus einräumte. Die garantierten Rechte nennt Castel ein mit der Arbeitnehmerlage verbundenes *Sozialeigentum*, für ihn ein Äquivalent zum Privateigentum. Im Arbeitsrecht erkennt Castel in seinem jüngsten Buch eine „reformistische Kompensation für den Verzicht auf die Abschaffung des kapitalistischen Systems (...). Es stellt den größtmöglichen Vorstoß im Rahmen des Kapitalismus dar“.¹⁴

Mit einem nostalgischen Rückblick auf die „goldenen drei Jahrzehnte“ (1945-1975) konstatiert Castel seit Mitte der 1970er Jahre eine „große Transformation“ der „fordistischen“ Industriegesellschaft. Unverkennbar sei, dass der Status des geschützten Lohnabhängigen in eine Drift von Deregulierung und Flexibilisierung, bis zur Prekarisierung geraten ist.

¹² Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz“ der Hans-Böckler-Stiftung. In: RE-GERÜNGOnline (30. August 2006).

¹³ Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz 1995.

¹⁴ Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg 2011, S. 74.

Ohne Frage hat sich die Spaltung am Arbeitsmarkt vertieft: einem größeren Segment mit relativ sicheren Arbeitsplätzen von Stammbeschäftigten steht ein kleineres, aber wachsendes Segment mit instabilen und schlechter entlohnenden Arbeitsplätzen meist gering qualifizierter Arbeitskräfte gegenüber. Um auch diesem Segment den vollen Arbeitnehmerstatus zu garantieren, bieten sich als unverzichtbare politische und gewerkschaftliche Instrumente ein verbindlicher Mindestlohn und eine durchgreifende Qualifizierungsoffensive an. Als nachteilig wirkt sich indes die relative Schwäche der Gewerkschaften aus, deren Politik zudem traditionell das Normalarbeitsverhältnis im Fokus hat. Wie die Unorganisierten zu organisieren sind, ist zu einem Zentralproblem der Gewerkschaften geworden.

Trotz vielfacher Kassandrarufer ist der Rheinische Kapitalismus nicht tot, auch wenn der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber in seiner Streitschrift „Kurswechsel für Deutschland“ verkündet, die Wirtschaftselite und deren politische Gefolgsleute hätten den „Gesellschaftsvertrag (!) des rheinisch-sozialstaatlichen Kapitalismus“ aufgekündigt.¹⁵ Die Tatsache, dass die unter Globalisierungsdruck vollzogenen Anpassungsprozesse (Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung) zweifellos Arbeitnehmergruppen in die Prekarität getrieben haben, sollte uns nicht den Blick dafür verstellen, dass weder Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie noch die Mitbestimmungsrechte bisher angetastet wurden. Schließlich wurden auch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach der Krise 2008 tripartistisch ausgehandelt. Das von Huber entworfene Reformprojekt der „sozialen marktwirtschaftlichen Demokratie“ bietet einen Praxisansatz, dessen Konturen indes noch vage sind und der die begrenzten Optionen nicht absteckt. Um politisch handlungs- und bündnisfähig zu bleiben, ist davon auszugehen, dass die Alternative zum Kapi-

talismus nur ein anderer Kapitalismus sein kann: statt des anglo-amerikanischen (Turbo-)Kapitalismus ein zivilisierter Kapitalismus mit Sozialer Marktwirtschaft und einem auszubauenden „Sozialen Europa“.¹⁶ Ein anderes, leistungsfähigeres Wirtschaftssystem ist nur auf geduldigem Papier zu haben. Schlechte Utopie wäre die Erwartung, dass sich für eine Wirtschaftsordnung jenseits der genannten Alternative vor dem St. Nimmerleinstag eine politische Mehrheit finden ließe. Freilich gilt immer noch: Reformen müssen dem Kapitalismus abgerungen werden – wenn er daran nicht zusammenbricht, zeigt dies nur seine historische Lernfähigkeit.

Der Schlüssel zum reformorientierten Kurswechsel liegt bei den Gewerkschaften selbst. Solange sie ihre Schwäche nicht überwinden und auf europäischer Ebene sich nicht zu einem einheitlichen, solidarischen Vorgehen für ein „Soziales Europa“ verständigen und – auch organisatorisch – enger zusammenschließen, bleiben die Schwachen schwach und die noch Gesicherten gefährdet. ■

➔ Dr. Walther Müller-Jentsch ist emeritierter Professor für Soziologie und lehrte zuletzt an der Ruhr-Universität Bochum.

¹⁵ Berthold Huber: Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise. Frankfurt am Main 2010, S. 36.

¹⁶ Die im Lissaboner Vertrag (Art. 3 Abs. 3 EUV) als Ziel verankerte „soziale Marktwirtschaft“ bietet einen Anknüpfungspunkt, einen anderen die wachsende internationale Interessenkoalition, die der Finanzökonomie Fesseln anlegen will, schon um den Übergang auf die Realökonomie zu unterbinden. Als nationale Insellösung wäre ein zivilisierter Kapitalismus in der globalisierten Ökonomie kaum reproduktionsfähig; aber in einem hinreichend potenten Wirtschaftsraum wie der EU mit Hilfe der Gewerkschaften durchgesetzt, könnte er an Attraktivität auch in anderen Regionen der Welt gewinnen.

Wirtschaftsdemokratie konkret – der Fall Hoppmann

von Ole Erdmann

1. Einleitung

Mit der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa seit 2008 gewinnt eine Diskussion um die Umgestaltung unseres Wirtschaftsmodells wieder an Dynamik, die bereits vergessen schien. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wird als Gegenentwurf zum Finanzmarktkapitalismus wieder populär. Zu dessen Strukturmerkmalen gehört die weitgehende Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einer Volkswirtschaft durch kapitalistische Eigentümer, die den Renditedruck der Finanzmärkte in die Unternehmen tragen¹. Wirtschaftsdemokratie soll – so die Hoffnung – auf der Makroebene zur Regulierung eben jener Märkte auf Grundlage demokratisch legitimer Verfahren beitragen. Zugleich soll sie auf der Mikroebene für eine humanere Arbeitswelt und nachhaltiger wirtschaftende Unternehmen sorgen². Zentrale Stellschraube für die Machtverteilung in Unternehmen und die Praxis betrieblichen Handelns ist dabei die Eigentumsordnung, da sich aus dem privaten Eigentum die nichtdemokratische Unternehmensverfassung in unserer Marktwirtschaft begründet.

Ausgehend von der Frage, in welcher Weise die Eigentumsordnung die betrieblichen Mechanismen beeinflusst und welche Anreize sie jeweils für den Einsatz von Kapital und Arbeit in einem Unternehmen schafft, soll hier untersucht werden, welche Auswirkungen die Neutralisierung des Eigentums in Verbindung mit einer umfassenden Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung auf die innerbetrieb-

lichen Prozesse hat. Bei der Neutralisierung des Unternehmenskapitals wird dieses der Verfügungsgewalt individueller, kollektiver oder öffentlicher Besitzer (Aktionären, Fonds, staatliche Organe, Mitarbeitern) entzogen und in Stiftungseigentum überführt. Der Stiftungszweck erlaubt weitreichende Festlegungen zur Verwendung des Eigentums, die von einer reinen Profitmaximierungslogik abweichen können. Das Unternehmenskapital ist nicht mehr handel- oder vererbbar und somit im wirtschaftlichen Sinne „neutralisiert“³. Zu diesem Zweck wird der Fall des Autohauses Hoppmann in Siegen analysiert. Hartmut Wächter und Andrea Jochmann-Döll haben mit ihrer Studie zu diesem Fall eine ausgezeichnete Grundlage dazu erarbeitet⁴.

2. Zur Bedeutung des Eigentums im Wirtschaftsprozess

Die neoklassisch geprägte betriebswirtschaftliche Literatur begründet das umfassende Entscheidungsrecht über die betrieblichen Belange mit der so genannten Einheit von Risiko, Kontrolle und Gewinn⁵. Der Kapitaleigner (shareholder) riskiert mit seiner Investition in das Unternehmenskapital den Verlust derselben, wenn das Unternehmen nicht ausreichend Ertrag mindestens zur Reproduktion der Produktionsfaktoren erwirtschaftet. Es wird unterstellt, dass der Kapitalbesitzer im Vergleich zu anderen Investitionsalternativen mit der vorliegenden Investition eine Mindestrendite erwirtschaften kann und er dadurch den Anreiz hat, die dafür notwendige Risikobereitschaft, Kreativität

1 Vgl. Dörre, Brinkmann: „Finanzmarktkapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells?“ in: Finanzmarktkapitalismus, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45/2005, VS Verlag, Wiesbaden 2005.

2 Vgl. Oskar Negt: „Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie“ in: „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“, Urban/Meine/Schumann (Hrsg.), VSA Verlag Hamburg 2011.

3 Vgl. auch dazu Ota Sik: „Begründung eines Mitarbeitergesellschafts-systems“ in „Arbeiterselbstverwaltung“, Arne Heise (Hg), AG SPAK Bücher, München 1989, S. 39ff.

4 Hartmut Wächter, Andrea Jochmann-Döll: Das Hoppmann-Mitbestimmungsmodell in Siegen, Arbeitspapier Nr. 166, Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2009.

5 Bea/Dichtl/Schweitzer: „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd: Grundfragen“, Lucius & Lucius Stuttgart 2000, S. 243.

tät und Innovationsfähigkeit bei betrieblichen Entscheidungen aufzubringen. Kann er diese Mindestrendite nicht erwirtschaften, tätigt er die Investition nicht, bzw. setzt das Kapital woanders ein.

In Abgrenzung zur reinen Shareholder-Orientierung, die sich auf die Eigentumsbeziehungen beschränkt, betont der Stakeholderansatz die Rolle der so genannten „Anspruchsgruppen“, die in Beziehung mit dem Unternehmen stehen⁶. Der Ansatz geht davon aus, dass in Unternehmen neben Eigentümer(n) und Management auch die MitarbeiterInnen und das Unternehmensumfeld (z.B. die Kommune, Lieferanten oder Nachbarschaft) über erhebliche und für den Unternehmenserfolg entscheidende Fähigkeiten, Informationen und Entscheidungsmacht verfügen, die aus Sicht des Unternehmens nicht beliebig verfügbar bzw. austauschbar sind. Ein Unternehmen ist also dann erfolgreich, wenn es die Interessen und das Wissen der Stakeholder systematisch in seine Entscheidungen einbindet.

Unhinterfragt bleiben bei dieser Sichtweise die Machtbeziehungen und ihre Auswirkungen, die sich aus der unterschiedlichen Stellung und Interessen von Eigentümer, Management und Belegschaft im Produktionsprozess ergeben.

Diese Machtbeziehungen werden von sozialistischen Theoretikern thematisiert. Ihre Kritik an den auf der Eigentumsordnung gegründeten Machtbeziehungen war grundlegend für ihre politische Programmatik⁷. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Produktionsmittel nur unter Hinzunahme von Lohnarbeit zu Kapital werden, da nur durch Arbeit ein Mehrwert erzeugt werden kann. Im Kapitalismus existiert ein privates Eigentum

an diesen Produktionsmitteln, das die Eigentümer (Kapitalisten) über die Produktionsmittel verfügen lässt. Über den Ankauf der Arbeitskraft können sie so auch über den Arbeitsprozess und dessen Ergebnis bestimmen. Die Träger der Lohnarbeit sind hingegen von der (Mit)Bestimmung über die Verwendung der Produktionsmittel und des Ergebnisses des Arbeitsprozesses (Produkt und Gewinn) ausgeschlossen. Die ArbeiterInnen werden dabei ausgebeutet, da sich der Eigentümer einen überproportionalen Anteil am Mehrwert aneignet. Dazu erfahren die lohnabhängig Beschäftigten eine Entfremdung von ihrer Tätigkeit, da sie sich im Arbeitsprozess den Entscheidungen des Eigentümers unterwerfen müssen⁸. Entfremdung hat im Betrieb zur Folge, dass Produktivitätspotenziale nicht genutzt werden, da das Wissen der Mitarbeiter systematisch unberücksichtigt bleibt. Die Arbeitsmotivation und Leistungsfähigkeit der MitarbeiterInnen leiden unter den Zwangsverhältnissen und der eingeschränkten Teilhabe am Ergebnis des Produktionsprozesses.

Sowohl der Markt als auch das Eigentum sind heute – als Ergebnis langer politischer Kämpfe – zahlreichen gesetzlichen und tariflichen Regulierungen unterworfen. Die sich aus dem Eigentum an Produktionsmitteln abgeleitete grundsätzliche Machtposition des Eigentümers und seines Managements im Unternehmen ist dadurch jedoch nicht aufgehoben.

Was geschieht nun in Unternehmen, wenn sich die Art des Eigentums und die Verfügungsgewalt über den Produktionsprozess hin zu einem demokratisch mitbestimmten Unternehmen ohne individuellen privaten Besitzer ändern? Im Folgenden soll nun der Fall der Firma Opel Hoppmann dargestellt und anhand der hier dargestellten theoretischen Ansätze untersucht werden.

6 Frank Figge/ Stefan Schaltegger: „Was ist Stakeholder value? – vom Schlagwort zur Messung“, Universität Lüneburg in Kooperation mit UNEP 2000; S. 11ff.

7 vgl. Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel; Europäische Verlagsanstalt 1977

8 Karl Korsch: „Was ist Sozialisierung“ (1919) in: Schriften zur Sozialisierung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1969; S. 15-21.

3. Der Fall Hoppmann – die einzelwirtschaftliche Neutralisierung des Kapitals

Das Autohaus Hoppmann wurde 1936 als Automobilhändler und Reparaturwerkstatt gegründet und fiel nach dem frühen Tod des Gründers 1957 an seinen 30jährigen Sohn und Erben Klaus Hoppmann. Dieser war geprägt von der umfassenden Unterstützung, die er als junger Geschäftsführer durch die Mitarbeiter erfahren hatte. Zudem war er politisch geprägt von der christlichen Soziallehre. Dies war die individuelle Motivation, das Unternehmensmodell des Autohauses Schritt für Schritt in ein demokratisches Unternehmen zu verwandeln. Dieses seit nunmehr fast 40 Jahren erfolgreiche Unternehmensmodell ruht auf vier Säulen⁹:

Der Wirtschaftsausschuss

Auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 richtete Hoppmann einen Wirtschaftsausschuss ein, dem jedoch über die gesetzlichen Rechte hinaus 50prozentige Arbeitnehmerbeteiligung und umfassende wirtschaftliche Entscheidungskompetenz eingeräumt wurden. Diese umfassen z.B. die Zustimmung zur Berufung der Geschäftsführung, Investitionsentscheidungen über 30.000 Euro, Umstrukturierungsmaßnahmen oder Ver- oder Ankauf von Betriebsteilen.

Die Erfolgsbeteiligung

Die auch in vielen anderen Unternehmen praktizierte Erfolgsbeteiligung wurde 1969 eingeführt und umfasst mehrere Elemente. Grundlage ist der Überschuss, der nach Abzug einer 7 (heute 6) Prozent Verzinsung des Eigenkapitals verbleibt. Diese Regelung gewährleistet die ausreichende Eigenkapitalausstattung des Unternehmens für dessen Erhalt und die notwendigen (Re)investitionen.

Der so verbleibende Überschuss wird zu 50 Prozent an das Unternehmen und zu 50 Prozent an die Mitarbeiter ausbezahlt.

Die Wirkung der Gewinnbeteiligung auf die Arbeitsmotivation hat nach Erhebungen in der Belegschaft wenig mit der Höhe der ausgeschütteten Beträge zu tun, sondern vielmehr mit der regelmäßigen „greifbaren“ Rückmeldung zur wirtschaftlichen Situation des Unternehmens.

Arbeitsteams

Zusätzlich zu der Demokratie „von oben“ durch den Betriebsrat und dessen umfassende Mitbestimmungsrechte im Wirtschaftsausschuss wird durch die Bildung von Arbeitsteams in den 13 Abteilungen des Unternehmens „Demokratie von unten“ hergestellt. Hier tauschen sich die MitarbeiterInnen in ihren jeweiligen Abteilungen aus und entscheiden über Arbeitsabläufe, Schichtteilungen und ähnliche unmittelbare Arbeitsplatzbelange mit und wählen eine/n Sprecher/in. Über die Jahre haben die meisten Arbeitsteams mangels aktiver Beteiligung der MitarbeiterInnen nur eine begrenzte Bedeutung erhalten können. Untersuchungen dazu gehen aber davon aus, dass ihre pure Existenz das Führungsverhalten der Vorgesetzten beeinflusst, da diese die mögliche Beschwerde- und Korrekturfunktion der Arbeitsteams antizipieren.

Stiftung

Als letzter Schritt in dem seit 1957 andauernden Prozess der Umwandlung des Unternehmens erfolgte 1974 die Übertragung der Eigentumsanteile der Opel Hoppmann GmbH an die zu diesem Zweck gegründete Stiftung „Demokratie im Alltag“. Die Stiftung bestellt die Geschäftsführung und ist qua Satzung zum Erhalt des Modells Hoppmann verpflichtet und soll darüber hinaus soziale Projekte, Bürgerinitiativen sowie die Aus- und Weiter-

⁹ alle Angaben zum Modell und den Aussagen aus der Belegschaft zitiert auf Grundlage der Studie von Hartmut Wächter, Andrea Jochmann-Döll a.a.O.

bildung der Belegschaft fördern. Zu diesem Zweck erhält sie eine jährliche Ausschüttung, die sich aus einer 1-prozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitals der GmbH ergibt. Der Stiftungsvorstand wird aus zwei Vertretern des Betriebs (jeweils aus dem Betriebsrat und dem Wirtschaftsausschuss) sowie drei bis fünf betriebsexterne Vertreter aus der Unternehmensumwelt gebildet. Zentral ist, dass dieser Gesellschafter nur den Auftrag zum Erhalt des Unternehmens und des Mitbestimmungsmodells hat. Er hat hingegen kein Mandat das Unternehmen z.B. zu veräußern. Dies unterscheidet diesen Eigentümer sowohl vom klassischen privaten Besitzer, als auch von den Modellen des Belegschaftseigentums, bei dem die einzelnen Mitarbeiter über individuellen Anteile verfügen. In beiden Fällen kann das Eigentum verkauft bzw. vererbt werden. Dies erhöht die Gefahr, dass neue Eigentümer wiederum reine Profitziele verfolgen und die über die gesetzlichen Mindeststandards hinausgehende demokratische Unternehmensverfassung zurücknehmen.

Zur wirtschaftlichen Situation des Unternehmens sei angemerkt, dass sich das Unternehmen als starkes mittelständisches Unternehmen im regionalen Automobilmarkt ausgezeichnet behauptet. Trotz eines harten Wettbewerbs, der das Autohaus zum Wachstum durch die Übernahme weiterer Filialen und Marken zwang, kam es nur in den konjunkturschwachen Jahren 2000 und 2004/2005 zu schlechten Betriebsergebnissen. 2007 arbeiteten dort 190 MitarbeiterInnen und 65 Auszubildende. Der Ruf des Unternehmens als Arbeitgeber ist sehr gut, die Personalfluktuationsrate extrem niedrig, die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen mit ihrem Arbeitsplatz sehr hoch.

Stellt man nun die o.g. Überlegungen zum Einfluss des Eigentumsverhältnisses und des Managements auf ein Unternehmen, auf dessen wirtschaftliche Situation und die Lage der MitarbeiterInnen in Bezug zum Modell Hopp-

mann, so lassen sich mehrere Aspekte herausarbeiten.

Den Kategorien des klassischen betriebswirtschaftlichen Ansatzes folgend, verändert sich die Rolle des Investors (Eigentümers) bei Opel Hoppmann grundlegend. Das Profitmaximierungsstreben eines privaten Eigentümers, das dieser auch unter Androhung des Kapitalabzugs durchsetzen kann, fällt nach der Übertragung des Eigentums auf die o.g. Stiftung bei Opel Hoppmann weg. Es bleibt der Druck des Wettbewerbs kosteneffizient zu wirtschaften und Gewinne zur Reproduktion des Unternehmenskapitals zu erzielen. Das grundsätzliche Motiv der beteiligten Akteure im Stiftungsvorstand, im Management und der Belegschaft ist das Unternehmen zu erhalten¹⁰. Die Eigenkapitalverzinsung und ein Mitarbeiterdarlehen gewährleisten zu diesem Zweck den notwendigen Kapitalzufluss. Das Management hat nur eingeschränkte Verfügungsgewalt über den Produktionsprozess, da der Wirtschaftsausschuss paritätisch besetzt ist. Erfolgsbeteiligung, Arbeitsteams und Wirtschaftsausschuss stärken die Teilhabe und das Vertrauen der Mitarbeiter in ihr Unternehmen, was zu einer niedrigen Personalfluktuationsrate, hoher Arbeitszufriedenheit und –motivation führt¹¹. Zwar steigen die Transaktionskosten durch aufwendigere Aushandlungsprozesse zwischen den Stakeholdern, gleichzeitig werden hier jedoch wichtige Informationen aus der Belegschaft und ihre Interessen mit berücksichtigt, was die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Entscheidungen positiv beeinflusst.

Betrachtet man den Fall Hoppmann aus Sicht der sozialistischen Kritik an den Eigentumsverhältnissen im Kapitalismus, kommt man ebenfalls zu interessanten Schlüssen.

10 vgl. weitere Fälle von Stiftungen bei Hartmut Meine/Uwe Stoffregen: Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Finanzmarktkapitalismus in „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“, Urban/Meine/Schumann (Hrsg.), VSA Verlag Hamburg 2011, S. 34/35.

11 Hartmut Wächter: „Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftsdemokratie“, S. 22 in ZfP 24 (1), 2010.

Zum Ausbeutungsaspekt lässt sich festhalten, dass der Mehrwert zwischen Belegschaft, dem Unternehmen (d.h. der GmbH) und dem Eigentümer, also der Stiftung aufgeteilt wird, die MitarbeiterInnen also einen relevanten Anteil am Mehrwert erhalten. Gleichzeitig wird durch die Stiftung jedoch das Risiko der MitarbeiterInnen auf den Erhalt ihres Arbeitsplatzs beschränkt, sie müssen also nicht noch zusätzlich mit individuellem Kapitalanteil am Unternehmen für den (Miss)erfolg des Unternehmens haften, wie dies in Unternehmen in Mitarbeiterigentum der Fall wäre¹². Diese Tatsache wird auch in der Belegschaft wahrgenommen und trägt zur Identifikation mit dem Unternehmen bei. Dies drückt sich beispielhaft in der Bemerkung eines Mitarbeiters aus, dass man für den Betrieb und eine gute Sache arbeite, und nicht für den „Porsche des Chefs“.

Die durch die Neutralisierung des Kapitals ermöglichte demokratische Beteiligung der Mitarbeiter wird über eine Fixierung im Stiftungszweck dauerhaft erhalten. Somit ist auch im Hinblick auf den Entfremdungsaspekt anzumerken, dass die MitarbeiterInnen auf die wirtschaftlichen Grundentscheidungen wie auch viele Details im Arbeitsprozess Einfluss haben, sie also stärker am „Gesamtprodukt“ des Unternehmens teilhaben können. Der „Beherrschung“ durch Eigentümer und die Geschäftsführung sind dadurch wesentliche Grenzen gesetzt.

4. Fazit

Das Modell Opel Hoppmann zeigt in beeindruckender Weise, wie Aspekte grundsätzlicher Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem pragmatisch mit der betrieblichen Realität in einer marktwirtschaftlichen Umwelt zusammengeführt werden können. Die Bewegungsgesetze des Finanzmarktkapita-

lismus, bei der die alternative Investitionsmöglichkeit die wichtigste „glaubwürdige Drohung“ ist, mit der Management und Belegschaft diszipliniert werden, greifen hier durch die Kapitalneutralisierung nicht. Diese sichert vielmehr eine paritätische Mitbestimmung, deren positive Effekte für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg umrissen wurden. Das Hoppmann-Modell kann weitere Formen kollektiver (z.B. Genossenschaften) und öffentlicher Unternehmen ergänzen, mit denen die demokratischen Gestaltung betrieblicher Prozesse realisiert werden können.

Solche betrieblichen Ansätze erfüllen ihren Zweck für eine demokratische Wirtschaftsweise nicht ohne eine makroökonomische Regulierung, da sie nur einer auf die beteiligten Akteure begrenzten Rationalität und Interessenlage folgen und öffentliche Güter wie Finanzmarktstabilität oder eine saubere Umwelt aus sich heraus nicht bereitstellen. Aber sie können dazu beitragen, die Alternative einer demokratischen Wirtschaft sichtbar und glaubwürdig zu machen. ■

¹² vgl. weitere Fälle von Belegschaftsbetrieben in: Klemisch, Sack, Ehrsam: „Betriebsübernahme durch Belegschaften“, Klaus-Novy-Institut Papers 02/10, Köln Juli 2010.

☞ Ole Erdmann ist Volkswirt, Betriebsrat und stellv. Vorsitzender der Bonner SPD.



Kinderspiel Kapitalismus: Eine konservative Redakteurin

von Gesa Rünker

Kemal genießt seinen Schweinebraten, ich stoche im Salat. Das Brauhaus füllt sich. „Wie sieht's bei Dir aus?“ fragt mich Kemal. Mein im Kinderspiel bereits bekannter Kumpel, Deutscher, mit türkischem Migrationshintergrund, ist inzwischen 42, Doktor der Kunstgeschichte und Doktor der Sozialwissenschaften, zuletzt Praktikant bei einem Bundestagsabgeordneten, vorher bei RTL, vorher „Quelle“, arbeitet wieder intensiver an seiner Promotion in Finanzwirtschaft.

„Wie soll es aussehen?“ frage ich zurück. „Mein journalistisches Selbstverständnis macht gerade einen Paradigmenwechsel durch!“ Das mit dem Paradigmenwechsel sagt sonst er immer, deshalb hält er inne im Schneiden seines Bratens: „Was ist los?“ fragt er. „Den Anstoß dazu geben unsere jungen Läuse“, hebe ich an. „Eure Jungs haben Läuse?“ fragt er und rückt von mir ab. „Ja. Wohl aus der Grundschule. Ich bin läusefrei. Das meine ich jetzt aber nicht, sondern junge KollegInnen, frisch ausgebildete JournalistInnen, aber auch solche, die sich für besonders authentisch halten, sagen, ich sei eine konservative Redakteurin!“ „Ach so!“ Er ist beruhigt, rückt seinen Stuhl wieder an den Tisch und wendet sich dem Schweinebraten zu.

„Wie kommen sie darauf?“ fragt er mit vollem Mund.

„Ich behaupte zu oft, es gäbe noch PolitikerInnen, die für ihr Geld richtig arbeiten. Wer modern sein will als Medienmacherin, muss jederzeit Institutionen wie Gewerkschaften und Parteien grundsätzlich in Frage stellen. Außerdem halte ich es für sinnvoll, Sprache vor ihrem Gebrauch auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Das gilt als politisch korrekt und

ist uncool. Wenn überhaupt irgendein Engagement zeitgemäß ist, dann der Kampf gegen den Klimawandel. Entsagung, Verzicht, Umwelt- und Tierschutz... aber ich esse Fleisch!“ „Heute ja nicht“, stellt Kemal fest, „deine nicht eben übereifrige Salatpickerei scheint mir ein Hauptgrund deiner Schlechten Laune zu sein! Ein Bier vielleicht? Dein stilles Wasser ist, glaub ich, warm geworden.“ Aber ich bin wieder bei meinem Thema: „Auch die historische Reflexion ist nicht mehr in. Das sei alles „retro“, sagen moderne Medienmacher, und wollen keine historischen Themen mehr im Programm. Das sei nicht zukunftsrelevant.“ „Dann müsstest dir ja die Neonaziaktivitäten gerade recht gekommen sein, als Beweis...“

Das kann ich nicht auf mir sitzenlassen: „Nun werd mal nicht zynisch!“ unterbreche ich ihn.

„Ja, du hast Sorgen“, Kemal wird nun ungeduldig. „Frag mal die Familien der Opfer, denen jahrelang gesagt wurde, da sei wohl das organisierte Verbrechen im Spiel gewesen. Und frag mal meinen Neffen, der hier geboren ist, nicht mehr an unseren Rechtsstaat glaubt und morgen abreist. Und hör auf mit deinem Geklammer, das so gut in eine Partei passt, die es nicht mal geschafft hat, Sarrazin konsequent rauszuschmeißen!“

Ich bin berührt und kratze mich am Kopf. Kemal sieht das: „Habe übrigens beim letzten Praktikum einen fähigen Pharmalobbyisten kennengelernt, der besorgt mir Anti-Läusezeug in Litern!“ Ich schüttle mich und bestelle ein Bier. ■

☞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Das Grünbuch der EU-Kommission zu Eurobonds

von Arne Heise



Foto: www.fotolia.com, © Calado



Die Eurozone kommt nicht zur Ruhe: Kaum sind Maßnahmen zur Aufstockung des Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfonds (ESFS) und die Konditionen für Griechenlands Beteiligung daran beschlossen, wird bereits darüber spekuliert, der ESFS könnte zu klein sein, wenn weitere EU-Staaten Hilfen benötigen. Die weiterhin hohen Risikoprämien, die Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal zahlen müssen, wenn sie sich am internationalen Kapitalmarkt verschulden wollen, zeigen ebenfalls, dass die Finanzmärkte keineswegs beruhigt sind bzw. weiterhin die Bereitschaft zur Verteidigung der Eurozone anzweifeln und entsprechend testen. Erst wenn es keine berechtigten Zweifel mehr daran gibt, dass die EU-Staaten in Solidarität zueinanderstehen, wird die Spekulation auf ein Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion (EWU) aufhören und alle EU-Länder sich wieder zu vernünftigen Konditionen verschulden können. Dazu allerdings müsste die Kakophonie der Stimmen handlungsmächtiger Akteure innerhalb von EU-Regierungen bzw. Regierungsparteien aufhören, die offen über

den Ausschluss einzelner Länder aus der EWU nachdenken und zumindest die Solidaritätsbereitschaft innerhalb der Eurozone klar begrenzen wollen.

Das EU-Grünbuch ‚Über die Durchführbarkeit der Ausgabe von Stabilitätsbonds‘

Vor diesem Hintergrund, also der einzigen Chance zur Überwindung der Eurokrise mittels glaubwürdiger Solidarität, schlägt nun die EU-Kommission in ihrem neuesten Grünbuch die Ausgabe von Eurobonds vor, die sie ‚Stabilitätsbonds‘ nennt. Merkmal dieser Stabilitätsbonds ist die Haftung mehrerer oder aller Staaten der Eurozone, womit einerseits eine starke Konvergenz der Risikoprämien aller beteiligten Länder auf dem durchschnittlichen oder einem gewichteten Risikoniveau (je nach Ausgestaltung) zu erwarten wäre, andererseits aber auch ein Anreiz zu unsolidem Haushalten (Moral Hazard) gegeben wird.

Die EU-Kommission schlägt 3 verschiedene Varianten vor: In der **ersten Variante**

werden alle Schulden in der Eurozone vergemeinschaftet, indem alle EWU-Mitgliedsländer ihre nationalen Schuldverschreibungen in Stabilitätsbonds umtauschen, für die mehrere oder gar alle EWU-Mitgliedsländer gemeinsam haften. Künftig würden alle weiteren Schulden – entweder durch eine EU-Institution oder die nationalen Finanz- bzw. Vermögensbehörden – in Form der Stabilitätsbonds ausgegeben. Es wird erwartet, dass sich in dieser Variante die Risikoprämie auf ein gewichtetes Durchschnittsniveau aller Länder der Eurozone einpendeln wird – was offensichtlich jenen Ländern zu Gute kommt, die gegenwärtig überdurchschnittliche bzw. exorbitant hohe Zinssätze zahlen müssen. Andererseits müssten die Länder mit überdurchschnittlicher Bonität – wie z.B. Deutschland – höhere Zinssätze und damit eine höhere Zinslastquote und geringere Handlungsspielräume hinnehmen. Da diese Variante ein gewichtiger Schritt in Richtung einer Fiskalunion wäre, müsste natürlich auch die Koordinierung der Haushaltspolitik weiter fortschreiten. Die EU-Kommission betont deshalb, dass Variante 1 nur mit starker Einschränkung der nationalen Handlungsspielräume vorstellbar wäre, da sich ansonsten alle beteiligten Regierungen misstrauen und ein solcher Vorschlag politisch kaum umsetzbar wäre. Klar ist, dass ‚Koordinierung‘ in diesem Zusammenhang immer nur ‚Restriktion‘ in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts bzw. einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild impliziert – was eine gestaltende Finanzpolitik jenseits des Krisenvorbereitungsparadigmas institutionell verunmöglicht. Klar ist auch, dass diese Variante eine Änderung der Europäischen Verträge voraussetzt, was einen längeren Prozess erfordert und deshalb kaum als kurzfristige Lösung der Eurokrise erscheint.

In der **2. Variante** werden nationale Schuldverschreibungen in Stabilitätsbonds nur bis zu einer vorher festgelegten Grenze der Schuldenstandsquote – z.B. die im Sta-

ilitäts- und Wachstumspakt (SWP) festgelegten 60 Prozent des BIP – umgewandelt. Alle darüber hinausgehenden Schulden müssten weiterhin als nationale Schuldverschreibungen ohne gemeinschaftliche Haftung auf den internationalen Finanzmärkten aufgenommen werden. Es ist offensichtlich, dass nun das ‚Moral Hazard‘-Problem wesentlich geringer ist, weil die Gemeinschaftshaftung an Grenzen gebunden ist und darüber hinaus wieder die nationale Haftung mit entsprechend nationalen Risikoprämien zum tragen käme – und bei einer Haushaltspolitik jenseits der europäischen Koordinierungsvorgaben (z.B. des SWP) könnte als Bestrafung die festgelegte Grenze der Gemeinschaftshaftung sogar reduziert und damit die Sanktionswirkung des SWP erhöht werden. Andererseits dürfte diese Variante aber jenen Ländern kaum helfen, die bereits heute auf ‚Eurobonds‘ des ESFS zurückgreifen müssen: Griechenland beispielsweise wird Ende 2011 eine Schuldenstandsquote von etwa 160 Prozent des BIP aufweisen. Selbst wenn durch die Stabilitätsbonds die eigenverantwortliche Schuldenstandsquote auf etwa 100 Prozent des BIP zurückgehen würde, würde dies die Risikoprämie Griechenlands kaum auf ein Maß reduzieren, dass von Griechenland nachhaltig getragen werden könnte.

Die **3. Variante** der Stabilitätsbonds verabschiedet sich von der Gemeinschaftshaftung und ersetzt sie durch die gemeinsame Haftung mehrerer Länder nach einem vorher festgelegten Haftungsschlüssel. Abhängig davon, ob diese Stabilitätsbonds Haftungspriorität vor nationalen Schuldverschreibungen haben oder vielleicht durch weitere Sicherheiten unterlegt werden (z.B. Goldbestände), sinkt die Risikoprämie auf das durchschnittliche Risikoniveau der haftenden Länder oder nur auf das Niveau des haftenden Landes mit dem höchsten Risiko. Andererseits wäre das Moral Hazard-Risiko gering, da die Haftungsübernahme nicht au-

tomatisch erfolgt, sondern an feste Konditionen gebunden wird. Im Grunde können die vom ESFS bzw. dem später zu schaffenden Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ausgegebenen Schuldverschreibungen als Stabilitätsbonds nach Variante 3 angesehen werden – es zeigt sich, dass diese Variante sehr viel schneller – ohne Vertragsänderungen – umgesetzt werden kann bzw. eigentlich bereits heute verwendet wird.

Der Vorschlag des Sachverständigenrats

Auch der deutsche Sachverständigenrat (SVR) hat sich mit der Eurokrise und der Notwendigkeit befasst, die internationalen Finanzmärkte mit Blick auf die Zahlungsfähigkeit von Mitgliedsländern der Eurozone zu beruhigen. Anders als die EU-Kommission in Variante 2 wird hier aber die Vergemeinschaftung aller nationalen Schulden vorgeschlagen, die über die im SWP genannte Verschuldungsgrenze von 60 Prozent des BIP hinausgehen. Gekoppelt wird diese Schuldenvergemeinschaftung an einen verbindlichen Rückzahlungsplan, der einen Zeithorizont von 2-3 Dekaden haben kann. Dieser Vorschlag umgeht einerseits das angesprochene Problem der Variante 2 des EU-Grünbuchs, indem es effektiver die hohen Risikoprämien der ‚Problemländer‘ in der Eurozone reduzieren würde. Andererseits ist es kein dauerhafter Governance-Mechanismus, sondern ausschließlich auf die gegenwärtige Krise bezogen.

Eine kurze Bewertung

Ohne glaubwürdige Signale an die internationalen Finanzmärkte, dass die EU unter allen Umständen bereit ist, die Zahlungsfähigkeit seiner Mitgliedsstaaten zu erhalten und die Europäische Währungsunion zu verteidigen, wird die Eurokrise nicht zu überwinden sein. Nach der Kakophonie der politischen Stimmen dürften nur Taten diese Glaubwürdigkeit wiederherstellen. Die Vor-

schläge der EU-Kommission greifen diesen Tatbestand auf und gehen deshalb grundsätzlich in die richtige Richtung.

Alle Euro- oder Stabilitätsbonds-Modelle, die eine Gesamthaftung beinhalten – die Kommissionsvarianten 1 und 2 und der Vorschlag des SVR – leiden allerdings unter dem Problem, dass es zu einer effektiven Belastung jener Mitgliedsländer kommt, die von den Märkten als unterdurchschnittliches Risiko betrachtet werden. Ist dieser Umstand tatsächlich das Verdienst (der Regierungen) der entsprechenden Länder, wäre die in den Euro- bzw. Stabilitätsbonds enthaltene Bestrafung kaum zu rechtfertigen. Tatsächlich aber ist die Bildung der Risikoprämien an den internationalen Finanzmärkten nur schwer nachvollziehbar – die exorbitant hohe griechische Risikoprämie dürfte sich zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der Unsicherheit über das Fortbestehen der EWU (ein Gemeinschaftskostenanteil) erklären, wie die niedrige und in den letzten Jahren sogar noch gesunkene Risikoprämie Deutschlands auch darauf zurückzuführen ist, dass verunsicherte Anleger ‚sichere Häfen‘ suchen und somit der deutsche Finanzminister sogar noch von der Eurokrise profitiert. Dennoch lässt sich natürlich nicht bestreiten, dass unterschiedlich solide öffentliche Haushaltsführungen auch zu einer Differenzierung in den Risikoprämien führen sollen, die durch Euro- oder Stabilitätsbonds leicht eingegeben werden können. Die Rechtfertigung gesamthaftender Stabilitätsbonds hängt deshalb von möglichen Alternativen ab: Das Auseinanderbrechen der Eurozone ist sicher keine akzeptable Alternative, die Nutzung von Eurobonds ohne Gesamthaftung oder auch die Finanzierung öffentlicher Defizite über die Europäische Zentralbank müssten sicher noch eingehender geprüft werden. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

Auf ein Neues

2012 – ein neues Jahr steht vor der Tür, ein altes geht zu Ende. Noch ist ungewiss, was uns erwartet. Und die Auguren unserer Zeit tun sich schwer in diesem Jahr mit ihren Prognosen. Wirtschaftsexperten und Rating-Agenturen – die Priester der vergangenen Dekaden – wechseln nahezu täglich ihre Einschätzung: Bleibt die wirtschaftliche Lage stabil? Droht dem Euro im zehnten Jahr seines Bestehens das Aus? Schafft Deutschland die Energiewende oder kommt es zu einem gigantischen Black-out? Gelingt es Rechtspopulisten und Rechtsextremen sich auch in Deutschland (wieder) in der Mitte der Gesellschaft zu verankern? Bleiben vom arabischen Frühling nicht mehr als sich freiwillig islamisierende Staaten ohne echte Demokratie?

Es ist daher nicht leicht, in diesen Tagen selbst die Orientierung zu behalten. Denn für die Mehrheit von uns liegt der Ausgang der aufgeworfenen Fragen außerhalb unseres Einflusses. Wie bewahrt man sich daher selbst vor Fatalismus und Zynismus? Wie wirbt man für demokratische Mitbestimmung angesichts des Zick-Zack-Kurses der Bundesregierung und dem fehlenden Orientierungsangebot der Parteien? Sicher ist, die Last des Erbes verfehlter vorangegangener Politikentscheidungen bleibt nicht im alten Jahr zurück. Die schleppen wir mit ins neue Jahr. Was also tun? Einstimmen in die Cassandra-Rufe vom Ende der Demokratie? Einreihen in eine „zurück-zu“ und „nein-zu“-Politik der populistischen Besitzstandswahrer?

Ich will nicht verhehlen, dass die morgendliche Zeitungslektüre in den letzten Wochen weniger meine Kampfeslust als meine Resig-

nation genährt hat. Und ich war nicht allein. In Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, mit Familie und Freunden, aber auch in der Partei überwog die Ratslosigkeit über den richtigen Weg und die notwendigen Schritte, um einen Zerfall Europas abzuwenden und die richtigen Weichen für eine sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Politik.

Doch allem Frust zum Trotz können wir es uns nicht so leicht machen. Mit unseren Werten als Kompass gilt es den Kurs immer wieder neu vermessen. Hierzu haben wir erste Schritte mit den jüngsten Debatten unternommen, aber es bleibt noch ein langer Weg. Denn nicht allein die richtigen Antworten führen uns ans Ziel, sondern es muss uns gelingen, gesellschaftliche Mehrheiten für unseren Kurs zu gewinnen. Die Bedingungen hierfür sind eigentlich nicht schlecht. Der Glaube an die Kraft der Märkte ist gebrochen und der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit und Solidarität groß. Die UN hat 2012 als internationale Jahr der Genossenschaften ausgerufen. Es wirkt fast wie ein Wink des Schicksals, wie eine unterbewusste Antwort auf die Notwendigkeit, den Finanzmarktkapitalismus zu bändigen. Diese solidarische Form des Wirtschaftens sollte daher nicht nur als Modell in weniger entwickelten Volkswirtschaften gesehen werden, sondern auch als Hinweis auf die Lösung der Krise im gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum.

Und deshalb ist der Jahreswechsel für mich doch Anlass zu hoffen, dass ein neuer Anfang gelingen möge. Venceremos! ■

☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

Frauen chatten – Männer spielen? Gleichstellung in der digitalen Gesellschaft

von Pascal Geissler und Katharina Oerder

Foto: www.fotolia.com, © Julien Eichinger



Das Internet und die Herausbildung einer digitalen Gesellschaft bieten jede Menge Stoff für Utopien, positive Hoffnungen und Perspektiven für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Im Internet scheinen viele der Hürden, die gesellschaftlich die Gleichstellung der Geschlechter weiter behindern, nicht zu existieren. Der Idee nach, ist das Geschlecht bei Usern nicht auf den ersten Blick sichtbar, Stereotypen kann so aus dem Weg gegangen werden. Das Internet ist jederzeit nutzbar und kann so Problematiken der Anwesenheitskultur, die noch immer dem Fortkommen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenstehen, entgegen.

Die (technischen) Voraussetzungen digitaler Kommunikation scheinen zumindest eine echte Gleichstellung möglich zu machen. Leider wird diese Vorstellung bei einem Blick in die Realität herbe enttäuscht. Die Geschlechterungleichheit reproduziert sich auch im Internet.

Das Netz ist zugleich öffentlich und privat. Öffentlich, weil jedeR, der oder die eine Meinung äußert, Inhalte anbietet oder Angebote konsumieren will, dies tun kann. JedeR MediennutzerIn kann zugleich auch MedienproduzentIn sein. Meinungen können in Blogs veröffentlicht werden und müssen keine institutionalisierten Veröffentlichungshürden wie Verlage oder Redaktionen überspringen. NutzerInnen können Angebote nach ihrem Gusto ganz individuell zusammenstellen und müssen nicht auf vorgefertigte Angebotspakete zurückgreifen. Privat, weil jedeR sein kann, wer oder was er möchte. Niemand ist verpflichtet seinen Namen oder sein Geschlecht preis zu geben, um Inhalte anzubieten oder zu nutzen.

Ein männliches Netz

Wie sieht die Verteilung der Geschlechter im Netz aus? Hier sollte zwischen verschiedenen Verwendungstypen unterschieden und zwischen Angebot und Nutzung getrennt wer-

den. In Sachen Netznutzung selbst sind keine gravierenden Geschlechterunterschiede mehr festzustellen. Einzig in der Altersgruppe ab 65 Jahren sind Frauen mit knapp 27 Prozent verglichen mit 45 Prozent der Männer (mindestens einmalige Nutzung) noch signifikant unterrepräsentiert. In allen anderen Altersgruppen befindet sich die Nutzung von Internetangeboten auf nahezu identischem, hohem Niveau von über 90 Prozent¹. Klar ist auch, dass die Internet-Nutzung beider Geschlechter seit Jahren kontinuierlich steigt².

Unterschiede lassen sich allerdings in der Art und Weise ausmachen, wozu das Internet genutzt wird. In der JIM-Studie wird zwar nur die Altersgruppe der 12-19-jährigen befragt, ihre Ergebnisse sind aber frappierend. Während bei der Informationssuche via Internet und der Nutzung von Unterhaltungsangeboten (z.B. YouTube) keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen sind, nutzen Jungen das Internet zu 25 Prozent zum „Spielen“ (Mädchen nur 6 Prozent). Wesentlich intensiver nutzen Mädchen (54 Prozent) das Internet zur „Kommunikation“ (Jungen nur 39 Prozent)³. Unterschiedliches Nutzungsverhalten lässt sich nun vermutlich sehr leicht über gesellschaftliche Rollenerwartungen und der Reproduktion solcher Stereotype in Erziehung und Bildung erklären. Das heißt aber, das Netz nivelliert geschlechtliche Unterschiede nicht per se, sondern manifestiert, ja verstärkt diese unter Umständen sogar.

Neben der reinen Nutzung des Internets in einem Konsum-Sinne ist aber die Frage des Angebots im Internet von besonderem Interesse. Das gesellschaftlich so revolutionäre Moment ist ja gerade, dass jeder Angebote im Internet bereit stellen kann, die die Muster der etablierten Informationsanbieter (Tageszeitung

oder Nachrichtenprogramme) zwar imitieren, aber ohne deren Hierarchien wie Redaktionen, Ressortleitern etc. auskommen. Dieser Zustand löst bei den Einen große Begeisterung aus, für Andere ist er der GAU. An dieser Stelle können mit Blogs und Wikipedia nur zwei Indikatoren heran gezogen werden, die aber auf einen zentralen Unterschied hinweisen. Blogs sind der Prototyp der Möglichkeit ein eigenes Informationsangebot zu schaffen. Durch die oben beschriebene Privatheit kann nur bei einem Teil der Blogs genau überprüft werden, welches Geschlecht dahinter steckt. Allerdings fällt bei diesen dann auf, dass im Bereich der Erwachsenen Männer die deutlich größere Gruppe (63 Prozent) stellen. Dies ist umso überraschender, weil bei der Gruppe der Heranwachsenden es die Mädchen sind, die die Mehrheit (58 Prozent) der Blogs anbieten. Junge Frauen betreiben dabei überdurchschnittlich viele Blogs im Tagebuch-Stil, während erwachsene Männer überdurchschnittlich viele Spezialthemen-Blogs betreiben⁴. Erweitert man die Perspektive auf eines der bekanntesten Online-Angebote, die Wikipedia, wird das Gender-Gap überdeutlich. Nur 6 Prozent der aktiven AutorInnen in der Online-Enzyklopädie sind weiblich⁵. Den Autoren von Wikipedia ist dies zwar einerseits bewusst, in einem gewissen Post-Gender-Verständnis wird dies jedoch nicht als Problem wahrgenommen. Autorinnen und geschlechtersensible Autoren selbst berichten von einer ablehnenden Haltung vieler Wikipedia-Autoren gegenüber Geschlechterfragen und denen, die sie thematisieren, welche an Mobbing grenze. Immer wieder berichten Frauen, die für Wikipedia schreiben, von frauenfeindlichen Beschimpfungen und Hass-Tiraden.

Eine letzte Anmerkung zur Geschlechterungleichheit im Netz sei aus alltagsempi-

1 Statistisches Bundesamt 2010: Fachserie 15, Reihe 4.

2 (N)Online Atlas 2011; Nutzung und Nichtnutzung des Internets und regionale Verteilung, S.15; www.nonliner-atlas.de

3 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest: JIM-Studie 2010. Jugend, Information, (Multi)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12-19-Jähriger.

4 Herring, S. C. / Scheidt, L. A. / Bonus, S. / Wright, E. 2008: Bridging the Gap: A Genre Analysis of Weblogs. Proceedings of the 37th Annual Hawaii International Conference on System Sciences; <http://doi.ieeecomputersociety.org/10.1109/HICSS.2004.1265271>

5 Merz, M. & Döring, N. 2010: Aktive Beteiligung an Wikipedia aus sozial-kognitiver Perspektive; 47. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Bremen, 26.-30. September 2010; <http://www.purl.org/merz/20100926>

rischer Perspektive erlaubt. Betrachtet man, wer eigentlich *über* das (und nicht im) Internet redet und diskutiert, trifft man fast ausschließlich auf Männer. Auf Kongressen, Konferenzen oder Barcamps dominieren Männer sämtliche Podien. Frauen sieht man nur selten oder allenfalls als Moderatorinnen für Diskussionsrunden von Männern. Diese Situation ist sicher eine Konsequenz aus der Internet-Dominanz der Männer, denn natürlich liegt es nahe, diejenigen offline diskutieren zu lassen, die auch online besonders prominent sind. Systematisches Handeln gegen diese Situation läuft selbst bei denen, die die Situation erkennen, so lange ins Leere, wie auf Anbieterseite kaum Frauen zu finden sind. Zu dieser Situation gibt es allerdings eine interessante Gegenentwicklung. Unter dem Schlagwort „Netzfeminismus“ formieren sich eine Reihe von Aktivistinnen und Blogs, die das Netz als neues Instrument der Organisation des Feminismus und als Medium entdeckt haben, mit dem tatsächlich hierarchiefrei auf Alltagsdiskriminierung und Ungerechtigkeiten hingewiesen werden kann. Der Blog netzfeminismus.org listet beispielsweise viele feministische und netzfeministische Seiten auf und weist auf Veranstaltungen und aktuelle Themen hin.

Diese werden allerdings genau durch jene jungen Frauen dominiert, die sich, gut ausgebildet, auch offline lauthals – und selbstverständlich zu recht – für ihre Belange einsetzen können.

Das Netz als Spiegel gesellschaftlicher Probleme

Auf der Suche nach den Ursachen für die auch im Netz festzustellende Geschlechterungleichheit sind passende Antworten schwierig. Von der technischen Seite her sind im Netz alle Voraussetzungen gegeben, die Idee hierarchie- und damit diskriminierungsfreier Kommunikation zu verwirklichen. Allerdings ist diese theoretische Annahme nur

zwingend, wenn man dem Irrtum folgt, das Netz als eigene gesellschaftliche Sphäre zu betrachten. Viel zitierte Begriffe wie ‚Netzcommunity‘ oder einer ‚digitalen Parallelwelt‘, die in einigen Fällen sogar die Flucht aus der vermeintlich realen Welt ermöglichen, sind gravierende Fehleinschätzungen des Status, den das Internet in der modernen Gesellschaft hat. Die moderne Gesellschaft ist eine von der Digitalisierung und mit allgegenwärtiger Kommunikations- und Informationstechnologie durchdrungene Gesellschaft. Smartphones ermöglichen unabhängig von Zeit und Ort online zu sein, die moderne Arbeitswelt kommt ohne digitale Technologien nicht mehr aus und selbst vermeintlich wenig technisierbare Berufe setzen verstärkt auf digitale Hilfsmittel, z.B. bei Fragen der Arbeitsorganisation. Schulische und universitäre Bildung ist ohne den Zugang zu digitalen Ressourcen nicht mehr denkbar und die ‚neue Öffentlichkeit‘ von Politik ist eine Fortschreibung der klassischen politischen Öffentlichkeit mit anderen Mitteln. Die moderne Gesellschaft ist digital und Probleme, die die Gesellschaft hat, werden im Netz reproduziert, möglicherweise verstärkt, in jedem Fall aber einer neuen Beobachtungsdimension zugänglich. Die Geschlechterungleichheit in der digitalen Sphäre ist entsprechend kein neues Problem, sondern ein altes Problem in neuen Gewändern.

Ursachen

Statistiken zeigen die hohe Durchsetzung des Internets, unabhängig vom Geschlecht. Nach diesen Analysen ist nicht davon auszugehen, dass Frauen keinen Zugang zum Internet haben, warum stellen sich die Nutzungsanalysen sowie anekdotische Evidenz dann so ganz anders dar?

Ein Problem lässt sich sicherlich in der Erhebungsweise des statistischen Bundesamtes ausmachen. Danach zu fragen wer jemals mit dem Internet in Berührung ge-

kommen ist, bzw. als Advanced-Nutzer beschrieben zu werden, wer innerhalb der letzten drei Monate Kontakt mit dem Internet hatte, stellt sicherlich keine sinnvolle Kategorie in der Frage der Internet-Nutzung, wie die ‚Netzcommunity‘ sie versteht, dar. Wichtig ist es hierbei, stets aktuell zu sein, häufig zu schreiben, zu posten oder zu twittern um die richtige „Street-Cred“ zu bekommen und mitreden zu können⁶.

Hier setzt sicherlich eine große Hürde für Frauen an. Alle Studien zeigen, dass sich gerade in der Lebensphase, in der sich ExpertInnenwissen zu einem Thema entwickelt, Frauen von der „Rush-Hour“ des Lebens besonders betroffen sind. Frauen haben schlichtweg statistisch gesehen weniger Freizeit als Männer. Um es einfach und zugespitzt zu sagen: während die Frau den Haushalt macht und die Kinder ins Bett bringt, sitzt der Mann am heimischen PC und surft durch das Netz. Die von der Idee her aufgehobene örtliche Anwesenheitskultur des Arbeitsmarktes entwickelt sich im Netz zu einer zeitlichen Anwesenheitskultur. Wer nicht innerhalb von drei bis vier Stunden postet ist „raus“.

Auch die Intensität des Kontaktes mit Technik, Computern und Internet wird noch immer viel über den Arbeitsplatz geregelt. Typisch weibliche Berufe kommen häufig mit weniger Computer- und Internetkontakt aus, als typisch männliche. Und solange noch immer nur knapp über 60 Prozent aller Frauen in Deutschland überhaupt erwerbstätig sind, lässt sich eine Auflösung des Gender-Gaps mit Blick auf Repräsentativität im Internet kaum herstellen.

Technikaffinität von Männern und die ihnen in diesem Zusammenhang größere Kompetenzzuschreibung, die Pflege weniger ein-

zelgängerischer Hobbys von Frauen sowie ein noch immer häufig fehlendes Sendungsbewusstsein von Frauen (wer im Internet seine Meinung verbreitet muss der Überzeugung sein, diese sei es Wert gehört zu werden) tragen ihr übriges zur Festschreibung tradierter Rollenbilder bei.

Bei der Betrachtung des Internets ist es wichtig, sich klar zu machen, dass es nicht mehr ist, als es eben ist. Gesellschaftliche Probleme können verstärkt oder abgeschwächt werden, sich jedoch nicht völlig verändern. Das Internet ist ein Spiegel unserer Gesellschaft, die Hoffnung, dass sich dort Probleme lösen lassen, die wir seit Jahrhunderten offline nicht in den Griff bekommen wäre ebenso fatal wie der Glaube, es würden sich völlig neue, von der offline-Welt losgelöste Problemlagen entwickeln. Gerade Wissensplattformen wie Wikipedia sind in fester Männerhand. Wikipedia repräsentiert das Wissen unserer Gesellschaft, und dieses wird von jungen, weißen Männern dominiert.

Das Internet spiegelt Geschlechterdifferenzen der Gesellschaft wider. Es verstärkt sie an manchen Stellen, es schwächt sie ab an anderen. Aber es löst sie nicht auf. ■

⁶ Entsprechend fällt auf, dass unterschiedliche Studien teilweise zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Der (N)Onliner-Atlas weist z.B. eine 10 Prozent-Lücke bei der geschlechterspezifischen Internetnutzung auf, die in der Erhebung des Statistischen Bundesamts nicht auszumachen ist.

☞ Pascal Geissler promoviert in Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW.

☞ Katharina Oerder promoviert in Psychologie an der Universität Bonn und ist stellv. Juso-Bundesvorsitzende.

Nach Links gerückt

– Das Erfurter Programm der LINKEN

von Gerry Woop

Nach den ersten programmatischen Eckpunkten 2007 hat sich die LINKE im Oktober dieses Jahres mit dem Erfurter Programm ihr erstes umfassendes Grundsatzprogramm gegeben. Fragen eines lesenden Arbeiters sind auf das Cover des Programmes gedruckt. Übrigens ist schon das ein Kompromiss zwischen Direktdruck in den Programmtext und anderen oder keinem Zitat. Das „Lob des Kommunismus“ hat niemand vorgeschlagen. Der ausgewählte Brecht-Text ist künstlerischer Ausdruck einer Kritik an Herrschenden, die auf das Werk der sogenannten einfachen Leute angewiesen sind. Geschichtsschreibung verdeckt dies. Die Zitat-Auswahl soll den Gestus der Linken anzeigen, es geht um die Vertretung der Entrechteten, die in Wirklichkeit Geschichte machen. Aber das Zwei-Seiten-Bild ist auch ein Zeichen dafür, dass die LINKE genau auf die Zuspitzung und die einfachen Weltbilder zielt, um Profil zu gewinnen. Nicht zu Unrecht wird das Programm als antikapitalistisch bezeichnet. Das manichäische Herangehen durchzieht das gesamte Programm: Oben-Unten, Gut-Böse, Kapitalismus-Sozialismus, das sind die Grundkonstruktionen. Insofern ist das Programm nicht nur kapitalismuskritisch, sondern wirklich systemüberwindend im antikapitalistischen Sinne gedacht. Ein in der Finanzmarktkrise an Bedeutung zunehmender diffuser und zuweilen fundamentaler Antikapitalismus ist die einigende Klammer für die breite Mitgliedschaft. Zugleich stehen zahlreiche transformatorische Ansätze unvermittelt daneben. Manche Juso werden auch an die früheren Debatten über systemüberwindende oder systemerhaltende Reformen erinnert werden – und auch an deren wenig produktive Wirkung. Das Programm ist Ausdruck der spezifischen pluralen Situation der Partei. Vier Jahre nach der Gründung wurden die programmatischen Eckpunkte mit

noch offenen Fragen durch dieses Programm ersetzt, aber der Fusionsprozess ist ins Stocken gekommen und nicht vollendet – das spiegelt sich auch in der aktuellen Programmatik wider.

Erfurter Tradition

Das Nebeneinander von Antikapitalismus und Transformationsansätzen, von Fundamentalkritiken und Reformprojekten erinnert ebenso an das geschichtsträchtige Stichwort Erfurter Programm wie das Durchsetzen der eher klassischen, marxistisch geprägten Sichtweisen, zumindest mehrheitlich. Ein Linksruck und dazu einige Reformprojekte lassen durchaus Assoziationen an das SPD-Programm von 1891 aufkommen. Übrigens wurden dessen Forderungen zu Wahlrecht und Acht-Stunden-Tag letztlich erreicht. Ironisch müsste eingewandt werden, dass entgegen dem damaligen Ausschluss der SPD-internen Opposition aus Gewerkschaftern und radikaleren Jungen im aktuellen Fall sich ein Bündnis aus Radikallinken und Gewerkschaftern durchgesetzt hat und nur im Interesse der Stabilität der Partei Spielräume für den breit verstandenen Reformflügel zuließ.

Eigentum als Kern

Der zentrale Gedanke des Erfurter LINKE-Programms ist die Eigentumsfrage als Machtfrage und Hebel zur gesellschaftlichen Veränderung. Es wurden Traditionslinien aufgenommen, die vor allem mehr Belegschaftseigentum fordern. Vergesellschaftung von Unternehmen in zentralen Bereichen der Wirtschaft soll je nach demokratischem Diskursergebnis Umwandlung in Staats-, kommunales oder Belegschaftseigentum bedeuten. Obwohl mit Verweis auf die schlechten Erfahrungen der Geschichte all-

umfassendes Staatseigentum abgelehnt wird, scheint die Liste der Vergesellschaftungsbereiche schier grenzenlos. Neben Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Gesundheit, Kultur und Sport sind Energiewirtschaft, Finanzinstitutionen und strukturbestimmende Großbetriebe genannt. Das Wort „strukturbestimmend“ dürfte dehnbar sein. Auch die unterschiedlichen Erfahrungen zwischen Energiesektor und Telekommunikationsbereich sind so nicht erfasst. Leider konnten zu diesem in der Tat bei Abgrenzungen schwierigen und zugleich sehr wichtigen Bereich keine tiefer gehenden Debatten auf dem Parteitag geführt werden. Aber auch der Reformerflügel hat kaum überzeugende Alternativkonzepte hierzu vorgelegt. Die LINKE steht im Bankensektor für ein Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatlichen Großbanken. Hier muss sicher noch untersetzt werden, wie dies mit dem internationalen Rahmen sowie den Erfahrungen der Landesbanken in Einklang zu bringen ist und wie die Abgrenzung zwischen Großbanken und kleineren privaten erfolgt. Auch steht die Frage, wie die weitreichenden Vorstellungen zur Mitbestimmung etwa durch Abstimmungen im Falle von Massenentlassungen oder gar Betriebsschließungen realistisch in einem Marktsystem umzusetzen sind. Natürlich sollen die Solidarökonomie sowie kleine und mittlere Unternehmer als wichtige Wirtschaftsfaktoren unterstützt werden. Insgesamt wird hier deutlich, was kürzlich Michael Wendl enttäuscht kritisierte: dass die politische Linke trotz Anwendung keynesianischer Methoden keine ökonomische Theorie auf der Höhe der Zeit besitzt. Letztlich geht es um moderne Formen der Regulation des Marktgeschehens unter internationalen Rahmenbedingungen, mit begrenzten politischen Instrumenten und doch zielend auf Innovation, Sozial- und Umweltstandards.

Traditionelle Begriffe und Reformprojekte

Der Text nutzt traditionelle Begriffe und Gedankengebäude. So wird die Vielschichtigkeit der sozialen Strukturen der Gegenwart

bewusst in einem Abschnitt zur Klassengesellschaft Deutschland beschrieben. Dort sind die Veränderungen bei Arbeitsinhalten, bei der Eigenverantwortung in den Tätigkeiten und bei der Ausdifferenzierung nach Dienstleistungsbereichen, KMU und Arbeitszeit zwar angesprochen, werden jedoch zugleich in den Grundwiderspruch zwischen Kapital und lohnabhängiger Arbeit der Bevölkerungsmehrheit einsortiert. Der Erwähnung der Zusatzunterdrückung von Frauen durch patriarchale Strukturen folgt dann doch die Behauptung einer gemeinsamen Klassenlage, dessen Bewusstsein jedoch durch die Differenziertheit der Lebensverhältnisse erschwert wird.

Ähnlich traditionell wurde der Imperialismusbegriff aufgegriffen und zur vergrößerten Analyse der Weltsituation genutzt. Mit dem Zusammenhang von Imperialismus und Krieg wird der Zugriff kapitalistischer Staaten auf Ressourcen und Kapitalverwertungsinteressen erörtert. Alles in allem sind die Begrifflichkeiten zum einen für ein spezifisches linkes Publikum mit Wiedererkennungswert versehen und sie dienen zum anderen als ideologische Randmarken für die nach weit links gerückte LINKE.

Im Kapitel zu den Reformprojekten werden zahlreiche politische Positionen zu notwendigen Veränderungen formuliert, die auch gesellschaftliche und mitte-linke Anknüpfungspunkte darstellen. So sind die Ziele von Arbeitszeitverkürzung, von Mindestlöhnen, guter Arbeit, aktiver Industriepolitik, Infrastrukturpolitik und Lohnpolitik mit Effekten für die Binnennachfrage ebenso enthalten wie Ideen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, zur Umverteilung durch gerechte Steuern, Alterssicherung, eine solidarische Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege, inklusive Schulen oder ökologischer Umbau mit reduzierten Stoffumsätzen.

Kompromisscharakter

Die Debatte zum Programm war zunächst von großen Schwierigkeiten geprägt, einen

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
128 Seiten, 9,50 €
Jahresabo: 48,00 €
Ermäßigt: 32,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

Erfurter Programme

Nachdenken anlässlich des 120. Jahrestags des Erfurter Programms der SPD **Robert Steigerwald** | Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der Linken **Klaus Höpcke** | Zu programmatischen Grundlagen der SED **Eckhard Trümpler** Grundpositionen des Erfurter Programms und die programmatische Debatte in der DKP **Nina Hager** | Das Erfurter Programm **1891** Notizen über Erfurt **2011** **Gerd Deumlich** | Die Einschätzung der kommunistischen Plattform über Erfurt **Ellen Brombacher**

Weitere Themen: Die Krise in Griechenland und die KKE (Giorgos Marinou), Die Protestbewegung in Israel (Moshe Zuckermann), 10 Jahre Krieg in Afghanistan (Ernst Woit, Peter Strutyński, Matin Baraki), Struktur der herrschenden Klasse (Beate Landefeld), Tendenzen der internationalen Entwicklung (Anton Latzo)

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

Kompromiss in der Programmkommission auszuhandeln. Dem folgte nach Vorstellung im März 2010 der Ruf des Gewerkschaftslagers wie der Radikallinken, dass der wunderbare Erstentwurf, der „Lafontaine-Entwurf“, in seinem antikapitalistischen Grundcharakter möglichst keiner Korrektur bedürfte. Aus dem Ringen um einen Zweitentwurf oder um das Maß an möglichen Veränderungen wurde überraschenderweise doch noch eine breite Parteidiskussion, an deren Ende zahlreiche Änderungswünsche standen, die zu einem relevant veränderten Leitantrage für den Parteitag wurden. Zu diesem lagen wiederum 1.400 Änderungsanträge vor, die sich zu großen Teilen auf zentrale Streitpunkte, den Arbeitsbegriff (Arbeitswelt jenseits der Industriebetriebe), die spezielle 4-1-Perspektive (Bedeutung der Erwerbsarbeit neben Reproduktionsarbeit, Freizeit und Ehrenamt), Friedenspolitik und Regierungsfrage orientierten. Die schwierige politische und Umfragesituation der LINKEN durch das Jahr 2011 hat wesentlich dazu beigetragen, dass diszipliniert an einem stabilisierenden Programmkompromiss gearbeitet wurde. Besonders Klaus Ernst hat hier versucht, die beiden (dabei differenzierten) Grundrichtungen personifiziert durch Sahra Wagenknecht, Ralf Krämer auf der einen und Matthias Höhn und Katja Kipping auf der anderen Seite zusammenzubringen. Die in dieser Gruppe im harten Ringen ernsthaft gesuchten und gefundenen Kompromisse wurden im Grunde durch den Parteivorstand bestätigt und auch so durch den Parteitag gebracht.

Neben wichtigen Ergänzungen im Vergleich zum Ursprungsentwurf zur Aufnahme der digitalen Welt und einiger Demokratisierungsfragen erreichten die Gliederungen vor allem der östlichen Landesverbände und das Reformerlager einschließlich Realoströmung fds einige wichtige Textteile im Programm. In der Präambel wurde zum heiß umstrittenen Thema Nahost-Konflikt – zu erinnern ist dabei an die sogenannte Antisemitismusdebatte vom Frühjahr – eine klare Formulierung zum

Existenzrecht Israels und zur Zwei-Staaten-Lösung gefunden. Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor – vom Landesverband NRW vehement abgelehnt – wurde verankert. Ein UNO-Kapitel wurde aufgenommen. Die fundamentale Beschreibung von Haltelinien für Regierungsbeteiligungen wurde abgeschwächt. Dem gegenüber steht, dass gerade im internationalen Bereich mit der Ablehnung von jeglichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr nach Kapitel VII der UN Charta (das sind nahezu alle gängigen Einsätze und auch Mandatierungsformen des Sicherheitsrates derzeit) und vor allem mit der Aufforderung, unter jeder Konstellation für einen Austritt aus den Militärstrukturen der NATO einzutreten, letztlich unhaltbare Positionen oder zumindest feste Hindernisse für eine potenzielle Regierungsteilhabe im Bund beschlossen wurden. Der Abschnitt zur EU enthält zwar neben zahlreichen Kritiken an den Strukturfehlern und Kerndefiziten der Union alternative Ziele, die einen vertieften Integrationsprozess erfordern. Zugleich wird das Thema unter der ideologischen Botschaft „Neustart“ verhandelt und bekommt damit eine realitätsferne Note, da sich internationale Organisationen mit solchen Verflechtungsgraden gerade nicht neustarten, sondern nur reformieren lassen.

Offene Perspektive

Zur Zeit läuft der Mitgliederentscheid zum Programm, der sicher die große Zustimmung des Parteitages (dort 97 Prozent) für den gefundenen programmatischen Kompromiss als Arbeitsgrundlage für die Partei bestätigen wird. Parallel finden jedoch weitere Auseinandersetzungen um die Strategie der Partei, also auch um ihre Positionierung, Kommunikation, Bündnisfähigkeit, Schwerpunktsetzung etc. statt. Hinzu kommt die damit verbundene Debatte um die richtige personelle Aufstellung. Bis Juni 2012, wo in Göttingen der neue Parteivorstand gewählt werden wird, werden diese Diskurse und auch Konkurrenzkämpfe anhalten. Im besten Falle werden die Personaldebatten auch

erkennen lassen, welche KandidatInnen für welche Schwerpunkte, Strategie und politische Kultur (hier auch Fundamentalopposition vs. Kooperationsbereitschaft zur Ablösung von Schwarzgelb) stehen. Nach dem Anwachsen der Mitgliederzahl und dem Aufsteigen in den Umfragen zwischen 2005 und 2009 ist seit 2010 Stagnation und Niedergang für die LINKE zu verzeichnen gewesen. Sie hat sich nach dem Anfangserfolg - anerkannt auch durch Medien und Politikwissenschaft als neu und sicher etablierter Teil des Parteiensystems - nicht auf die Situation eingestellt, in der anstelle des vorherigen linken Agierens gegen eine rot-grüne und eine CDU/SPD-Bundesregierung nunmehr die nach links gerückte SPD und die Grünen mit auf der Oppositionsbank sitzen.

Ob die große Klammer des Programms – von Reformprojekten bis zum grundlegenden Systemwechsel; vom Hegemoniestreben zur Eigentumsfrage – hält, ob verlorene Wähler wiedergewonnen werden, ob die Parteistrukturen weiter aufgebaut werden können, ob das innerparteiliche Misstrauen abgebaut werden kann, ob die Reformer weiter einen relevanten Platz haben werden, all das entscheidet sich eher nicht durch das Programm, sondern durch die Entscheidungen zu Personal und Strategie und durch die praktische Politik der nächsten zwei Jahre bis zur Bundestagswahl. Viel hängt davon ab, wie das Gewerkschaftsspektrum unter Führung von Oskar Lafontaine agiert und ob sich jenseits der derzeitigen strukturellen Mehrheitskooperation von Antikapitalisten, Gewerkschaftern und Kommunistischer Plattform Teile des Gewerkschafts- und des Reformers lagers zusammenfinden. Aber das ist eine andere Geschichte und wäre ein neuer Artikel zur parteipolitischen Chance einer pluralen Linken links der Sozialdemokratie. ■

☞ Gerry Woop ist Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und des Bundesvorstandes des forum demokratischer sozialismus (fds).

Gerecht für Alle

Bericht vom Juso-Bundeskongress 2011 in Lübeck

von Julian Zado

Gerecht für Alle – das war das Motto des Juso-Bundeskongresses 2011, der vom 25. bis 27. November in Lübeck stattfand. In zahlreichen Debatten haben die Jusos dabei mit großen Mehrheiten Beschlüsse zur programmatischen Erneuerung der Sozialdemokratie gefasst. In ihrem Arbeitsprogramm haben die Jusos aber auch beschlossen, dass das Ziel des Verbandes weiterhin der Demokratische Sozialismus ist. In einer Zeit, in der sich nicht nur das akute, sondern das systematische Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeigt, sind linke Politikkonzepte wichtiger denn je. „Wann sollen wir die Systemfrage stellen, wenn nicht jetzt?“ fragte dann auch der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt in seiner Bewerbungsrede. Sascha wurde dann auch mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden wieder gewählt. Er konnte dabei sein Stimmergebnis trotz einer Gegenkandidatur im Vergleich zu seiner ersten Wahl auf 72,9 Prozent der Stimmen verbessern.

Inhaltlich wurde in einer Diskussion mit Olaf Scholz mit Blick auf den eine Woche nach dem Buko stattfindenden Bundesparteitag vor allem die inhaltliche Erneuerung der SPD in zentralen Themenfeldern gefordert. In der Steuerpolitik forderten die Jusos die Abschaffung der Abgeltungssteuer und die Beibehaltung der Reichensteuer für SpitzenverdienerInnen. Außerdem soll der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen erweitert und die Beitragsbemessungsgrenze angehoben, langfristig abgeschafft werden. Neben diesen einzelnen inhaltlichen Forderungen war das Signal, das die RednerInnen Richtung SPD-Spitze aussendeten, dass die SPD sich nicht nur organisatorisch, sondern vor allem auch inhaltlich erneuern muss. Wenn die SPD Wahlen gewinnen will, muss

sie sich vom neoliberalen Mainstream distanzieren und konsequent für eine linke Politik kämpfen.

Linke Wirtschaftspolitik

In der ersten inhaltlichen Debatte des Kongresses ging es um die Analyse der aktuellen Krise und um jungsozialistische Forderungen zur Veränderung des Wirtschaftssystems. Dabei wurde ausgegangen von der Analyse, dass neben der Fehlkonstruktion des Euro-Raums vor allem die exportorientierte Wirtschaftspolitik Deutschlands für die Krise verantwortlich ist. Dementsprechend wurden für die Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems die Stärkung der Binnennachfrage, die Beseitigung der Ungleichgewichte im Euro-Raum und international, Reallohnzuwächse, eine bessere soziale Absicherung, eine Stärkung des Staates als Akteur im Wirtschaftssystem sowie eine Demokratisierung der Wirtschaft als zentrale Forderungen beschlossen. Außerdem wurden ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Zentralität der Erwerbsarbeit als wirtschaftspolitische Grundpositionen betont.

Auch in der Rentenpolitik haben sich die Jusos positioniert. Hier fordern sie die Rückkehr zu einem beitragsfinanzierten Rentensystem, das eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente garantiert. Von privaten Säulen im Rentensystem, wie der Riesterrente profitieren dagegen nur diejenigen, die ohnehin genug Geld haben, um zu sparen. Ärmere Menschen profitieren dagegen gar nicht.

Nazis bekämpfen

Scharf verurteilte der Kongress die vor kurzem aufgedeckten Gewalttaten von Nazis

und die bedenkliche Rolle, die der Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang spielte. Die Jusos stellten klar, dass Nazi-Gewalt mit aller Entschlossenheit verhindert werden muss. Einen Verfassungsschutz, der über sein V-Leute-System die Nazi-Strukturen auch noch mitfinanziert und damit Teil des Problems ist, lehnen die Jusos ab. Zugleich ist es wichtig, auch in der Gesellschaft gegen Nazis und menschenfeindliches Gedankengut vorzugehen. Deshalb haben die Jusos einstimmig beschlossen, auch im nächsten Jahr im Bündnis „Dresden Nazifrei!“ den größten Nazi-Aufmarsch Europas erneut zu verhindern.

Im Bereich Internationales wurde in einem umfassenden Antrag eine sozial gerechte Neuorganisation des Welthandelssystems gefordert. Außerdem sollen sich die Industrienationen in größerem Umfang als bislang in der Bekämpfung des Klimawandels engagieren, weil diese Bekämpfung nicht dazu führen darf, dass manche Staaten ‚abgehängt‘ werden und in ihrem Wohlstandsniveau dauerhaft den Industrienationen hinterherhinken.

In einer kontroversen Debatte wurde zudem die Abschaffung der Bundeswehr und die Entmilitarisierung der Politik diskutiert. Hier wurde beschlossen, dass Militär in Zukunft keine nationalstaatliche Aufgabe mehr sein sollte, sondern Sache der UNO, deren Entscheidungsgremien gleichzeitig demokratisiert werden müssten. Zudem muss die zunehmende Militarisierung des Alltags (z.B. durch Präsenz der Bundeswehr in Schulen) gestoppt werden.

Weiterhin wurden zentrale Forderungen an die Neuorganisation der SPD und ihrer Strukturen gestellt, die auch auf dem Bundesparteitag eingebracht wurden. Unter anderem forderten die Jusos eine Reform der Arbeitsweise der Antragskommission, die Abschaffung des Präsidiums, die Vereinfachung von Mitgliederentscheiden und die volle Anerkennung und Entfristung von Nur-Juso-Mitgliedern und die

Vorgabe, dass bei den Bundestagswahlen 2013 mindestens 40 Prozent der KandidatInnen Frauen sein müssen.

Neuer Bundesvorstand gewählt

An den Debatten auf dem Kongress beteiligten sich auch zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. Unter anderem waren Olaf Scholz, Thorsten Albig, Ralf Stegner, Astrid Klug, verdi-Chef Frank Bsirske sowie VertreterInnen unserer Schwesterorganisationen aus Israel und Palästina, Burkina Faso und anderen Ländern zu Gast.

Neben Sascha als Bundesvorsitzenden wurde zudem Jan Böning aus Berlin als Bundesgeschäftsführer der Jusos im Amt bestätigt. Als stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt wurden Bettina Schulze (Baden-Württemberg) und Jan Schwarz (Braunschweig). Neu gewählt wurden Matthias Ecke (Sachsen), Susanne Kasztantowicz (Rheinland-Pfalz), Katharina Oerder (NRW), Sebastian Roloff (Bayern), Johanna Ueckermann (Bayern) und Julian Zado (Berlin). Als neuer IUSY-Vizepräsident wurde Tim Schlösser aus NRW einstimmig nominiert. Verabschiedet wurden unter großem Beifall der Delegierten die ausgeschiedenen Bundesvorstandsmitglieder Michael Reschke, Thilo Scholle, Elena Pieper, Sina Tiedtke, Martin Margraf, Sonja Pellin, Michael Clivot, Simone Burger und Ralf Höschele. ■

☞ Julian Zado ist Jurist und stellv. Juso-Bundesvorsitzender.

Die offenen Vorwahlen der Parti socialiste: ein Vorbild für die SPD?

von Martin Ahrens

Foto: www.fotolia.com, © Deminos



Die offenen Vorwahlen unserer französischen Schwesterpartei waren ein voller Erfolg. In den zwei Wahlgängen gingen rund 5,4 Millionen Menschen an die Urnen. Was kann die SPD daraus lernen und wie könnten Vorwahlen in Deutschland aussehen?

Erstmals hat die französische Parti socialiste im Rahmen von offenen Vorwahlen am 16. Oktober 2011 ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen gekürt. Zum Herausforderer von Präsident Sarkozy wurde der langjährige Parteivorsitzende (1997-2008) François Hollande gewählt. Die Vorwahlen waren mit über 2,6 im ersten und mehr als 2,8 Millionen Teilnehmenden im zweiten Wahlgang, bei rund 230.000 Parteimitgliedern, ein überwältigender Erfolg. So groß, dass nun auch der politische Gegner, die konservative UMP, darüber nachdenkt, 2017 ebenfalls Vorwahlen durchzuführen.

Der ursprüngliche Anlass für die offenen Vorwahlen war eine Führungskrise der Partei, da sich nach der krachenden Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 2002 niemand fand, der

den Platz von Lionel Jospin an der Spitze der Partei einnehmen konnte. Die Krise sollte daher durch eine Entscheidung der Bevölkerung gelöst werden. Doch die Vorwahlen sind weit mehr als eine Krisenlösung. Wie Andrea Nahles richtig feststellt, reißen sie sich in den Prozess einer „neuen Form der Politisierung in Europa“ ein. Dies scheint auch ihren enormen Erfolg zu erklären, der alle Erwartungen übertraf.

Die Durchführung der offenen Vorwahlen wurde im Oktober 2009 durch einen Mitgliederentscheid mit einer Mehrheit von 67,91 Prozent beschlossen. Um teilzunehmen, musste eine Charta unterzeichnet werden, in der sich zu den „Werten der Linken“ bekannt wurde, und als symbolischer Beitrag war 1 Euro für die Organisationskosten zu entrichten. Allen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern war die Teilnahme möglich, wenn sie vor dem 31. Mai 2011 Mitglied einer der teilnehmenden Parteien oder deren Jugendverbände waren.

1 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/frankreich-sozialisten-spd-wahl>

Nach dem ersten Wahlgang lag der Favorit der Umfragen, Hollande, mit 39,17 Prozent vor der amtierenden Parteivorsitzenden Martine Aubry mit 30,42 Prozent. Dahinter kam überraschend der Abgeordnete Arnaud Montebourg mit 17,19 Prozent. Weiterhin erreichte die Präsidentschaftskandidatin von 2007, Ségolène Royal, 6,95 Prozent, der Vertreter des rechten Parteiflügels Manuel Valls 5,63 Prozent, sowie Jean-Michel Baylet, der Präsident der linksradikalen Partei, die ebenfalls an den offenen Vorwahlen teilnahm, 0,64 Prozent. In der Stichwahl siegte schließlich Hollande mit 56,57 Prozent gegen Aubry mit 43,43 Prozent.

Vorteile von offenen Vorwahlen

Die offenen Vorwahlen bringen viele Vorteile mit sich. Zuerst garantieren sie eine monatelange mediale Aufmerksamkeit, durch die die Personen einer breiten Öffentlichkeit bekannt werden. Davon zeugen vier Fernsehdebatten zur besten Sendezeit mit einer hohen Zuschauerquote.

Wichtiger aber noch ist die Möglichkeit, neue Ideen in die Debatte einfließen zu lassen, wie durch Montebourg mit seinem Konzept der Demondialisation – der Befürwortung eines auf sozialen und ökologischen Kriterien fußenden europäischen Protektionismus – und einer Initiative zur Reparlamentarisierung der Präsidentialrepublik.

Auch die Gelegenheit, mit der Bevölkerung in direkten Kontakt zu treten, sollte nicht unterschätzt werden. Durch die Beteiligung entsteht eine Identifikation mit den Kandidierenden und der Partei. Rund 650.000 Teilnehmende hinterließen ihre Kontaktdaten für den weiteren Wahlkampf. Hinzu kommt als positiver Nebeneffekt, dass durch den Beitrag nicht nur keine Kosten entstanden sind, sondern viele Menschen auch noch eine weitere Spende entrichteten.

Schließlich war die im Rahmen der Vorwahlen geführte politische Debatte ein Erfolg für die Partei als auch für die Politik an sich. Die innerparteiliche Vielfalt konnte dabei als Vorteil dargestellt werden, während die Öffentlichkeit zur Sachlichkeit der Debatte beitrug. Vor allem in der SPD, die von außen oft als zerstritten wahrgenommen wird, sollte die Möglichkeit Interesse wecken, den Wettstreit der Flügel positiv zu besetzen und zum Vorbild der politischen Auseinandersetzung in einer immer pluralistischeren Gesellschaft zu machen.

Letzlich befreien die Vorwahlen die Kandidatur von dem Makel, Ergebnis einer Kungelrunde und von Absprachen zu sein, die vorrangig innerparteilichen Machtinteressen geschuldet sind. Die Glaubwürdigkeit dem Wähler und der Wählerin und die Position dem politischen Gegner gegenüber werden gestärkt.

Bedenken über eine Entwertung der Mitgliedschaft

In der Diskussion über die Vorwahlen ließen sich aber auch drei wesentliche Bedenken ausmachen. Das erste zielte auf eine zu große Personalisierung der Debatte, welche zu einer Ablenkung von den Inhalten und zu persönlichen Fehden führen könnte. Im Nachhinein lässt sich jedoch feststellen, dass die Debatte allgemein sachlich und respektvoll blieb, und dass der Personalisierung der Politik in der Mediendemokratie wohl kaum durch eine einzelne Vorwahl Vorschub geleistet wird.

Wahrscheinlicher war da die Angst, die politischen Gegnerinnen und Gegner könnten zur Teilnahme aufrufen und dadurch das Ergebnis so verfälschen, dass es nicht mehr glaubwürdig die Mehrheitsposition des linken Lagers widerspiegeln würde. Auch wenn diese Gefahr stets besteht, so hat sie sich hier nicht bewahrheitet, wohl da ein befürchteter Imageschaden davon abhielt.

Am schwersten wiegt jedoch die Befürchtung, die offene Teilnahme durch alle Bürgerinnen und Bürger könnte den Wert der Mitgliedschaft mindern². Dagegen spricht einerseits, dass die Vorwahlen durch einen Mitgliedsentscheid eingeführt wurden. Andererseits geht es bei der Frage der Entwertung der Mitgliedschaft wohl weniger um die Mitgliedschaft als solche, sondern um die Frage, wieso diejenigen, die bestenfalls gar nichts gemacht haben, nun auf einmal mitbestimmen dürfen. Diese Frage stellt sich aber in jeder Organisation.

Allerdings darf die psychologische Dimension dieser Befürchtung nicht unterschätzt werden. Parteimitglied zu sein, heißt viel Zeit und Mühe aufzubringen, dabei oft enttäuscht und belächelt, teils auch mit Wut, Hohn und Spott bedacht zu werden. Das Gefühl, dass sich ein Mitentscheidungsrecht verdient oder erarbeitet werden muss, darf daher nicht außer Acht gelassen werden.

(Halb-)offene Vorwahlen

Im Rahmen der Parteireform der SPD sind viele interessante Änderungen angedacht, die die Partei stärker öffnen und mehr direkte Demokratie ermöglichen. Obgleich die Vorwahlen umstritten sind, sollten sie ernsthaft geprüft werden. Der Meinung verstärkt auf Vorwahlen zu setzen, hat sich neben Nahles auch Axel Schäfer angeschlossen, der es gut fände, „wenn sich 500.000 Sozialdemokraten oder wie in Frankreich mehrere Millionen Wählerinnen und Wähler äußern würden“³. Auch Heiko Maas fordert, „den Mut zu haben, sich Neuem zu öffnen und auch die Kandidatenkür für die Mobilisierung weit über die Parteigrenzen hinweg zu nutzen“⁴.

Die zentrale Rolle bei der Ausgestaltung muss dabei die Frage nach der Rolle der Mitgliedschaft spielen. Die Befürchtungen diesbezüglich innerhalb der Partei müssen ernstgenommen werden. Das Ziel muss daher sein, die positiven Effekte der Vorwahlen zu nutzen und sie wenn möglich noch zu verstärken. Gleichzeitig muss auf die befürchteten Nachteile, den Wertverlust der Mitgliedschaft und eine Vereinnahmung durch den politischen Gegner, eine angemessene Antwort gefunden werden.

Ein Lösungsvorschlag wären halb-offene Vorwahlen, an denen alle Mitglieder der „sozialdemokratischen Familie“ teilnehmen können. Neben den Mitgliedern der Partei und der Jusos wären dies vor allem die in den Gewerkschaften des DGB organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Mitglieder und Angestellten von Arbeiterwohlfahrt, Falken, Naturfreunden und vielen mehr. Allen, die Zeit und Mühe aufbringen, um sich im Sinne der gemeinsamen Ideale der sozialen Demokratie in Beruf und Ehrenamt einzubringen und die durch ihre Mitgliedschaft oder Anstellung für die gemeinsamen Ziele eintreten, sollte das Recht zuerkannt werden, den Kanzlerkandidaten oder die -kandidatin der Sozialdemokratie mitzubestimmen.

Für die SPD würde dies bedeuten, dass der Kontakt zu den Gewerkschaften und zu weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren weiter intensiviert und deren Forderungen von Beginn an berücksichtigt werden müssten. Dies könnte verhindern, dass sich die SPD und die Gewerkschaften erneut derart entfremden, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. ■

2 Siehe: Lefebvre, Rémi (2011): „Les primaires socialistes: La fin du parti militant“, Editions Raisons d'Agir.

3 http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Helmut-Schmidt-mischt-die-SPD-auf_aid_1028679.html

4 <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13676624/Maas-will-Nicht-Mitglieder-mitentscheiden-lassen.html>

☞ Martin Ahrens studiert Politikwissenschaft in Potsdam und Paris und absolviert im Rahmen der deutsch-französischen Parlamentskooperation ein einjähriges Praktikum in der französischen Nationalversammlung.

Sammelrezension: Transnationale Staatlichkeit und gesellschaftliche Verhältnisse

von Thilo Scholle

Nicht erst die Diskussionen um die Notwendigkeit einer Reform der internationalen Institutionen und der Europäischen Union im Gefolge der aktuellen Wirtschaftskrise haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, bei staats-theoretischen Überlegungen eine Perspektive jenseits des Nationalstaats einzunehmen.

Die hier vorliegenden drei Bände tun dies aus sehr unterschiedlichen Perspektiven: Während der Band zu Nicos Poulantzas auf dessen Überlegungen zum Staat als „materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ aufbauend gerade das Zusammenspiel von Institutionen und gesellschaftlicher Macht auf internationaler Ebene in den Blick nimmt, schließen die Beiträge im Band „Transnationalisierung der Volkssouveränität“ vor allem an die demokratietheoretischen Arbeiten von Ingeborg Maus an. Den Blick auf ein in staats-theoretischen Diskursen oft stark vernachlässigtes Themen richten sodann die Beiträge im Band „Staat und Geschlecht“.

Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis

Im Anschluss an das Werk des 1979 verstorbenen griechisch-französischen Marxisten Nicos Poulantzas sind in den letzten Jahren eine Reihe von Sammelbänden erschienen. Der hier vorliegende Band vereint 13 Beiträge und eine sehr kundige Einführung durch die Herausgeber, die neben einer Rekapitulation der Kernpunkte Poulantzas' Staatstheorie vor allem eine Reformulierung dieser Ansätze für die Erfassung der aktuellen transnationalen Transformationsprozesse von Staatlichkeit in Angriff nehmen.

Aus Sicht der Herausgeber macht dies besonders deshalb Sinn, weil Poulantzas durch die Verbindung von Staatstheorie, Kapitalis-

Alex Demirovic / Stephan Adolphs / Serhat Karakayali (Hrsg.)



Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas
Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis

Nomos Verlag, Baden-Baden 2010
265 Seiten, 29,00 €

Oliver Eberl (Hrsg.)



Transnationalisierung der Volkssouveränität
Radikale Demokratie diesseits und jenseits des Staates

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011
354 Seiten, 49,00 €

Gundula Ludwig / Birgit Sauer / Stefanie Wöhl (Hrsg.)



Staat und Geschlecht
Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie

Nomos Verlag, Baden-Baden 2009
217 Seiten, 29,00 €

mustheorie und Überlegungen zu Macht- und Subjektivierungsformen die Möglichkeit geschaffen habe, diese Perspektiven miteinander zu verschränken und damit das Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Kämpfe zueinander zu reflektieren. Damit habe Poulantzas zugleich die aus den 1960er Jahren tradierte theoretische Aufspaltung in entweder nur kapitallogische oder nur demokratieorientierte Ansätze überwunden.

Entscheidend ist damit, den Staat nicht als eine eigene Instanz wahrzunehmen, sondern als innerhalb der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse stehend zu analysieren. In Bezug auf die bereits in den 1970er Jahren beginnende Internationalisierung von Staatlichkeit ist Poulantzas nach Ansicht des an Marx orientierten Politikwissenschaftlers Bob Jessop allerdings zu sehr am Blick auf das bereits zu diesem Zeitpunkt in einer Krise steckenden fordistischen Produktionsmodells verhaftet geblieben.

Im Anschluss an Poulantzas skizziert Alex Demirovic das Konzept eines „transnationalen Netzwerkstaats“, der aus einem fragmentierten und komplexen Ensemble von privaten und öffentlich-staatlichen Institutionen bestehe, in dem lokale, nationale und internationale staatliche Einrichtungen und Organisationen verbunden seien. Die damit verbundene neue Art der Willensbildung und Entscheidungsfindung mache es möglich, sich von den hergebrachten nationalen wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromissen zu befreien. Die herrschenden Gruppen seien dabei mit einem Vorsprung ausgestattet, da sie je nach strategischem Kalkül überlegen könnten, wann und an welcher Stelle dieses „weit gestreute Netzwerk staatlicher Macht“ Entscheidungen treffen und staatliche Machtausübung so von den formal festgelegten Orten der Entscheidung entbinden könnten. Demgegenüber stünden bislang wenige Ansätze, hier wieder eine demokratische Rückbindung der Entscheidungen zu erreichen. Demirovic arbeitet damit einen wichtigen Zwischenstand aktueller Betrachtung von

Staatlichkeit heraus: Machtausübung durch staatliche Institutionen ist nicht verschwunden, sie hat sich lediglich aus dem nationalstaatlichen Kontext gelöst und wird nicht mehr nur durch klassische staatliche Akteure vermittelt, sondern auch durch private Organisationen wahrgenommen.

In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Jens Wissel in Bezug auf die Entwicklung der Europäischen Union. Wissel geht von einem „europäischen Staatsapparate Ensemble“ aus, das noch keine gefestigte Struktur wie ein funktionierender Staat habe. Im Anschluss an Poulantzas ist dies laut Wissel auch nicht notwendig: Staaten seien nicht als „hierarchisch strukturiertes einheitliches Machtdispositiv“ zu begreifen. Die Einheit des Staates sei nicht durch ein institutionelles Korsett festgeschrieben, sondern gründe sich auf ein spezifisches Staatsprojekt. Dieses sei im Rahmen der europäischen Entwicklung noch nicht stabilisiert, sondern noch immer stark umkämpft.

Ulrich Brand verweist in diesem Kontext auf die „abnehmende Kompromißnotwendigkeit“ der mächtigen ökonomischen Akteure, da Nationalstaaten und nationale Machtblöcke im Kontext der Transnationalisierung von Staatlichkeit nur noch Knoten in einem „transnationalen Regulierungsnetzwerk“ seien. Im Hinblick auf die Europäische Union müsse hier allerdings die stärkere institutionelle Dichte der Regulierungen mitberücksichtigt werden.

Transnationalisierung der Volkssouveränität

Am Theorem der zunehmenden Transnationalisierung von Staatlichkeit setzen auch die Beiträge im von Oliverl Eberl zum 70. Geburtstag der Frankfurter Politikwissenschaftlerin Ingeborg Maus zusammengestellten Band an. Eberl streicht im Vorwort heraus, dass es nicht um die Realisierbarkeit transnationaler Demokratie gehe, sondern um die Frage, „welche Ausichten für eine Transnationalisierung radikaler Demokratie im (...) Sinne der Theorie der Volks-

souveränität“ bestehe. In diesem Sinne könne Gesetzgebung der einzige Inhalt der Souveränität und die Gesetzesunterworfenen der einzige Träger der Souveränität sein. In diesem Sinne sei eine Unterwerfung des Staatsapparates unter demokratische Gesetze gefordert.

Die im Band versammelten 14 Beiträge gehen dieser Fragestellung aus sehr unterschiedlichen Perspektiven nach. Thematisiert wird in vielen Artikeln das Spannungsverhältnis zwischen formalen Prinzipien und Verfahrensregeln sowie dem materiellen Inhalt der Rechtsordnung.

Sonja Buckel arbeitet in ihrem Beitrag die „relationale Autonomie“ der Rechtsform heraus, die durch die Bedingungen der juristischen Argumentation und des juristischen Verfahrens nun nicht mehr unmittelbar an gesellschaftliche Macht gekoppelt sei. Somit ist die Rechtsform grundsätzlich offen für die Einschreibung auch „gegen-hegemonialer“ gesellschaftlicher Kräfte. Zugleich bilde die „relationale Autonomie“ auch die Grenze demokratischer Gestaltung, da eine republikanische Demokratiekonzeption ganz wesentlich auf einem nicht-verselbstständigten Recht aufbaue.

Michael Hirsch plädiert in seinem Artikel dafür, sowohl das faktische Primat des Ökonomischen wie auch das normative Primat der demokratischen Politik zur Grundlage für die weitere Diskussion zu machen, und wendet sich damit gegen den „allgemeinen Kult des Dezentralen und Heterarchischen“ – sprich gegen eine Überbetonung der Potenziale einer Fragmentierung von Staatlichkeit und Recht.

Staat und Geschlecht

Die Perspektive der Transnationalisierung nehmen auch die 13 in „Staat und Geschlecht“ versammelten Beiträge in den Blick. Die Herausgeberinnen Gudrun Ludwig, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl halten in ihrer Einleitung zunächst fest, dass der Staat als soziales Verhältnis immer auch in Bezug zu den jeweiligen Geschlechter-

verhältnissen stehe. Zugleich zeichnen sie in ihrem sehr instruktiven Beitrag die unterschiedlichen Entwicklungslinien feministischer Staatstheorie nach, die auch in einigen weiteren Artikeln ausdrücklich aufgegriffen werden.

In ihrem Beitrag geht Birgit Sauer der Frage nach, in wie weit sich aus der Entwicklung der Transformation von Staatlichkeit auch Perspektiven für Geschlechterdemokratie entwickeln lassen. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass sich mit der Transnationalisierung von Staatlichkeit auch die demokratische Frage neu stelle. Sauer untersucht, ob die These, nach der im Gegensatz zum hergebrachten Begriff des „gouvernement“ (Regierung) die neue Art der Artikulation gesellschaftlicher Steuerung jetzt weicher und demokratischer als „gouvernance“ (Regieren) zu erfassen ist, neue Perspektiven für die Geschlechterdemokratie eröffnen könnte. Letztlich verneint sie diese Sichtweise, und verweist darauf, dass auch in den Kompromissbildungsprozessen der „gouvernance“ geschlechtergerechte Partizipation erst neu eingeschrieben werden müsse. Sabine Lang plädiert daher in ihrem Artikel dafür, wieder stärker die Arbeit in sich internationalisierenden Institutionen mit der Arbeit in gesellschaftlichen Netzwerken zusammenzudenken.

Die drei Bände zeigen, dass die theoretische Erfassung der aktuellen Veränderungen sich stärker ausdifferenziert und präzisiert. Zugleich wird deutlich, dass gerade die Antwort auf Frage, wie demokratische Entscheidungsprozesse im Rahmen dieser sich fragmentierenden und internationalisierenden Staatlichkeit entwickelt oder wiederhergestellt werden könnten, noch allenfalls skizziert und kaum umfassender ausbuchstabiert ist. Daran anschließend ist auch die Frage nach den Akteuren und ihrem Zusammenspiel in diesem Kontext weiterhin in den Blick zu nehmen. An dieser Stelle sind gerade die politischen Organisationen gefragt, eigene Perspektiven und Vorschläge zu entwickeln. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Rezension: Franz Walter – „Republik, das ist nicht viel“

von Thilo Scholle

Bei dem in der Studienreihe des neuen Göttinger Instituts für Demokratieforschung erschienenen Band handelt es sich um die überarbeitete Dissertation Franz Walters, die 1986 unter dem Titel „Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus“ erschienen war, und die der Autor ausweislich seines Vorworts sowohl aufgrund vermehrten Interesses der Studierenden an der Entwicklung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik als auch aufgrund wieder erwachten eigenen Interesses überarbeitet und neu aufgelegt hat.

Der ursprüngliche Titel könnte auch gut als Beschreibung des Kerns der Auseinandersetzungen im Weimarer Jungsozialismus dienen, so wie Walter ihn interpretiert: Nach dem 1. Weltkrieg gründeten sich in vielen Orten Deutschlands von der Basis her Gruppen von jungen Menschen, die dem Alter der Arbeiterjugend entwachsen waren, aber noch nicht in der Partei aktiv werden wollten. Walter ordnet diese Entwicklungen vor einem Wandel des Lebensgefühls in den ersten Nachkriegsjahren ein: Strammer Drill war verpönt, nach den Schrecken des Weltkriegs sollte vor allem der Umgang der Menschen miteinander anders werden und dies auch durch das Lebensgefühl dokumentiert werden. So waren die Jungsozialisten der frühen Phase vor allem in der Natur unterwegs und versuchten, als „neue Menschen“ zu leben. An dieser Stelle beschreibt Walter in Habitus und Lebensgefühl viele Schnittmengen auch mit bürgerlichen Jugendbewegungen der Zeit.

Erst mit der organisatorischen Verfestigung Anfang der 1920er Jahre setzte auch eine zunehmende organisationsweite Politisierung und inhaltliche Ausdifferenzierung der Positionen innerhalb der Jusos ein.



Franz Walter
„Republik, das ist nicht viel“
– Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus

transcript Verlag, Bielefeld 2011,
453 Seiten, 29,80 €

Walter beschreibt ausführlich die Entwicklungen, die zum „national“ orientierten Hofgeismarer Kreis 1923 führte. Hier macht Walter innerhalb des Kreises unterschiedliche Gruppen aus: Die bereits Mitte der 1920er dann wieder aus der SPD verbannten, sich vor allem am nationalen Sozialismus Ernst Niekisch orientierte Gruppe, und die stärker auf den Weimarer Staat orientierten Jusos, die sich beispielsweise an Hermann Hellers staatstheoretische Vorstellungen anlehnten. Walter widmet sich auch den unterschiedlichen Ausdifferenzierungen der Gruppe wie etwa in eher religiös orientierte Richtungen.

Die anfängliche Linksopposition im Hanoveraner Kreis setzte sich ebenfalls aus zwei sehr unterschiedlichen Richtungen zusammen: Die straff organisierten Kader des Internationalen Jugendbundes des Göttinger Rechtsphilosophen Leonard Nelson agierten im Bündnis mit den seit einem Treffen in Hannover am 1. März 1924 zusammengeschlossenen marxistisch orientierten Bezirken. Bis zu ihrem Ausschluss aus der SPD Mitte der 1920er Jahre bildeten die Nelsonianer das machtpolitische

Rückgrat der Juso-Linken. Keinen Einfluss auf die Ausrichtung der Jusos hatte laut Walter der Zusammenschluss von SPD und linker USPD 1922: Die „Sozialistische Proletarierjugend“ orientierte sich an der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), nicht den Jusos. Als wichtige theoretische Impulsgeber macht Walter neben Georg Lukács auch führende Theoretiker des Austromarxismus wie Max Adler aus.

Wichtige Veränderungen in der Entwicklung der Jusos macht Walter vor allem am Generationswechsel fest: Nach den Kohorten der KriegsteilnehmerInnen, die teilweise noch die alte Organisationskultur der Arbeiterbewegung im Kaiserreich miterlebt hatten, folgten nun während des Krieges und insbesondere in der frühen Republik sozialisierte Gruppen. Zwar blieb der lebensreformerische Impetus – man musste mit heutigen Jusos mal über die völlige Abstinenz von Alkohol und Tanz diskutieren – quer über alle Flügel bis zum Ende der Jusos erhalten, aber mit unterschiedlichen Ausprägungen. So veränderte sich der Habitus der Jusos in den späten 1920ern vor allem in Richtung auf ein stärker uniformiertes Auftreten und eine größere Betonung der Organisationsdisziplin.

Neben den Jusos betrachtet Walter auch andere Gruppen der Arbeiterjugend: Die ungleich mitgliederstärkere SAJ, aber auch kleinere Verbände wie die Jugend der Arbeitersamariter und die sozialdemokratischen Hochschulorganisationen.

Spannend und ausführlich sind die Beschreibungen der theoretischen Auseinandersetzungen. Walter stellt die Hauptprotagonisten der Debatten vor und wertet die Debatten beispielsweise in den Jungsozialistischen Blättern und den Bildungsmaterialien der Zeit aus. Im Mittelpunkt standen dabei das Verhältnis zum Weimarer Staat und die Forderung nach einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Interessant sind auch die Schilderungen der Schulungskurse, die in der der SPD-Linksoppo-

sition nahestehenden Heimvolkshochschule Schloß Tinz in Thüringen stattfanden.

Für die späten 1920er Jahre stellt Walter eine zunehmende Radikalisierung und immer weitergehende Entfernung der Jusos von tagespolitischen Auseinandersetzungen fest. Ausführlich beschreibt er dabei, wie neben der gezielten Arbeit u.a. von kommunistischen Gruppen bei den Jusos auch die indolente Art der örtlichen SPD-Vorstände den radikalen Vorstellungen der Jusos gegenüber zur zunehmenden Entfremdung zwischen Jusos und SPD beitrugen. Hinzu kam, dass es zwischen den Jusos und der Parteilinken wenige personelle und organisatorische Schnittmengen gab. So war für Walter die Entwicklung bis hin zur offiziellen Auflösung der Jungsozialisten durch den Leipziger Parteitag 1930 ohne großen Widerspruch durch die Delegierten folgerichtig. Viele der Funktionäre der Jusos wechselten dann 1931 zur neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei über.

Wie immer bei Texten von Franz Walter handelt es sich um ein gut lesbares Buch, dass einen Überblick nicht nur über die verschiedenen Lebenswelten des sozialdemokratischen Teils der Weimarer Arbeiterjugendbewegung gibt, sondern sich auch ernsthaft mit den theoretischen Debatten im Verband und seinem politischen und wissenschaftlichen Umfeld auseinandersetzt.

Mit diesem Band liegt nun endlich wieder ein solider Text zur Einführung in den Weimarer Jungsozialismus vor, der gute Anstöße für die weitere Beschäftigung mit dem Thema bietet. Dabei fällt aus heutiger Sicht ins Auge, dass sowohl die Texte von Protagonisten des rechten Juso-Flügels wie beispielsweise von Hermann Heller als auch die Werke aus dem Umfeld des linken Flügels wie von Max Adler noch immer für aktuelle Analysen und Debatten lesenswert sind. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Fachkonferenz: Neue Energie und alte Netze

– Bedarf und Akzeptanz des Netzausbaus für die Energiewende

am 1. Februar 2012 in Berlin

Der DGB veranstaltet gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung am 1. Februar 2012 in Berlin eine Fachtagung zur Energiewende und wird sich hierbei mit dem Bedarf und der Akzeptanz des Netzausbaus auseinandersetzen. Dieser sei aufgrund der Integration Erneuerbarer Energien und einer damit einhergehenden neuen Netzinfrastruktur unausweichlich. Die Tagung ist Teil der Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Klima-, Energie- und Umweltpolitik“. Dabei möchte die Tagung entlang von thematischen Inputs und Podiumsdiskussionen drei Fragen nachgehen: Wie groß ist der Ausbaubedarf wirklich? Unter welchen Bedingungen können die Netze rechtzeitig für die Zukunft fit sein? Wie lässt sich der Netzausbau sozial- und umweltverträglich durchführen?

Für die Veranstalter gilt die Maßgabe, dass der Netzausbau nur dann erfolgreich sein kann, wenn er demokratisch gestaltet und mit breiter Akzeptanz in der Bevölkerung getragen wird. Hierbei müssten Beschleunigung des Netzausbaus und Beteiligung der BürgerInnen somit „Hand in Hand“ gehen.

Als Experten konnten Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), Prof. Dr. Olav Hohmeyer, Universität Flensburg und Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, Dr. Carsten Rolle, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Dr. Ralf Bartels, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gewonnen werden.

► **Wann:** 1. Februar 2012

► **Wo:** Katholische Akademie, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin

► **Veranstalter:** DGB & Hans-Böckler-Stiftung

► **Anmeldung:** Bis zum 18. Januar 2012 an vanessa-lewitzki@boeckler.de

► **Weitere Informationen:** www.boeckler.de

2. Workshop Kritische Geschichte

am 21.-22. Januar 2012 in Berlin

Für Mitte Januar lädt das Netzwerk Kritische Geschichte, unterstützt von reflect! - Assoziati-on für politische Bildung und Gesellschaftsforschung, zum 2. Workshop Kritische Geschichte nach Berlin ein. Anspruch der Veranstalter ist es hierbei, ein Treffen für den wissenschaftlichen Austausch zu kritischer Geschichtsforschung mit einem emanzipatorischen Ansatz jenseits von Elitedenken und Exzellenz auszurichten. Gemeinsames Interesse soll Geschichte als Form der Gesellschaftskritik sein. Der Workshop ist dabei offen für alle, die in Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften mit historischem Schwerpunkt arbeiten.

Das Programm umfasst am Samstag die Diskussion verschiedener Ansätze historischer Gesellschaftskritik entlang von Klasse, Gender und politischen Implikationen in verschiedenen Theorien der Geschichte. Am Sonntag wiederum werden in verschiedenen Panels Forschungsprojekte präsentiert werden.

► **Wann:** 21. – 22. Januar 2012

► **Wo:** SFE Berlin, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

► **Veranstalter:** Netzwerk Kritische Geschichte, unterstützt von reflect!

► **Anmeldung:** Interessierte melden sich bis zum 13. Januar 2012 unter kritische-geschichte@reflect-online.org an

► **Weitere Informationen:** www.reflect-online.org

DL 21 Aktuell: „Für eine starke SPD-Linke“ – Hilde Mattheis ist neue Vorsitzende des Forums DL21 e.V.



Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 27. November ist Hilde Mattheis zur neuen Vorsitzenden des Forum DL21 e.V. gewählt worden. Im Willy-Brandt-Haus Berlin kamen 128 Mitglieder am Sonntagnachmittag zusammen um die neue Sprecherin der SPD-Linken zu küren.

Björn Böhning war aus privaten Gründen von seinem Vorsitz zurückgetreten. Im Namen des gesamten Vorstandes wollen wir uns auch an dieser Stelle noch einmal herzlich für seine politische Arbeit für die SPD-Linke und seinen Einsatz für das Forum DL21 e.V. in den letzten Jahren bedanken. In einer schwierigen Phase der deutschen Sozialdemokratie hat es die SPD-Linke unter seinem Vorsitz geschafft, die Partei zu stabilisieren, linke Positionen stark zu machen und den Erneuerungsprozess der SPD aktiv mitzugestalten.

Bei der Wahl zur neuen Vorsitzenden kam Hilde Mattheis auf 67 Stimmen, Angela Marquardt auf 59 Stimmen (bei zwei Enthaltungen). Unter großem Jubel nahm Hilde Mattheis die Wahl an und bedankte sich für die große Unterstützung.

Hilde Mattheis machte an dem Abend deutlich, dass sie sich für einen starken linken Flügel in der SPD einsetzen wird. „Die DL21 ist Motor linker Erneuerung der SPD, das Etikett, dadurch zu spalten, lassen wir uns nicht aufdrücken“, so Hilde Mattheis in ihrer Vorstellungsrede in der Mitgliederversammlung. Für Hilde Mattheis besitzen die Flügel für die linke Volkspartei SPD ein produktives Potenzial, weil sie in Sachdebatten die Wertvorstellungen unterschiedlicher sozialer Milieus einbringen: „Eine Volkspartei braucht Strö-

mungen und inhaltliche Kontroversen, sonst bleibt nur Langeweile“. Aufgabe der DL21 ist es, politische Entscheidungen in einem offenen Diskurs vorzubereiten.

Zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden Niels Annen, Angela Marquardt, Matthias Miersch MdB und der ebenfalls neu gewählten Ulrike Hiller MdB, den Beisitzerrinnen und Beisitzern im DL21-Vorstand und natürlich den Mitgliedern will das Forum DL21 weiterhin aktiver Gestalter des Erneuerungsprozesses der SPD und Bündnispartner der gesellschaftlichen Linken sein. „Wir brauchen eine starke SPD-Linke, die innerparteilich Impulse setzt und für ihre Positionen eintritt und gleichzeitig die Verbindung des Forums DL21 zur gesellschaftlichen Linken, sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und Verbänden ausbaut“, so Hilde Mattheis auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung.

Bereits auf dem vergangenen Parteitag hat die Parteilinke ihren Beitrag zur innerparteilichen Diskussion, aber auch zur Geschlossenheit der SPD geleistet. Das Profil der SPD als linke Volkspartei wurde gestärkt. Nun geht es bis 2013 darum, dass sich die Linke in der SPD weiterhin einbringt und dafür Sorge trägt, dass das Wahlprogramm nicht hinter die auf dem Parteitag beschlossene Linie zurückfällt - und dass die offenen Punkte in unserem Sinne gefüllt werden. ■

Fünf Fragen an... Dieter Scholz



⇨ Dieter Scholz

Foto: privat

Dieter Scholz (64 Jahre) hat nach einer Ausbildung und Tätigkeit als Elektromechaniker über den 2. Bildungsweg Politik und Volkswirtschaft an der FU Berlin studiert. Von 1978-1980 war er Vorsitzender der Berliner Jungsozialisten und von 1982-1984 Mitarbeiter des Berliner SPD MdB Jürgen Egert. Von 1984-1990 Mitarbeiter der Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall Berlin und seit 1991 zuständig für das Verbindungsbüro des Vorstandes der IG Metall zur Treuhandanstalt. 1998 erfolgte der Wechsel zum DGB als Bezirksvorsitzenden Berlin-Brandenburg. Das Amt übte er bis 2010 aus. Seit 1. Mai 2011 ist Dieter Scholz einer der Geschäftsführer der DGB Index „Gute Arbeit“ GmbH

spw: Welche Juso-Debatten Deiner aktiven Zeit sind für dich heute noch wichtig?

»» **D.S.:** Das Begreifen von Gesellschaft auf der Grundlage materialistisch-dialektischen Denkens, die Theorie der Produktivkraftentwicklung mit all ihren Folgerungen, das begreifen von Arbeit in ihrer historischen Form der Lohnarbeit und letztlich die gute alte Frage von Reform und Staat - wobei nicht die neoliberale Vergewaltigung des Reformbegriffs gemeint ist - sind alle von brennender Aktualität und bestimmen mein Denken bis

heute – bei allen Widersprüchen denen man dabei ausgesetzt ist.

spw: Welche neueren theoretischen Diskussionen haben dich in den letzten Jahren beeinflusst?

»» **D.S.:** Da muss ich passen, bewusst keine und dies ist ganz sicher eine erhebliche politische Unzulänglichkeit meines politischen Lebens, die ich erst jetzt langsam wieder anfange zu bearbeiten. Der Aufprall zwischen Theorie und Praxis war in meinem Leben als Gewerkschafter doch sehr erheblich, das gilt insbesondere für meine Arbeit in den neuen Bundesländern vor und seit der Wiedervereinigung. Die Vielzahl der gesellschaftlichen Widersprüche, die ich erlebt habe, haben eigentlich nach theoretischem begreifen und verarbeiten massiv gedrängt. Die notwendige Zeit und Kraft dafür habe ich allerdings nicht gefunden. Im Moment sortiere ich gerade die viele ungelesene Literatur, um sie mir zugänglich zu machen. Mal sehen, was ich noch so auf die Reihe kriege, denn die Verhältnisse lassen einem ja keine Ruhe.

spw: Welche Politikfelder und Themen müsste die Sozialdemokratie momentan vor allem besetzen?

»» **D.S.:** Generell wäre es mein Wunsch, dass sich die Sozialdemokratie einer kritischen Aufarbeitung der weltweiten ökonomischen und sozialen Entwicklung der letzten dreißig Jahre stellen würde. Die damals in Szene gesetzte Liberalisierung der Weltwirtschaft kann man mit Fug und Recht als Epochenbruch bezeichnen, mit dem die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse grundlegend verändert wurden. Die Konsequenzen dieses Bruchs dürfen wir heute in Form immer massiverer Krisen erleben.

Aber unabhängig vom historischen Verstehen der gegenwärtigen Situation steht das klassische Thema der Sozialdemokratie auf der

politischen Agenda: die soziale Demokratie, die in erschreckender Weise und Geschwindigkeit durch die ökonomischen und sozialen Krisen bedroht ist. Folglich ist die Frage von Wirtschaft und Demokratie das Kernthema und damit auch Arbeit, humane Arbeit.

spw: Was bedeutet für Dich „Gute Arbeit“?

» **D.S.:** Die Forderung nach „guter Arbeit“ ist die Antwort auf einen ständig steigenden Druck in der Arbeitswelt, die eine Intensivierung und Extensivierung der Arbeit bei oft stagnierenden Löhnen und einer massiver Ausdehnung eines Niedriglohnsektors zum Inhalt hat. Dies geht weltweit einher mit der von mir oben angesprochenen Liberalisierung der Wirtschaft seit Beginn der 70er. Der Begriff „Gute Arbeit“ kennzeichnet eine Arbeitspolitik, die sich diesen Fehlentwicklungen zu Lasten der Lohnabhängigen widersetzen will.

Gute Arbeit umfasst erst einmal die Sicherheit des Arbeitsplatzes, das Thema Einkommen und die ganze Themenbreite der betrieblichen Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit der abhängig Beschäftigten durch leistungsfähige Sozialsysteme.

Eine an diesen Zielen orientierte Arbeitspolitik muss tagespolitisch die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften stärken und ausbauen, die Tariftreue und faire Arbeitsbedingungen fördern, einen leistungsfähigen Arbeitsschutz garantieren und sich konsequent gegen jede Form von Sozial- und Lohndumping wenden u.a. aktuell durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro und die Förderung des Grundsatzes gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Über diese Anforderungen hinaus, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten, steht der Begriff Gute Arbeit für mich aber als Synonym für weniger Entfremdung in der Arbeitswelt und damit für Begriffe wie Selbstverwirklichung, Gestaltungsfähigkeit, Ent-

wicklung fachlicher Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen, Kooperation statt Konkurrenz, Lernen, Bildung usw. und damit für menschliche Emanzipationsbestrebungen. In der Widersprüchlichkeit der Arbeitswelt entstehen auch hierfür Ansätze, die sich natürlich immer wieder an den ökonomischen Verhältnissen reiben. Sie sind dennoch Ansatzpunkte für eine offensive Arbeitspolitik.

Außerdem: wer von Guter Arbeit redet, darf über die ökonomischen Verhältnisse nicht schweigen und unter den gegebenen Bedingungen werden arbeitspolitische Erfolge im Sinne guter Arbeit nur begrenzt und partiell zu erreichen sein, wenn „die Märkte“ die Politik weiter vor sich hertreiben und von einem Primat der Politik im Sinne sozialer Demokratie kaum noch die Rede sein kann. Gute Arbeit braucht auch eine soziale Transformation von Ökonomie und Gesellschaft.

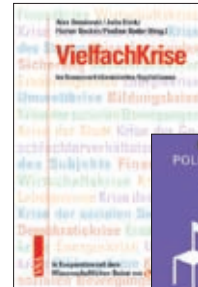
spw: Welche politische Funktion haben Instrumente wie der „Index Gute Arbeit“ des DGB?

» **D.S.:** Der Index zielt auf eine systematische Arbeitsberichterstattung über die Qualität der Arbeit aus Sicht der Betroffenen. Die Erhebungen finden einmal im Jahr bundesweit statt und kann durch Länderbefragungen ergänzt werden. Zum Einsatz kommt der Index auch in Regionen, Branchen und Betrieben. Dies ist ein wichtiger analytischer Beitrag zur Theorie und Praxis von Arbeitspolitik, ein wichtiger Beitrag zu öffentlichen Diskursen über die gesellschaftliche Entwicklung von Arbeit und es ist eine Form direkter Beteiligung von abhängig Beschäftigten, wenn Index-Befragungen insbesondere in Betrieben, Branchen und Regionen stattfinden.

Ich denke, es ist auch im Eigeninteresse der Sozialdemokratie eine qualifizierte und systematische Arbeitsberichterstattung zu fördern und zur Formulierung von Politik zu nutzen. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?

Ulrich Brand

224 Seiten; € 13,80

Arbeit, Kapital und Staat

Heinz J. Bontrup

649 Seiten; € 28,00

Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive

Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)

248 Seiten; € 27,90

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus

Lucas Zeise

192 Seiten; € 12,90

Prämienpaket 3

VielfachKrise

Alex Demirović / Julia Dück /

Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)

232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats

Heiner Ganßmann

229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- ☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- ☐ Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____

- ☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)

- ☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Mein Prämienpaket: ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- ☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.